



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Wählen mit 16“

Zur Analyse eines innovativen Projektes der politischen Parteien im Burgenland  
zwischen 2000 und 2012

Verfasser

Christian Johannes Sagartz, BA

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, Juni 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Politikwissenschaft UniStG  
vom 01.10.2006

Betreuer:

Dr. Fritz Windhager

In dankbarer Erinnerung meinen Großeltern Anna und Rudolf Radowan gewidmet.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>1</b>
1.1.	PROBLEMSTELLUNG UND ZIELSETZUNG.....	1
1.2.	AUFBAU DER ARBEIT .....	4
<b>2.</b>	<b>ZUR BEDEUTUNG DES THEMAS .....</b>	<b>7</b>
2.1.	FORSCHUNGSINTERESSE .....	7
2.2.	HYPOTHESEN .....	7
2.3.	METHODE.....	8
<b>3.</b>	<b>DEMOKRATISCHE UND RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN DER ANALYSE .....</b>	<b>12</b>
3.1.	ZUR KONZEPTION DER PARTIZIPATORISCHEN DEMOKRATIE .....	12
3.2.	ZU DEN RECHTLICHEN GRUNDLAGEN DER WAHLALTERSENKUNG.....	13
3.2.1.	<i>Grundlagen in der Bundesverfassung.....</i>	<i>13</i>
3.2.1.1.	<i>Grundsätze des Wahlrechts.....</i>	<i>14</i>
3.2.1.2.	<i>Allgemeines Wahlrecht .....</i>	<i>15</i>
3.2.1.3.	<i>Gleiches Wahlrecht.....</i>	<i>15</i>
3.2.1.4.	<i>Unmittelbares Wahlrecht.....</i>	<i>15</i>
3.2.1.5.	<i>Persönliches Wahlrecht .....</i>	<i>16</i>
3.2.1.6.	<i>Geheimes Wahlrecht .....</i>	<i>16</i>
3.2.1.7.	<i>Freies Wahlrecht.....</i>	<i>16</i>
3.2.2.	<i>Grundlagen in der Landesverfassung .....</i>	<i>17</i>
3.3.	REZENTE REFORMIDEEN ZUR DEMOKRATIE IN ÖSTERREICH.....	19
3.4.	INNERPARTEILICHE DEMOKRATIE AM BEISPIEL DER ÖVP BURGENLAND .....	20
<b>4.</b>	<b>WAHLEN UND WÄHLEN.....</b>	<b>23</b>
4.1.	DIE DEMOKRATISCHE WAHL .....	23
4.2.	DAS VERHÄLTNISSWAHLSYSTEM.....	25
<b>5.</b>	<b>WAHLRECHTSENTWICKLUNGEN BEI NATIONALRATSWAHLEN .....</b>	<b>29</b>
5.1.	BUNDESVERFASSUNG 1920 UND NOVELLE 1929.....	29
5.2.	WAHLRECHTSREFORM 1970 .....	34
5.3.	DEMOKRATIEREFORMVORSCHLÄGE IN DEN 1980ER JAHREN.....	35
5.4.	WAHLRECHTSREFORM 1992 .....	36
5.5.	WAHLRECHTSREFORM 2007 .....	37
<b>6.</b>	<b>REFORMAMBITIONEN AM BEISPIEL DES JAHRES 2006 .....</b>	<b>40</b>
<b>7.</b>	<b>DISKUSSION ZUR WAHLALTERSENKUNG IM BURGENLAND .....</b>	<b>43</b>
7.1.	ZUR SENKUNG DES WAHLALTERS BEI GEMEINDERATSWAHLEN .....	43
7.2.	ZUR SENKUNG DES WAHLALTERS BEI LANDTAGSWAHLEN .....	49
<b>8.</b>	<b>JUGENDKAMPAGNEN ZUR LANDTAGSWAHL 2005.....</b>	<b>56</b>
<b>9.</b>	<b>UMFRAGE ZU „WÄHLEN MIT 16“ IM BURGENLAND .....</b>	<b>58</b>
9.1.	„WÄHLEN MIT 16‘ IST EINE GUTE ENTSCHEIDUNG.“ .....	58
9.2.	„JUGENDLICHE SOLLEN BEREITS MIT 16 VERANTWORTUNG TRAGEN.“ .....	59
<b>10.</b>	<b>ZUSAMMENFASSUNG DER DISKUSSION AB DEM JAHR 2000 .....</b>	<b>61</b>
<b>11.</b>	<b>ZUR SENKUNG DES WAHLALTERS AUF BUNDESEBENE .....</b>	<b>64</b>

<b>12. DIE BÜRGERMEISTER- UND GEMEINDERATSWAHLEN 2007 SOWIE DIE LANDTAGSWAHL 2010.....</b>	<b>73</b>
12.1. DIE BÜRGERMEISTER- UND GEMEINDERATSWAHLEN 2007 .....	73
12.2. DIE LANDTAGSWAHL 2010.....	74
12.2.1. Wahltagbefragung der ÖVP Burgenland.....	80
12.2.1.1. Landtagswahl jetzt .....	80
12.2.1.2. Zeitpunkt der Wahlentscheidung.....	81
12.2.1.3. Wählertypen.....	82
12.2.1.4. SPÖ _ Motive.....	84
12.2.1.5. ÖVP _ Motive.....	85
12.2.1.6. Zusammenfassung .....	86
12.2.2. Wahltagbefragung des ORF Burgenland .....	87
12.2.2.1. Wahlverhalten nach Alter .....	87
12.2.2.2. Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht.....	88
<b>13. AUSWERTUNG DER QUALITATIVEN INTERVIEWS .....</b>	<b>90</b>
13.1. EINSTELLUNG ZUR VOLLZOGENEN WAHLALTERSENKUNG 2000 UND 2005.....	90
13.2. ZUM MEINUNGSPLURALISMUS DER FRAKTIONEN .....	91
13.3. AUSWIRKUNGEN AUF DIE POLITISCHEN AKTEURE – JUGENDLICHE ALS ZIELGRUPPE ...	92
13.4. ERWARTUNGSHALTUNGEN DER PARTEIEN – STIMMENZUWÄCHSE.....	93
13.5. AKZENTE DER PARTEIEN FÜR DIESE ALTERSGRUPPE .....	94
13.6. HAUPTARGUMENT IN DER DISKUSSION INNERHALB DER PARTEIEN .....	96
13.7. DISKUSSION ZU „WÄHLEN MIT 16“ AUF BUNDESEBENE .....	98
13.8. AUSWIRKUNGEN DER WAHLALTERSENKUNG AUF DIE PARTEIEN .....	99
13.9. LANDESENTWICKLUNGSPLAN UND BEGLEITENDE MAßNAHMEN .....	100
13.10. INNERPARTEILICHE DEMOKRATIE UND KANDIDATUREN .....	102
13.11. ÄNDERUNG DER EINSTELLUNG JUNGER MENSCHEN ZUR POLITIK.....	102
13.12. ZUSAMMENFASSUNG DER INTERVIEWS .....	103
<b>14. EIN AUSBLICK AUF DIE BÜRGERMEISTER- UND GEMEINDERATSWAHLEN 2012.....</b>	<b>105</b>
<b>15. RESÜMEE .....</b>	<b>108</b>
<b>A. LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS .....</b>	<b>111</b>
<b>B. ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....</b>	<b>124</b>
<b>C. TABELLENVERZEICHNIS.....</b>	<b>125</b>
<b>D. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS .....</b>	<b>126</b>
<b>E. TRANSKRIPTE DER INTERVIEWS .....</b>	<b>128</b>
E 1 INTERVIEW MIT MAG. FRANZ STEINDL, LANDESJUGENDREFERENT, 25.06.2008 .....	130
E 2 INTERVIEW MIT CHRISTIAN ILLEDITS, SPÖ-KLUBOBMANN, 03.07.2008 .....	134
E 3 INTERVIEW MIT ING. RUDOLF STROMMER, ÖVP-KLUBOBMANN, 25.06.2008.....	138
E 4 INTERVIEW MIT JOHANN TSCHÜRTZ, FPÖ-KLUBOBMANN, SCHRIFTLICH 03.07.2008 .....	142
E 5 INTERVIEW MIT MAG. <sup>A</sup> MARGARETHE KROJER, GRÜNE KLUBOBFRAU, 25.06.2008 .....	147
<b>F. DEUTSCHE ZUSAMMENFASSUNG.....</b>	<b>152</b>
<b>G. ENGLISH SUMMARY .....</b>	<b>153</b>
<b>H. DANKSAGUNG.....</b>	<b>154</b>
<b>I. ERKLÄRUNG .....</b>	<b>155</b>
<b>J. LEBENS LAUF.....</b>	<b>156</b>

## Vorwort

Seit meinem 15. Lebensjahr bin ich politisch tätig, seit meiner Wahl zum Schulsprecher war ich Interessensvertreter junger Menschen. Auch nach 16 Jahren ist das Thema Mitbestimmung junger Menschen an politischen Prozessen und Entscheidungen brandaktuell. Von 2000 bis 2010 war das Thema „Wählen mit 16“ dominierender Diskussionsstoff.

Es ist nicht übertrieben, wenn ich behaupte, dass die Wahlaltersenkung das Thema meiner Zeit als Jugendvertreter war. Somit ist die vorliegende Diplomarbeit nicht nur ein wissenschaftlicher Abschluss meines Studiums, sondern auch eine Art Resümee des eigenen politischen Arbeitens. Daher habe ich mich bemüht, die chronologischen Abläufe und Diskussionsetappen sehr ausführlich darzulegen. Aus einem kritischen Blickwinkel heraus sollen eigene Positionen und Erfahrungen eingebettet werden. Es erscheint mir wichtig, diese persönliche Verbindung zum Thema schon im Vorfeld der Arbeit offenzulegen.

Obwohl das Burgenland flächenmäßig und von seiner Bevölkerungszahl her gesehen zu den kleineren unter den neun Bundesländern der Republik Österreich zählt (siehe Skizzen auf S. V), wurde in Sachen „Wählen mit 16“ großes vollbracht. Das Burgenland war Vorreiter und darauf können alle politischen AkteuerInnen stolz sein. Trotz intensiver und teilweise langwieriger Diskussion des Themas, wurde die Senkung des Wahlalters – ob auf Gemeinde- oder später auf Landesebene – auf breiter politischer Basis beschlossen.

## Geographische Skizzen:



**Abbildung 1:** Geographische Skizzen (Quelle: forfox GmbH (2012): Europa-, Österreich- und Burgenlandkarte)

## 1. Einleitung

### 1.1. Problemstellung und Zielsetzung

Wahlen sind Brennpunkte des politischen Systems. Die Verteilung von Macht und Mitbestimmung manifestiert sich am Wahltag mit der Bekanntgabe des amtlichen Ergebnisses des Wahlgangs in Stimmen und Prozentsen, Gewinnen und Verlusten. Wer wen wählen darf, lautet dabei im Vorfeld zur Wahl die zentrale Fragestellung. Wahlrechtsbestimmungen und insbesondere die Bestimmung des Wahlalters bilden das Fundament einer jeden Wahl. Damit ist klar, dass diese gesetzlichen Regelungen für das Funktionieren eines politischen Systems existenziell sind.

Das österreichische Wahlrecht fußt in der Monarchie und wurde in der Ersten und Zweiten Republik mehrfach den (gesellschafts-)politischen Veränderungen angepasst. Vor 1907 war das Wahlrecht nach Klassen in Form eines Zensuswahlrechtes organisiert. „Voraussetzung für das aktive Wahlrecht war die Erbringung einer bestimmten Steuerleistung (zunächst 10 Gulden, später 5 Gulden) durch den Wähler.“<sup>1</sup> 1907 wurde das allgemeine Wahlrecht für Männer, die das 24. Lebensjahr vollendet hatten, eingeführt. Erst 1919 waren auch Frauen wahlberechtigt.

1929 wurde das Amt des Bundespräsidenten, der seither in direkter Wahl durch das Volk gewählt wird, mit mehr Rechten ausgestattet. Die/Der Bundespräsidentin/Bundespräsident ernennt seither auch die Mitglieder der Bundesregierung. Diese Novelle etablierte ein abgeschwächtes Präsidentschaftssystem, da die Bundesregierung wie auch vor 1929 auf das Vertrauen der Mehrheit im Nationalrat angewiesen ist.<sup>2</sup>

Nach dem Zusammenbruch des Ständestaates (1934-1938) und der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus (1938-1945) einigten sich die drei neu

---

<sup>1</sup> Bernd-Christian Funk (2003): Einführung in das österreichische Verfassungsrecht, Wien, S. 57.

<sup>2</sup> Vgl. Theo Öhlinger (2009): Verfassungsrecht, Wien, S. 45.

formierten Parteien ÖVP, SPÖ und KPÖ auf das neuerliche Wirksamwerden des Bundes-Verfassungsgesetzes 1920 i.d.F. von 1929.<sup>3</sup>

In der Zweiten Republik gab es mehrere Versuche, die Verfassung und insbesondere das Wahlrecht zu novellieren (siehe S. 29). Die Diskussion um die Stärkung der Person bzw. der/des Kandidatin/Kandidaten gegenüber der Liste bzw. Partei entflammte aber erst spät. Die Wahlrechtsnovelle 1992 stärkte insbesondere die Elemente der Persönlichkeitswahl: Mittels Vorzugsstimmen können seither die WählerInnen auf die personelle Zusammensetzung des Nationalrates Einfluss nehmen. Auch die Einteilung der Wahlkreise wurde neu festgelegt.<sup>4</sup>

Im Jahr 2002 hatten 16- und 17-jährige BurgenländerInnen erstmals das aktive Wahlrecht bei Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen. Das Burgenland war auch das erste österreichische Bundesland, in dem das passive Wahlalter auf 18 Jahre gesenkt wurde. Diesem Urnengang ging jedoch eine politische Diskussion voran, die fast ein Jahrzehnt dauern sollte, bevor sie in einem Vier-Parteien-Antrag im Burgenländischen Landtag mündete.<sup>5</sup>

Während sich alle Parteien nach den Gemeinderatswahlen 2002 noch von den neuen Partizipationsmöglichkeiten junger Menschen begeistert zeigten, kam es im Vorfeld zur Senkung des Wahlalters bei Landtagwahlen wider Erwarten zu Diskussionen. Die vier im Landtag vertretenen Parteien überhäuften einander - noch kurz vor dem Abstimmungsvorgang im Burgenländischen Landtag - mit gegenseitigen Schuldvorwürfen, einer Senkung des Wahlalters ablehnend gegenüberzustehen bzw. diese nur aus Stimmenmaximierungsgründen zu forcieren (siehe S. 54). Im Jahr 2005 folgte schließlich doch die Wahlaltersenkung bei Landtagwahlen.

Die vorliegende Arbeit soll die Diskussion, die Einführung und schließlich auch die Auswirkungen der Senkung des Wahlalters erörtern. Politische Parteien erwarten

---

<sup>3</sup> Vgl. Theo Öhlinger (2009): Verfassungsrecht, Wien, S. 47.

<sup>4</sup> Vgl. Robert Walter/Heinz Mayer/Gabriele Kucsko-Stadlmayer (2007): Bundesverfassungsrecht, Wien, S. 192.

<sup>5</sup> Vgl. „Kurier“ vom 19.04.2002, S. 11: Burgenländer dürfen mit 16 Jahren wählen.



sich von derartigen Entscheidungen konkrete Auswirkungen für sich selbst bzw. den jeweiligen Wahlerfolg. Daher werden in einem ersten Schritt anhand von Interviews mit den Klubobleuten der Landtagsklubs sowie dem für Jugend zuständigen Regierungsmitglied in der Landesregierung die Intentionen der Parteien im Hinblick auf die Wahlaltersenkung dargelegt, um in einem zweiten Schritt deren Erwartungshaltungen mit den erzielten (Wahl-)Ergebnissen vergleichen zu können (siehe S. 90).

Die Arbeit versucht auch, den komplexen Willen des Gesetzgebers im Falle der Senkung des Wahlalters im Burgenland umfassend wiederzugeben. Außerdem wird der Einfluss auf die Parteien im Rahmen der jeweiligen Parteistruktur am Beispiel der ÖVP Burgenland analysiert. Die innerparteiliche Demokratie wird quasi auf ihre „Jugendverträglichkeit“ hin überprüft. Auch die Partizipationsmöglichkeiten junger Menschen vor und nach der Wahlaltersenkung werden untersucht. Mehrere Aspekte lassen vermuten, dass die Politik erst aufgrund der Wahlaltersenkung die betroffene Altersgruppe als relevante Zielgruppe erkannt hat.

Im Burgenland wurde im Jahr 2002 – im Bürgermeister- und Gemeinderatswahlkampf - und im Jahr 2005 – im Landtagswahlkampf - die Altersgruppe der Jugendlichen massiv beworben. Im objektiven Vergleich zu anderen Altersgruppen genossen die Jugendlichen verstärkte Aufmerksamkeit durch die Politik. Bei den darauffolgenden Wahlgängen 2007 und 2010 ließ sich diese Beobachtung wiederholen. Anhand der Wahlwerbung und deren Kosten wird in der vorliegenden Arbeit analysiert, welchen Stellenwert die Zielgruppe der Jugendlichen für die Parteien hatte. Die Analyse konzentriert sich dabei auf die Landtagswahl (siehe S. 57).

Ziel der Arbeit ist es, einen umfassenden Überblick sowie eine kritische Analyse bezüglich der Diskussion und schlussendlichen Umsetzung einer Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen sowie Landtagswahlen zu bieten. Insbesondere werden die Zielsetzungen und Erwartungshaltungen der politischen AkteurInnen erörtert.

Auf das Thema der Wahlberechtigung von Bürgern der Europäischen Union wurde in dieser Arbeit nicht eingegangen. Hierzu wären weitere Studien notwendig gewesen, die den Rahmen dieser Diplomarbeit übersteigen würden.

## **1.2. Aufbau der Arbeit**

Im ersten Teil der Arbeit wird die Bedeutung des Themas dargelegt. Ein theoretischer Überblick von Wahlrechtsentwicklungen allgemein und über die historische Entwicklung des Wahlrechts in Österreich folgt. Hierbei werden auch die verfassungsrechtlichen Grundlagen auf Bundes- und Landesebene untersucht. Schließlich beeinflusst der Modus einer Wahl entscheidend das politische System. Das Wahlrecht eines Staates spiegelt de facto dessen Demokratieverständnis wider.

Anschließend erfolgt eine Betrachtung über die öffentlichen und innerparteilichen Diskussionsverläufe im Vorfeld der Gemeinderatswahl 2002 sowie der Landtagswahl 2005 zur Senkung des Wahlalters im Burgenland. Anhand qualitativer Interviews mit den Klubobleuten der Landtagsfraktionen sowie mit dem für Jugendfragen zuständigen Regierungsmitglied in der Landesregierung wird insbesondere der erwartete Nutzen für die jeweilige Partei untersucht. Auch die Wege und Umwege, die nötig waren, um zu einer einheitlichen Meinung und Parteilinie zu kommen, werden hierbei erforscht. Da es nach heutigem Wissensstand keine empirische Untersuchung über das Wahlverhalten der JungwählerInnen bei den burgenländischen Gemeinderatswahlen 2002 gibt - lediglich deren Wahlbeteiligung wurde in einigen Gemeinden und Wahlsprengeln exakt festgehalten - ist die Einschätzung durch die politischen AkteurInnen von besonderem Interesse. Bei der Landtagswahl 2005 gab es nur parteiinterne Untersuchungen der Wählerbewegungen. Inwieweit diese Untersuchungen, die zwar in Pressemitteilungen der jeweiligen Parteien veröffentlicht wurden, aussagekräftig und objektiv sind, gilt es jedoch zu hinterfragen.

Der nächste Abschnitt widmet sich den Jugendkampagnen der vier im Landtag vertretenen Parteien. Anhand der eingesetzten Ressourcen, des Umfangs und der

Nachhaltigkeit der Kampagnen über den Wahltag hinaus wird erörtert, welchen Stellenwert die Jugendlichen in der Wahlwerbung der Parteien eingenommen haben. Bereits am Beginn der Recherchearbeiten war augenfällig, dass insbesondere die beiden im Landtag vertretenen Großparteien SPÖ und ÖVP ungewöhnlich viel Geld – gemessen am Anteil dieser Wählergruppe an der gesamten Wählerschaft – in die Jugendkampagnen investiert haben (siehe S. 47). Die Vermutung liegt nahe, dass das Bemühen um die Jugendlichen als Wählergruppe in gewisser Hinsicht eine Image-Frage für die Parteien war. Die spezifischen Jugendkampagnen sollten den Parteien ein jugendliches Image verpassen, was sie wiederum für andere Wählerschichten attraktiv machen sollte, selbst wenn es nicht den ausschlaggebenden Stimmenzuwachs bewirken würde.

Im Anschluss werden die Auswirkungen der Wahlaltersenkung auf das Alter der KandidatInnen sowie MandatarInnen aufgearbeitet: Es gelang in den Jahren 2002 und 2007 mehr unter 35-jährigen KandidatInnen der Einzug in die Gemeinderäte als in den Wahljahren zuvor.<sup>6</sup> Obwohl die Altersgruppe der 16- bis 18-Jährigen aufgrund ihrer Anzahl nur bedingt wahlentscheidend sein kann, – 6.800 16- und 17-jährige WählerInnen sind bei einer Gesamtzahl von 252.597 Wahlberechtigten<sup>7</sup> eine verhältnismäßig kleine Gruppe – wurde ihren Interessen und Anliegen zumindest in der Wahlwerbung ein hoher Stellenwert eingeräumt (siehe S. 47). Alle Parteien waren um ein jugendliches Profil in ihrem Wahlkampf bemüht.<sup>8</sup> Im Rahmen der geführten Interviews mit den vier Klubobleuten der Landtagsfraktionen sowie dem für Jugend zuständigen Regierungsmitglied wird ergründet, welchen Stellenwert die jungen GemeinderätInnen in ihren Fraktionen und Parteiorganisationen einnehmen.

Anschließend werden die Standpunkte der burgenländischen Landtagsparteien zu einer Wahlaltersenkung auf Bundesebene untersucht. Gerade zu diesem Thema gab es vielfach widersprüchliche Kommentare einzelner LandespolitikerInnen. Insbesondere die ÖVP Burgenland schien in dieser Frage gespalten zu sein:

---

<sup>6</sup> Vgl. APA, 19.10.2007: Nach Burgenland-Wahl: JVP hat ihr Wahlziel „mehr als erreicht“.

<sup>7</sup> Vgl. Amt der Burgenländischen Landesregierung (2012): Wahlen im Burgenland, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl 2007, Online im Internet unter <http://wahlen.bgld.gv.at/wahlens/3.htm>, 15.05.2012.

<sup>8</sup> Vgl. „Kurier“ vom 29.09.2002, S. 10: Die Jugend erhebt ihre Stimme bei den Kommunalwahlen.

Während sich die Junge ÖVP Burgenland bereits 2002 für eine Wahlaltersenkung auf 16 Jahre auf allen Ebenen aussprach, lehnten genau dies die Bundesorganisation der Jungen ÖVP, die unter der Führung einer Burgenländerin stand, und andere JVP-Landesorganisationen ab.<sup>9</sup>

Vor allem die westlichen Landesorganisationen machten sich für eine Beibehaltung des Wahlalters bei 18 Jahren stark.<sup>10</sup> 2006 schwenkte dann die ÖVP Burgenland auf den Kurs ihrer Jugend-Landesorganisation ein und stand somit im Widerspruch zu ihrer Bundespartei.<sup>11</sup> Die Koalitionsverhandlungen nach der Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 hatten zum Ergebnis, dass sich SPÖ und ÖVP auf ein so genanntes Demokratie-Paket einigten, welches neben der zu ermöglichenden Briefwahl auch die Wahlaltersenkung auf 16 Jahre beinhaltete.<sup>12</sup>

Die vorliegende Arbeit will dem burgenländischen Vorbildcharakter, der von mehreren Landtagsparteien im Zuge der bundesweiten Diskussion betont wurde, auf den Grund gehen. Lässt sich diese Vorbildwirkung bestätigen, handelt es sich bei „Wählen mit 16“ um ein evident-politisch-innovatives Projekt der burgenländischen Politik.

Es folgt ein Kapitel zu den Wahlen 2007 (Bürgermeister- und Gemeinderatswahl) sowie 2010 (Landtagswahl): „Wählen mit 16“ und die beschriebenen Wirkungen auf Parteien und KandidatInnen wurden zur politischen Routine aller AkteurInnen. Auch einen Ausblick auf die Bürgermeister- und Gemeinderatswahl 2012 beinhaltet diese Diplomarbeit.

In der Schlussbetrachtung wird ein abschließendes Resümee gezogen. Im Anhang finden sich Transkripte der geführten Interviews mit den SpitzenrepräsentantInnen der vier Landtagsparteien.

---

<sup>9</sup> Vgl. „Salzburger Nachrichten“ vom 12.02.2005, S. 2: Wahlalter: Krach in der Jungen ÖVP.

<sup>10</sup> Vgl. „Vorarlberger Nachrichten“ vom 26.03.2004, S. A6: Streit um die Wahlaltersenkung.

<sup>11</sup> Vgl. „Kurier“ vom 25.02.2006, S. 13: Kurswechsel: ÖVP Burgenland fordert Senkung des Wahlalters.

<sup>12</sup> „Neues Volksblatt“ vom 03.05.2007, S. 2: Ministerrat einig: Briefwahl und Wählen mit 16 fix.

## **2. Zur Bedeutung des Themas**

### **2.1. Forschungsinteresse**

Die Diplomarbeit soll einen möglichst umfassenden Überblick des Projektes der Wahlaltersenkung im Bundesland Burgenland bieten. Insbesondere die Rolle der neuen Wählergruppe der 16- bis 18-Jährigen im Rahmen von Kampagnen, Kandidatenfindung und Wahlwerbung der jeweiligen Landtagsparteien soll untersucht werden.

Grundlage dieser Untersuchung ist eine ausführlichere Darstellung der nationalen Wahlrechtsentwicklungen seit der Ersten Republik, denn nur im Kontext zur historischen Entwicklung zeigen sich Leitlinien im Wahlrecht. „Wählen mit 16“ ist damit eingebettet in eine über das Bundesland hinausgehende bundesweite Senkung des Wahlalters und der damit verbundenen Bemühungen um die Jung-WählerInnen durch politische Gruppierungen, Medien und PolitikerInnen.

Theoretisch abgestützt wird die vorliegende Untersuchung auch auf das Konzept der partizipatorischen Demokratie (siehe S. 12) sowie mit der Frage der Ausführung der innerparteilichen Demokratie (siehe S. 20). Das Forschungsinteresse konzentriert sich auf die Breite der Diskussion zur Einführung bzw. Nicht-Einführung des gesenkten Wahlalters bei gleichzeitigem Verzicht der weiterführenden Frage, mit welchen Themen die quasi neu entdeckte Wählergruppe seitens der politischen AkteureInnen angesprochen werden soll. Die letzte Frage würde eine weitere umfassende Arbeit notwendig machen, die in diesem Kontext nicht geleistet werden kann.

### **2.2. Hypothesen**

Der Diplomarbeit liegen folgende Hypothesen zugrunde:

- Es wird die Hypothese aufgestellt, dass mit dem Projekt „Wählen mit 16“ die Altersgruppe der 16- bis 18-Jährigen verstärkt zur relevanten Zielgruppe politischer Parteien geworden ist.

Als plausiblen Beleg zur Bestätigung der Hypothese könnte die Entwicklung und Intensivierung von Jugendkampagnen sowie die höhere Anzahl der JugendkandidatInnen und jugendlichen MandatarInnen gesehen werden. Ob und wie weit dieser theoretische Beleg eine empirische Bestätigung findet, ist insbesondere der Analyse der geführten Interviews auf den Seiten 90 bis 104 der Diplomarbeit zu entnehmen.

- Parteien, KandidatInnen und Wahlwerbung konzentrieren sich auf die neue Zielgruppe am Wählermarkt im größeren Ausmaß, als deren Anteil in der Wählerschaft diese Konzentration rechtfertigen könnte. Die Gruppe wäre an sich zu klein, um wahlentscheidend zu wirken. Bei der Gemeinderatswahl 2007 kamen, um ein Beispiel zu nennen, 6.800 16- bis 17-jährige WählerInnen<sup>13</sup> auf gesamt 252.597 Wahlberechtigte.<sup>14</sup>

Als empirischer Beleg für die Disproportionalität zwischen den JungwählerInnen einerseits und dem (relativ hohem) werblichen Aufwand andererseits wird der Anteil am Gesamtwerbebudget angeführt (vgl. Seite 57).

- Dass die jungen WählerInnen in den Fokus der Parteien gerückt sind, ist auch als imagebildende Maßnahme der Parteien zu verstehen: Die Wahlaltersenkung und junge KandidatInnen sollen das generell verstaubt und unattraktiv wirkende Bild der PolitikerInnen und Parteien aufpolieren.

### **2.3. Methode**

Die Diplomarbeit basiert auf einer umfangreichen Literaturrecherche. Insbesondere die Medienberichterstattung und die Presseaussendungen der politischen AkteurInnen vom Jahr 2000 bis 2012 wurden besonders berücksichtigt. Diese Analyse der Medienberichterstattung soll insbesondere die veränderten

---

<sup>13</sup> Vgl. APA, 08.01.2002: Burgenland: Wählen und gewählt werden mit 16.

<sup>14</sup> Vgl. Amt der Burgenländischen Landesregierung (2012): Wahlen im Burgenland, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl 2007, Online im Internet unter <http://wahlen.bgld.gv.at/wahlens/3.htm>, 15.05.2012.

oder gleichbleibenden Standpunkte der einzelnen Parteien gegenüber einer Senkung des Wahlalters dokumentieren.

Um die Hintergründe der vollzogenen Wahlaltersenkungen nachvollziehen zu können, wurden fünf qualitative leitfadengestützte Interviews mit SpitzenrepräsentantInnen aller im Burgenländischen Landtag vertretenen Parteien geführt, deren vollständige Darstellung im Anhang zur Diplomarbeit hinzugefügt wurde.

Weiters fanden mehrere Umfrageergebnisse Eingang in diese Arbeit: Besonders hingewiesen wird auf zwei Wahltagbefragungen zur Landtagswahl 2010, die sich auch mit dem Wahlverhalten junger Menschen beschäftigen. Eine Befragung wurde im Auftrag der ÖVP Burgenland erstellt. Sie blieb unveröffentlicht und wurde in einer Zusammenfassung nur für diese wissenschaftliche Arbeit zur Verfügung gestellt. Die zweite Wahltagbefragung erfolgte im Auftrag des ORF Burgenland und wurde veröffentlicht. Auch die Ergebnisse einer schriftlichen Befragung mittels Fragebogen von jungen BurgenländerInnen im Auftrag des Vereines „Jugend für Arbeit und Bildung im Burgenland“ im Jahr 2008, die dem Thema „Wählen mit 16“ breitem Raum widmet, werden in dieser wissenschaftlichen Arbeit erörtert.

Im Verlauf dieser Arbeit wird in mehreren Abschnitten auf die durchgeführten Interviews mit SpitzenrepräsentantInnen der im Burgenländischen Landtag vertretenen Parteien verwiesen. Den Klubobleuten aller vier Landtagsfraktionen als VerhandlungspartnerInnen für die jeweilige Partei und dem für Jugend zuständigen Regierungsmitglied als Verhandlungsführer der Parteiengespräche kamen eine zentrale Positionen in der Diskussion zur Senkung des Wahlalters zu.

Da diese Interviews somit besondere Bedeutung haben, wird dieses empirische Erhebungsinstrument kurz erörtert: Für diese wissenschaftliche Arbeit erfolgte eine qualitative Erhebung, da man davon ausgehen kann, dass eine quantitative Erhebung den Verlauf der Diskussion um eine Wahlaltersenkung kaum widerspiegeln könnte. Einstellungen und Meinungen der beteiligten

SpitzenpolitikerInnen konnten anhand der Leitfadeninterviews besonders umfassend dargestellt werden.<sup>15</sup> „Der Vorteil qualitativer Forschung besteht dementsprechend in der Gründlichkeit beschreibender Analyse, der Möglichkeit historischer und geographischer Kontextualisierung und dem Aufspüren unterschiedlicher Kausalpfade. Ihr Nachteil ist allerdings die geringe Verallgemeinerung der Erkenntnisse.“<sup>16</sup>

Die InterviewpartnerInnen wurden vorab im persönlichen Gespräch angefragt sowie per E-Mail vorinformiert. Alle geführten Interviews wurden mittels Aufnahmegerät dokumentiert und anschließend transkribiert. Die Interviews fanden ausschließlich in den jeweiligen Büroräumlichkeiten der InterviewpartnerInnen im Amt der Burgenländischen Landesregierung statt. Die Dauer der Interviews betrug durchschnittlich 45 Minuten. Sie wurden am 25. Juni 2008 (Franz Steindl, Rudolf Strommer und Margarethe Krojer) und 3. Juli 2008 (Christian Illedits) durchgeführt. Ein Interviewpartner, FPÖ-Klubobmann Johann Tschürtz, beantwortete die Fragen schriftlich am 3. Juli 2008. Hierbei ist anzumerken, dass eine schriftliche Beantwortung der Fragen im Vorfeld nicht ausgeschlossen wurde.

Alle InterviewpartnerInnen erklärten sich ohne Vorbehalt bereit, an der Befragung zu dieser wissenschaftlichen Arbeit teilzunehmen, und waren mit der Aufzeichnung mittels Aufnahmegerät einverstanden.

Im engeren erkenntnistheoretischen Sinn stellen sich die Ergebnisse dieser Diplomarbeit als Produkt hermeneutischer und empirischer Untersuchungen dar, die unterschiedliche Textsorten wie etwa Fachliteratur, Ergebnisse von Interviews, Medienberichte und Presseaussendungen zum Gegenstand haben. Als empirisch-analytisch versteht man in der Politikwissenschaft insbesondere jene Forschungsrichtung, die erklärt, Hypothesen formuliert und Daten sammelt. Die hermeneutische Forschung will hingegen verstehen, interpretieren und ein tieferes

---

<sup>15</sup> Vgl. Klaus Schlichte (2005): Einführung in die Arbeitstechniken der Politikwissenschaft, Wiesbaden, S. 81.

<sup>16</sup> Petra Stykow/Christopher Daase/Janet MacKenzie/Nikola Moosauer (2010): Politikwissenschaftliche Arbeitstechniken, Paderborn, S. 163.



Verständnis der Aussagen erlangen.<sup>17</sup> „Die zwei oben genannten Entwicklungsstränge sind auch in der heutigen Politikwissenschaft noch deutlich erkennbar. Insbesondere existiert neben der mittlerweile dominierenden empirisch-analytischen weiterhin eine hermeneutische Forschungsrichtung.“<sup>18</sup>

---

<sup>17</sup> Vgl. Thomas Bernauer/Detlef Jahn/Patrick Kuhn/Stefanie Walter (2009): Einführung in die Politikwissenschaft, Baden-Baden, S. 44.

<sup>18</sup> Thomas Bernauer/Detlef Jahn/Patrick Kuhn/Stefanie Walter (2009): Einführung in die Politikwissenschaft, Baden-Baden, S. 43.

### **3. Demokratische und rechtliche Rahmenbedingungen der Analyse**

Die Senkung des Wahlalters kann nur im Kontext der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene untersucht werden. Die vorliegende Diplomarbeit stützt sich hierbei theoretisch auf Grundgedanken der partizipatorischen Demokratie.

#### **3.1. Zur Konzeption der partizipatorischen Demokratie**

Die partizipatorische Demokratie betont „den Eigenwert von Beteiligung“<sup>19</sup> und die „Maximierung von Partizipationschancen und Demokratisierung derjenigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Sphären, die noch nicht demokratischer Verfassung unterstehen“<sup>20</sup>. Nicht allein die Teilnahme möglichst aller Gesellschaftsmitglieder ist damit das Ziel, sondern darüber hinaus das möglichst umfassende Erweitern der gemeinschaftlichen Belange. „Die partizipatorische Demokratietheorie fordert die politische Beteiligung möglichst vieler über möglichst vieles, und zwar im Sinne von teilnehmen, teilhaben und seinen-Teil-geben einerseits und innere Anteilnahme am Geschehen und Schicksal des Gemeinwesens andererseits.“<sup>21</sup>

„Zu den entschiedensten Verfechtern von möglichst breiter BürgerInnen-Beteiligung zählt Benjamin Barber. Sein Hauptwerk trägt den programmatischen Titel ‚Starke Demokratie‘.“<sup>22</sup> KritikerInnen der Theorie halten vor allem die Ansprüche, die an die BürgerInnen gestellt werden, als überschätzt: Einerseits haben die Betroffenen zu wenig Information und andererseits zu wenig Zeit, um sich bei möglichst vielen Entscheidungen im öffentlichen Leben zu beteiligen.

---

<sup>19</sup> Manfred G. Schmidt (1997): Demokratietheorien, Augsburg, S. 170.

<sup>20</sup> Manfred G. Schmidt (1997): Demokratietheorien, Augsburg, S. 170.

<sup>21</sup> Stefan Lins (2008): Partizipative Demokratie in Österreich. Möglichkeiten zur politischen Beteiligung auf regionaler und kommunaler Ebene, Diplomarbeit, Innsbruck, S. 15.

<sup>22</sup> Herbert Dachs (2008): Verschiedene Modelle der Demokratie, in: Forum Politische Bildung (2008): Jugend – Demokratie – Politik, Informationen zur Politischen Bildung, Bd. 28, Innsbruck-Bozen-Wien, S. 26.

„Hinzu kommt ein zweites Argument der Kritik: der partizipatorischen Lehre liege ein hoffnungslos überoptimistisches Menschenbild zugrunde.“<sup>23</sup>

Die Senkung des Wahlalters im Hinblick auf die Erweiterung der Wahlberechtigten – also auf jene, die an der Wahl als politischer Entscheidungsprozess teilhaben können – ist daher ein konstitutives Element einer partizipatorischen Demokratie.

### **3.2. Zu den rechtlichen Grundlagen der Wahlaltersenkung**

In den folgenden Kapiteln sollen die rechtlichen Grundlagen der Senkung des Wahlalters kurz umrissen werden:

#### **3.2.1. Grundlagen in der Bundesverfassung**

Gemäß Art 2 Abs 1 B-VG<sup>24</sup> ist Österreich als Bundesstaat eingerichtet. Österreich besteht somit aus mehreren Staaten: „dem Bund als ‚Gesamtstaat‘ und den neun Bundesländern als Teilstaaten.“<sup>25</sup> Gesamtstaat wie Teilstaaten haben daher auch eigene Verfassungen erlassen.

In Gesamtstaat und Teilstaaten gilt das „demokratische Prinzip“<sup>26</sup> der Bundesverfassung: Art 1 B-VG besagt, dass Österreich als demokratische Republik eingerichtet wird, deren Recht vom Volk ausgeht. „Die konkrete verfassungsrechtliche Ausgestaltung der Demokratie ergibt sich jedoch nicht aus dieser Programmnorm, sondern aus der Gesamtheit jener Verfassungsbestimmungen, in denen die demokratischen Einrichtungen im Einzelnen geregelt sind.“<sup>27</sup> Somit legt Art 1 B-VG lediglich ein Programm fest:

---

<sup>23</sup> Manfred G. Schmidt (1997): *Demokratiethorien*, Augsburg, S. 176.

<sup>24</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): *Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG)*, Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138>, 15.05.2012.

<sup>25</sup> Bernd-Christian Funk (2003): *Einführung in das österreichische Verfassungsrecht*, Wien, S. 3.

<sup>26</sup> Bernd-Christian Funk (2003): *Einführung in das österreichische Verfassungsrecht*, Wien, S. 88.

<sup>27</sup> Bernd-Christian Funk (2003): *Einführung in das österreichische Verfassungsrecht*, Wien, S. 89.

„Dieses Programm wird in der Verfassung in den entsprechenden Kapiteln über Gesetzgebung und Vollziehung ausgeführt.“<sup>28</sup>

In einer Gesamtschau aller Einrichtungen ergibt sich, dass die Bundesverfassung grundsätzlich dem Modell der repräsentativen Demokratie folgt. Für den überwiegenden Teil der politischen Entscheidungsprozesse ist somit „Mittelbarkeit vorgesehen“<sup>29</sup>. Dies gilt für Bund, Länder und Gemeinden gleichermaßen. Direktdemokratische Elemente sind hingegen auf allen Ebenen verhältnismäßig schwach ausgeprägt.<sup>30</sup>

Damit fällt den Wahlen zu den allgemeinen Vertretungskörpern wie Nationalrat, Landtag und Gemeinderat eine besondere Rolle in der repräsentativen Demokratie zu. In Art 26 Abs 1 B-VG<sup>31</sup> sind daher auch die Grundsätze für die Wahlen zum Nationalrat und damit auch für die anderen allgemeinen Vertretungskörper verfassungsrechtlich normiert. Die einzelnen Grundsätze werden in den folgenden Kapiteln kurz skizziert:

### **3.2.1.1. Grundsätze des Wahlrechts**

Das Bundes-Verfassungsgesetz weist ein Bündel an Regelungen auf, die für alle Wahlen in allgemeine Vertretungskörper gleichermaßen von Bedeutung sind. Diese werden durch Bestimmungen des Staatsvertrages von Wien 1955 (Art 8)<sup>32</sup>

---

<sup>28</sup> Ucakar Karl (2006): Verfassung – Geschichte und Prinzipien, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tálos (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 131.

<sup>29</sup> Ucakar Karl (2006): Verfassung – Geschichte und Prinzipien, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tálos (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 131.

<sup>30</sup> Vgl. Bernd-Christian Funk (2003): Einführung in das österreichische Verfassungsrecht, Wien, S. 90.

<sup>31</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG), Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138>, 15.05.2012.

<sup>32</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): Staatsvertrag von Wien, Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR12005178&ResultFunctionToken=a8e2561a-f833-47cc-9fea-930d48fd08b0&Position=501&Kundmachungsorgan=&Index=&Titel=&Gesetzesnummer=&VonArtikel=&BisArtikel=&VonParagraf=&BisParagraf=&VonAnlage=&BisAnlage=&Typ=&Kundmachungsnummer=&Unterzeichnungsdatum=&FassungVom=13.05.2012&NormabschnittnummerKombination>

sowie der Europäischen Menschenrechtskonvention (Art 3 des 1. ZP) ergänzt.<sup>33</sup> Somit ist das österreichische Wahlrecht auch durch internationale Verträge verfassungsrechtlich gewährleistet.

### **3.2.1.2. Allgemeines Wahlrecht**

Das aktive und passive Wahlrecht steht allen StaatsbürgerInnen, die das gesetzlich festgelegte Wahlalter erreichen, ohne Einschränkung zu. Lediglich ein Gerichtsurteil kann die Ausschließung vom Wahlrecht zur Folge haben. Im Umkehrschluss sind mit diesem Grundsatz Besserstellungen von Bevölkerungsgruppen verboten.<sup>34</sup>

### **3.2.1.3. Gleiches Wahlrecht**

Dieser Grundsatz sichert jeder gültigen Stimme den gleichen Wert zu. „Niemandem dürfen (z.B. wegen höheren Alters, Vorbildung, mehrerer Wohnsitze usw.) mehrere Stimmen zuerkannt werden; auch darf keine Stimmenverstärkung von Gruppen durch die Art der Einteilung der Abstimmungsgremien erfolgen (Pluralitätswahlrecht, Klassenwahlrecht).“<sup>35</sup> Bedingt durch die Einteilung in Wahlkreise kann jede Stimme aber einen unterschiedlichen Erfolgswert aufweisen.<sup>36</sup>

### **3.2.1.4. Unmittelbares Wahlrecht**

„Unmittelbares (direktes) Wahlrecht bedeutet den Ausschluss eines Wahlmännersystems und verlangt, dass von den Wählern die zu Wählenden

---

[=Und&ImRisSeit=Undefined&ResultPageSize=100&Suchworte=Staatsvertrag+von+Wien,](#)  
15.05.2012.

<sup>33</sup> Vgl. Theo Öhlinger (2009): Verfassungsrecht, Wien, S. 169.

<sup>34</sup> Vgl. Robert Walter/Heinz Mayer/Gabriele Kucsko-Stadlmayer (2007): Bundesverfassungsrecht, Wien, S. 179.

<sup>35</sup> Robert Walter/Heinz Mayer/Gabriele Kucsko-Stadlmayer (2007): Bundesverfassungsrecht, Wien, S. 180.

<sup>36</sup> Vgl. Theo Öhlinger (2009): Verfassungsrecht, Wien, S. 166.

selbst bezeichnet werden.“<sup>37</sup> Der Grundsatz fordert die direkte Wahl der Abgeordneten durch die WählerInnen.<sup>38</sup>

#### **3.2.1.5. Persönliches Wahlrecht**

Dieser Grundsatz schließt einerseits juristische Personen vom Wahlrecht aus und legt gleichzeitig die persönliche Stimmabgabe vor einer Kommission fest.<sup>39</sup>

#### **3.2.1.6. Geheimes Wahlrecht**

Geheim ist jene Stimmabgabe, die weder der Behörde noch sonst jemandem, die Möglichkeit bietet, auf das Wahlverhalten der einzelnen WählerInnen Rückschlüsse zu ziehen. Die WählerInnen sollen damit unbeschadet von Angst, durch ihr Wahlverhalten Nachteile zu erlangen, ihre Stimmen abgeben können. Die Nationalrats-Wahlordnung präzisiert diesen Grundsatz, indem sie z.B. die Mindestgröße von Wahlsprengeln oder die Gestaltung der Wahlkuverts festschreibt.<sup>40</sup>

#### **3.2.1.7. Freies Wahlrecht**

Dieser Grundsatz meint mehrere Freiheiten: Einerseits geht es um die Freiheit der Wahlwerbung, die nicht unsachmäßig beschränkt werden darf. Auch die freie Bildung von Wahlparteien ist damit verankert.<sup>41</sup> Andererseits geht es auch um die Freiheit der Abstimmung: Weder rechtlich noch faktisch dürfen die WählerInnen in ihrem Recht, wählen zu können, beeinträchtigt werden. „Die Stimmabgabe erfolgt in der Regel in der Form, dass der Wahlberechtigte bei der örtlich zuständigen Wahlbehörde erscheint und dort seine Stimme abgibt.“<sup>42</sup> Seit der

---

<sup>37</sup> Theo Öhlinger (2009): Verfassungsrecht, Wien, S. 171.

<sup>38</sup> Vgl. Bernd-Christian Funk (2003): Einführung in das österreichische Verfassungsrecht, Wien, S.166.

<sup>39</sup> Vgl. Theo Öhlinger (2009): Verfassungsrecht, Wien, S. 166.

<sup>40</sup> Vgl. Theo Öhlinger (2009): Verfassungsrecht, Wien, S. 172.

<sup>41</sup> Robert Walter/Heinz Mayer/Gabriele Kucsko-Stadlmayer (2007): Bundesverfassungsrecht, Wien, S. 181.

<sup>42</sup> Bernd-Christian Funk (2003): Einführung in das österreichische Verfassungsrecht, Wien, S.167.

Wahlrechtsnovelle 2007 (siehe S. 37) ist auch die Stimmabgabe mittels Briefwahl im In- und Ausland möglich.<sup>43</sup>

### 3.2.2. Grundlagen in der Landesverfassung

Dem Art 9 der Burgenländischen Landesverfassung (L-VG)<sup>44</sup> folgend, übt der Landtag die Gesetzgebung des Landes aus. „Der Landtag ist der ‚allgemeine Vertretungskörper‘, somit das Repräsentationsorgan des Landesvolkes auf Landesebene, dem in seinem, ihm durch das B-VG zugewiesenen Wirkungskreis die gleiche Stellung in Gesetzgebung und Verwaltung zukommt, wie dem Nationalrat auf Bundesebene.“<sup>45</sup> Die Gesetzgebungsfunktion des Landtages wird somit lediglich durch die Kompetenzverteilung in der österreichischen Bundesverfassung (B-VG) beschränkt. Die Grundsätze des Art 26 Abs 1 B-VG<sup>46</sup> für die Wahlen zum Nationalrat gelten auch für die Wahlen zum Burgenländischen Landtag und wurden in Art 10 Abs 2 L-VG<sup>47</sup> auch in der Landesverfassung verankert.

Die im Jahr 1981 beschlossene Landesverfassung betont vor allem den Ausbau der direktdemokratischen Elemente. Art 2 L-VG (Staatsgewalt) formuliert dies sehr konkret: „Die Staatsgewalt geht vom Volk aus. Sie wird vom Volk in Wahlen,

---

<sup>43</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): Art 26 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG), Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40136980&ResultFunctionToken=76ce5fa6-4c25-41b8-a29d-0dac21ca078d&Position=1&Kundmachungsorgan=&Index=&Titel=&Gesetzesnummer=&VonArtikel=&BisArtikel=&VonParagraf=&BisParagraf=&VonAnlage=&BisAnlage=&Typ=&Kundmachungsnummer=&Unterzeichnungsdatum=&FassungVom=13.05.2012&NormabschnittnummerKombination=Und&ImRisSeit=Undefined&ResultPageSize=100&Suchworte=Briefwahl>, 15.05.2012.

<sup>44</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): Landes-Verfassungsgesetz vom 14. September 1981 über die Verfassung des Burgenlandes (L-VG), Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBgld&Gesetzesnummer=10000141>, 15.05.2012.

<sup>45</sup> Wolfgang Dax (1997): Die Bedeutung der Landesparlamente in Österreich; in Detlef Merten (1997): Die Stellung der Landesparlamente aus deutscher, österreichischer und spanischer Sicht, S. 86.

<sup>46</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG), Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138>, 15.05.2012.

<sup>47</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): Landes-Verfassungsgesetz vom 14. September 1981 über die Verfassung des Burgenlandes (L-VG), Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBgld&Gesetzesnummer=10000141>, 15.05.2012.

Volksbegehren und Volksabstimmungen sowie durch seine verfassungsmäßig bestellten Vertretungsorgane ausgeübt.“<sup>48</sup> Der langjährige Landtagspräsident Wolfgang Dax sah die neue Landesverfassung als Schritt der Erneuerung: „Ein Bundesland, das 1981 mit der neuen Landesverfassung neue Wege gegangen ist – in Richtung Ausbau der Einrichtungen der direkten Demokratie und der Minderheitenrechte, der Möglichkeit der Einsetzung von Landesausschüssen und der Bürgerbegutachtung von Gesetzesvorlagen.“<sup>49</sup>

Die neue Landesverfassung war zudem nicht das Ergebnis einer Novelle sondern eine Gesamtreform: „Nachdem der Bevölkerung die Reform der Landesverfassung über Jahre hin als wichtiges Thema präsentiert worden war und auch entsprechende Reformvorschläge in den Klubs, in den Parteien sowie im Landtag und in der Öffentlichkeit eingehend diskutiert worden sind, wollten sich einzelne Politiker der SPÖ und ÖVP mit einer Teilreform nicht begnügen und den großen Plan einer Gesamtreform der Burgenländischen Landesverfassung weiter vorantreiben.“<sup>50</sup>

Dass das Burgenland derartige „neue Wege“<sup>51</sup> gehen konnte, liegt an der Verfassungsautonomie der Landesverfassungsgeber: Die Bundesverfassung regelt nur Kernpunkte der Verfassungen auf Landesebene, die konkrete Ausgestaltung obliegt den Ländern. Das Verhältnis zwischen dem Verfassungsrecht des Bundes und jenem der Länder regelt Art 99 Abs 1 B-VG<sup>52</sup>: Landesverfassungsrecht darf nicht gegen Bundesverfassungsrecht verstoßen.

---

<sup>48</sup> Bundeskanzleramt Österreich (2012): Landes-Verfassungsgesetz vom 14. September 1981 über die Verfassung des Burgenlandes (L-VG), Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBgld&Gesetzesnummer=10000141>, 15.05.2012.

<sup>49</sup> Wolfgang Dax (1997): Die Bedeutung der Landesparlamente in Österreich; in Detlef Merten (1997): Die Stellung der Landesparlamente aus deutscher, österreichischer und spanischer Sicht, S. 71f.

<sup>50</sup> Helmut Widder (1981): Die neue Burgenländische Landesverfassung, in: Andreas Khol/Alfred Stirnemann, Österreichisches Jahrbuch für Politik `81, Wien, S. 54.

<sup>51</sup> Wolfgang Dax (1997): Die Bedeutung der Landesparlamente in Österreich; in Detlef Merten (1997): Die Stellung der Landesparlamente aus deutscher, österreichischer und spanischer Sicht, S. 71f.

<sup>52</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG), Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138>, 15.05.2012.



„Die Länder dürfen daher in ihrem Verfassungsrecht keine Regelungen vorsehen, die einer Bestimmung des Bundesverfassungsrechts widersprechen.“<sup>53</sup>

### **3.3. Rezente Reformideen zur Demokratie in Österreich**

Der 24. ordentliche Bundestag der Jungen ÖVP am 14. April 2012 in Graz bildete den formellen Rahmen, um nicht zu sagen, die Bühne: Sebastian Kurz, Bundesobmann der Jungen ÖVP, präsentierte sein so genanntes „Demokratiereform-Paket“<sup>54</sup>. Im Vorfeld hatte ÖVP-Bundesparteibobmann Michael Spindelegger der Jungen ÖVP und ihrem Bundesobmann den Auftrag gegeben, Demokratie neu zu denken. „Mit unserem Konzept wollen wir Antworten auf die wachsende Politikverdrossenheit geben und Wege aufzeigen, wie man die Politik wieder näher zu den Menschen bringen kann.“<sup>55</sup> Kurz verlangte einen Perspektivenwechsel hin zu den WählerInnen.

Die Reformambitionen waren breit gestreut und reichten vom Minister-Hearing im Nationalrat bis hin zur Bürgerbeteiligung über das Internet<sup>56</sup>. Im für die Diplomarbeit relevanten Bereich des Wahlrechts gab es den konkreten Vorschlag, das Persönlichkeitswahlrecht zu stärken: „Um die Distanz zwischen den Abgeordneten und ihren Wählerinnen und Wählern zu verkleinern, sollen, einem Vorschlag des Grazer Wahlrechtsexperten Prof. Dr. Klaus Poier folgend, die Bürgerinnen und Bürger in 43 Wahlkreisen 100 Nationalratsabgeordnete direkt wählen können.“<sup>57</sup> Abhängig von Stimmenverhältnis und Anzahl der zu vergebenden Mandate erhalten jene KandidatInnen den Vorzug, die die meisten Stimmen als direkt gewählte Abgeordnete auf sich vereinen können. Die verbleibenden Mandate sollen wie bisher über die Landes- und Bundeswahlvorschläge nach dem Gesamtwahlergebnis zur Verteilung gelangen.

---

<sup>53</sup> Bernd-Christian Funk (2003): Einführung in das österreichische Verfassungsrecht, Wien, S.8.

<sup>54</sup> „Neues Volksblatt“ vom 19.03.2012, S. 3: Kurz legt Demokratiepaket vor.

<sup>55</sup> Sebastian Kurz (2012): Mehr Demokratie für Österreich, in: Österreichische Monatshefte, 02/2012, S. 27.

<sup>56</sup> Vgl. „Neue Vorarlberger Tageszeitung“ vom 11.04.2012, S. 4: Ministerhearing im Parlament.

<sup>57</sup> Sebastian Kurz (2012): Mehr Demokratie für Österreich, in: Österreichische Monatshefte, 02/2012, S. 29.

Hinsichtlich der Vorzugsstimmenregelungen schlug Kurz vor, das niederösterreichische Modell als „parteiintern verpflichtend“ einzuführen: Die Mandate sollen nach der Reihung der erzielten Vorzugsstimmen verteilt werden.<sup>58</sup>

Spindelegger versprach, das Paket dem Regierungspartner SPÖ als Reformvorschlag zu unterbreiten.<sup>59</sup> Während es für Kurz parteiintern großes Lob<sup>60</sup> und bereitwillige Unterstützungserklärungen gab, übte vor allem die FPÖ heftige Kritik an den Vorschlägen des JVP-Bundesobmannes.<sup>61</sup> Auch der Koalitionspartner SPÖ lehnte zentrale Forderungen des Pakets ab.<sup>62</sup> Das BZÖ wiederum kündigte ein eigenes Demokratiepaket an, bei dem Landtage und Landesregierungen abgeschafft werden würden.<sup>63</sup> „Die Grünen sehen die ÖVP bisher nur auf ‚Blockierer-Kurs‘“. <sup>64</sup>

Bemerkenswert bleibt, dass „Wählen mit 16“ oder eine weitere Senkung des aktiven oder passiven Wahlalters in keinem der vorgeschlagenen Reformideen zur Sprache kam. Das Wahlalter ist offenkundig nicht Thema der rezenten Reformmaßnahmen.

### **3.4. Innerparteiliche Demokratie am Beispiel der ÖVP Burgenland**

Weder in der Bundes- noch in der Burgenländischen Landesverfassung finden sich Hinweise auf die Ausgestaltung der innerparteilichen Demokratie. Am Beispiel der ÖVP Burgenland werden in den folgenden Absätzen grundrissartig die Ansätze innerparteilicher Spielregeln zum Erstellen von Wahlvorschlägen und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Mitglieder dargestellt:

---

<sup>58</sup> Vgl. Sebastian Kurz (2012): Mehr Demokratie für Österreich, in: Österreichische Monatshefte, 02/2012, S. 29.

<sup>59</sup> Vgl. „Die Presse am Sonntag“ vom 15.04.2012, S. 6: Spindelegger will JVP-Paket der SPÖ vorlegen.

<sup>60</sup> APA OTS, 14.04.2012: Spindelegger: JVP-Obmann Kurz macht Nägel mit Köpfen.

<sup>61</sup> Vgl. APA OTS, 20.04.2012: FPÖ-Höbart: Große Teile des „Demokratiepakets“ der Jungen ÖVP sind auf das Entschiedenste abzulehnen!

<sup>62</sup> „Die Presse“ vom 11.05.2012, S. 3: Zeitplan für Demokratie-Paket hält nicht.

<sup>63</sup> Vgl. APA 20.04.2012: Demokratiereform: BZÖ will Landesregierung und Landtage abschaffen.

<sup>64</sup> „Kronen Zeitung“ vom 15.04.2012, S. 3: Junge ÖVP präsentiert Paket für mehr direkte Demokratie.

Hinsichtlich der „Kandidatenaufstellung für Landtag, Nationalrat und Europäisches Parlament“<sup>65</sup> ist insbesondere § 59 des Landesparteiorganisationsstatuts vom 14. Mai 2011 zu beachten: „Der Landespartei Vorstand beschließt unter Berücksichtigung der Regelungen auf Bundesparteebene eine Durchführungsbestimmung hinsichtlich der Kandidatenaufstellung für Landtag, Nationalrat und Europäisches Parlament.“<sup>66</sup> Ob Vorwahlen für die Kandidatenaufstellung stattfinden, entscheidet ebenfalls der Parteivorstand. Hierbei können alle Mitglieder oder sogar Wahlberechtigte eingeladen werden, den Wahlvorschlag mitzubestimmen. Die vom Parteivorstand zu beschließenden näheren Durchführungsbestimmungen fixieren darüber hinaus auch, wer legitimiert ist, KandidatInnen vorzuschlagen.

Zuletzt beschloss der Landespartei Vorstand ein so genanntes „Vorwahlstatut“<sup>67</sup> in Vorbereitung auf die Landtagswahl am 30. Mai 2010: Hierbei fungierte das jeweilige Bezirksparteipräsidium – bestehend aus der/dem Bezirksparteiobfrau/obmann, deren/dessen StellvertreterInnen, den Bezirksobleuten der sechs ÖVP-Teilorganisationen (Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund - ÖAAB, Österreichischer Bauernbund - ÖBB, Österreichischer Wirtschaftsbund - ÖWB, Österreichische Frauenbewegung – ÖFB, Junge ÖVP - JVP und Österreichischer Seniorenbund - ÖSB)<sup>68</sup>, der/dem Finanzreferentin/Finanzreferenten sowie der/die BezirksgeschäftsführerIn – als vorbereitendes Gremium. Jedes Präsidiumsmitglied sowie alle Ortsparteiobleute des Bezirkes waren berechtigt, dem Präsidium KandidatInnen vorzuschlagen. Aus den derart nominierten KandidatInnen wurde ein Listenvorschlag für die jeweilige Bezirksebene erstellt. Der Bezirkspartei Vorstand war daraufhin berechtigt, die so vorgeschlagene Reihung der KandidatInnen zu bestätigen, wobei über die KandidatInnen der ersten drei Listenplätze einzeln und auf Antrag geheim abgestimmt wurde. Auch noch im Zuge der beschließenden Sitzung des Bezirkspartei Vorstandes konnten

---

<sup>65</sup> ÖVP Burgenland (2011): Landesparteiorganisationsstatut Burgenland vom 14. Mai 2011, S. 23.

<sup>66</sup> ÖVP Burgenland (2011): Landesparteiorganisationsstatut Burgenland vom 14. Mai 2011, S. 23.

<sup>67</sup> ÖVP Burgenland (2010): Vorwahlstatut zur Landtagswahl 2010, mir persönlich zugängliche Unterlagen der ÖVP-Landesparteileitung Burgenland, 10.05.2012.

<sup>68</sup> Vgl. ÖVP Burgenland (2011): Landesparteiorganisationsstatut Burgenland vom 14. Mai 2011, S. 2.

KandidatInnen vorgeschlagen werden. Den Wahlvorschlag zur Landesliste beschloss auf Vorschlag des Landesparteiobmannes der Landespartei Vorstand.<sup>69</sup>

§ 22 des Landesparteiorganisationsstatuts regelt die Durchführung einer Urabstimmung unter Mitgliedern der ÖVP Burgenland.<sup>70</sup> Zwei Wege führen zu einer Abstimmung unter den Mitgliedern: Einerseits der Beschluss des Landespartei Vorstandes, eine Urabstimmung abzuhalten, und andererseits wenn fünf Prozent der Mitglieder eine Abhaltung einer Mitgliederabstimmung verlangen.<sup>71</sup> Die Fünf-Prozent-Hürde wurde erst 2011 eingeführt, zuvor waren doppelt so viele UnterstützerInnen für die Durchführung einer Urabstimmung erforderlich.<sup>72</sup>

Die Senkung auf die Fünf-Prozent-Hürde könnte auch perspektivischen Charakter haben: Realistischer Weise sind die Erwartungen nicht besonders hoch, dass viele Mitgliederbefragungen folgen werden. Allerdings wäre die intensivere Nutzung des Internets für derartige Befragungen unter den Mitgliedern eine Perspektive für die Zukunft, die in dieser innovativen Form noch nicht im Landesparteiorganisationsstatut verankert ist.

---

<sup>69</sup> ÖVP Burgenland (2010): Vorwahlstatut zur Landtagswahl 2010, mir persönlich zugängliche Unterlagen der ÖVP-Landesparteileitung Burgenland, 10.05.2012.

<sup>70</sup> Vgl. ÖVP Burgenland (2011): Landesparteiorganisationsstatut Burgenland vom 14. Mai 2010, S. 9f.

<sup>71</sup> ÖVP Burgenland (2011): Landesparteiorganisationsstatut Burgenland vom 14. Mai 2011, S. 10.

<sup>72</sup> Vgl. „Österreich“ vom 15.05.2011, S. 19: Ortsparteien sollen gestärkt werden.

## 4. Wahlen und Wählen

### 4.1. Die demokratische Wahl

Wahlen sind das konstitutive Element demokratischer Verfassungsstaaten westlicher Prägung.<sup>73</sup> In Wahlen legitimiert der Souverän – das Volk bzw. präziser formuliert die Wahlberechtigten, die zur Urne gingen – die ParlamentarierInnen, für eine bestimmte Zeitspanne stellvertretend politische Entscheidungen zu treffen.<sup>74</sup> Demokratische Wahlen generieren politisches Führungspersonal auf Zeit. Ihre rechtliche und politische Verantwortlichkeit und Anklagbarkeit dieser gewählten Eliten sind Charakteristika funktionierender Demokratien. „Die spezifische demokratische Qualität der Parlamente beruht auf ihrer Wahl durch das Volk.“<sup>75</sup>

Wahlen erzeugen aber auch ein ganz persönliches Naheverhältnis, sie bringen die Politik hautnah zu den BürgerInnen und erobern als Thema Stammtische wie Wohnzimmer. „Wahlen, KandidatInnen und deren Images und Soundbites sind Anlass, über repräsentative Politik zu informieren, aber auch mit und durch Politik zu unterhalten. Wahlkämpfe und (erwartete) knappe Resultate lassen sich als Sportarena, in der PolitikerInnen und Parteien sich ein spannendes Wettrennen liefern, inszenieren und aufregend präsentieren.“<sup>76</sup> Das Vorfeld von Wahlen ist auch ein breiter Arbeitsmarkt: MeinungsforscherInnen, PolitikberaterInnen, JournalistInnen und Werbefachleute jonglieren mit gewaltigem Finanzvolumen öffentlicher und privater Geldgeber. Wahlkampf und Demokratie kosten. Moderne Wahldemokratien haben ihren Preis. Dabei überlagern Personen und deren Inszenierungen regelmäßig deren oft nicht einmal diskutierte Programme, Ideen und Ideologien. Die Person als Mittelpunkt der Diskussion verdrängt jedes Sachthema.

---

<sup>73</sup> Vgl. Anton Pelinka/Sieglinde Rosenberger (2002): Österreichische Politik, Wien, S. 165.

<sup>74</sup> Vgl. Sieglinde Rosenberger/Gilg Seeber (2008): Wählen, Wien, S. 8.

<sup>75</sup> Theo Öhlinger (2009): Verfassungsrecht, Wien, S. 169.

<sup>76</sup> Sieglinde Rosenberger/Gilg Seeber (2008): Wählen, Wien, S. 7.

„Wahlen – Wahlrechte und -systeme, Wahlmotive und -verhalten, Parteien und KandidatInnen – sind ein Spiegelbild der jeweiligen Gesellschaften und Kulturen. Sie geben Auskunft über den Status quo der politischen Macht ebenso wie über Strukturmerkmale des Mediensystems, enthalten Informationen über gesellschaftlichen Wandel, bringen ökonomische, soziale, ethnische und kulturelle Konflikte zum Ausdruck, schlagen sich schließlich im Parteiensystem nieder.“<sup>77</sup>

An Wahlen und deren Verlauf zeichnen sich auch gesellschaftliche Krisen und Problemfelder ab. Wahlen sind Gradmesser für soziale Zufriedenheit und Bestand von Gemeinschaften, signalisieren Umbrüche. Liberal-repräsentative Demokratien sind aber auch selbst das Ergebnis von Umbrüchen in der Gesellschaft. In Österreich war die Wahlrechtsidee auch ein Kampf gegen das monarchische System, dessen von Gottesgnadentum regierender Kaiser keine Legitimation durch das Volk bedurfte.<sup>78</sup> Politische Spannungen und verlorene Kriege erkämpften die Beteiligung des Volkes an der Macht.

Das bloße Vorhandensein von Wahlgängen bedeutet noch lange nicht, dass es sich hierbei um ein liberal-demokratisches System handelt. Demokratische Legitimation mittels Wahl benötigt einige unabdingbare Parameter, die in der österreichischen Bundes-Verfassung explizit verankert wurden<sup>79</sup>:

Die demokratische Republik (Art 1 B-VG)<sup>80</sup> und das Prinzip des Bundesstaates (Art 2 B-VG)<sup>81</sup> werden gleich an prominenter Stelle im Bundes-Verfassungsgesetz proklamiert. „Was ‚demokratische Republik‘ oder ‚Bundesstaat‘ iSd Art 1 und 2 B-VG bedeutet, lässt sich nicht durch eine isolierte Interpretation dieser Bestimmungen des B-VG ermitteln, sondern ergibt sich erst aus dem gesamten

---

<sup>77</sup> Sieglinde Rosenberger/Gilg Seeber (2008): Wählen, Wien, S. 8.

<sup>78</sup> Vgl. Vgl. Sieglinde Rosenberger/Gilg Seeber (2008): Wählen, Wien, S. 8.

<sup>79</sup> Vgl. Theo Öhlinger (2009): Verfassungsrecht, Wien, S. 54ff.

<sup>80</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG), Online im Internet unter

<http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138>, 15.05.2012.

<sup>81</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG), Online im Internet unter

<http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138>, 15.05.2012.

Text der Verfassung.“<sup>82</sup> Dies gilt ebenso für das rechtsstaatliche Prinzip der Verfassung. Das Prinzip der Gewaltenteilung lässt sich sowohl an den Regelungen für Unvereinbarkeiten politischer AkteurInnen festmachen als auch an der Trennung von Gerichtsbarkeit und Verwaltung gemäß Art 94 B-VG.<sup>83</sup>

#### **4.2. Das Verhältniswahlssystem**

Wahlssysteme legen das Fundament für den politischen Wettbewerb (unter den Parteien) zur Erlangung der Macht im Staat, sind aber auch die Hürden für Mandats- und Machtverteilung. „Aus diesen Gründen sind Entscheidungen über Wahlssysteme und Wahlrechte Gegenstand parteipolitischer Machtkämpfe. In der Regel profitieren von Wahlrechtsreformen jene politische Gruppierungen / Parteien, die an der konkreten rechtlichen Ausgestaltung beteiligt sind / waren.“<sup>84</sup> Das österreichische Wahlssystem ist gesetzlich klar geregelt und darüber hinaus mit Bestimmungen im Verfassungsrang definiert. „Wie das Verhältniswahlrecht im Einzelnen gestaltet sein soll, wird vom B-VG nicht normiert und bleibt dem einfachen Gesetzgeber überlassen.“<sup>85</sup>

Das bedeutet, dass die Grundsätze des Wahlrechtes zu jenen Gesetzesmaterien gehören, die durch ihre höhere Bestandskraft – Abänderungen sind nur mit qualifizierten Mehrheitsbeschlüssen von zwei Dritteln der Nationalratsabgeordneten möglich, wobei die Hälfte der MandatarInnen anwesend sein muss – vor dem Zugriff des so genannten „einfachen Gesetzgebers“ mittels Mehrheitsbeschluss geschützt sind.<sup>86</sup> Diese höhere Bestandskraft lässt sich vor allem dadurch erklären, dass die fundamentalen Ordnungsregeln eines demokratischen Systems, zu denen das Wahlssystem zweifelsfrei zählt, nicht durch eine einfache Mehrheit an Abgeordneten verändert werden sollen. Hierbei genießt die parlamentarische Minderheit ein gewisses Maß an Vertrauensschutz, damit bei

---

<sup>82</sup> Theo Öhlinger (2009): Verfassungsrecht, Wien, S. 55.

<sup>83</sup> Vgl. Bernd-Christian Funk (2003): Einführung in das österreichische Verfassungsrecht, Wien, S.101.

<sup>84</sup> Anton Pelinka/Sieglinde Rosenberger (2002): Österreichische Politik, Wien, S. 166.

<sup>85</sup> Robert Walter/Heinz Mayer/Gabriele Kucsko-Stadlmayer (2007): Bundesverfassungsrecht, Wien, S. 182.

<sup>86</sup> Vgl. Bernd-Christian Funk (2003): Einführung in das österreichische Verfassungsrecht, Wien, S.3.

künftigen Wahlgängen die Chancen auf die Abwahl der Regierenden auf Basis grundsätzlich derselben demokratischen Wahlrechte gewahrt bleiben.<sup>87</sup>

Im Verhältniswahlrecht spiegelt sich das Stimmenverhältnis der Wahl im Mandatsverhältnis der jeweiligen Partei analog zu ihrem Stimmengewicht wider. „Entsprechend dem Grundsatz des Proportionalwahlrechtes (Verhältniswahlrecht) muss der Stimmenanteil der verschiedenen wahlwerbenden Gruppen einen prozentuell entsprechenden Niederschlag im Wahlergebnis, also in der Mandatsverteilung, finden.“<sup>88</sup> Im österreichischen Wahlrecht wird dieses Grundprinzip durch das Einführen einer Grundmandatshürde bzw. einer Mindestprozenthürde von vier Prozent zwar durchbrochen, aber ansonsten von allen politischen BewerberInnen akzeptiert. Immer wieder aufflackernde Diskussionen um die Einführung eines Mehrheitswahlrechtes, zuletzt im April 2012, konnten den über alle Parteien breit getragenen Konsens über das Wahlsystem bisher nicht ernsthaft gefährden.<sup>89</sup>

Das Mehrheitswahlrecht ist das Pendant zum Verhältniswahlrecht; es ist vor allem in angloamerikanischen Demokratien vertreten. „Die Argumente für die Anwendung von Mehrheitswahlsystemen (zu unterscheiden sind relative und absolute Mehrheitswahl) sind eindeutige Mehrheitsbildungen aufgrund von Wahlen und nicht aufgrund von Koalitionsvereinbarungen zwischen den politischen Parteien, größere Chancen für den Wechsel von Regierung und Opposition und somit indirekt ein Mehr an demokratischer Kontrolle und Transparenz.“<sup>90</sup> Das Verhältniswahlrecht bestimmt auch die Zusammensetzung der Regierungen auf Bundesländerebene. Hierbei ist aber zu bemerken, dass ein wachsender Anteil der Länder dem „Proporz“ in der Landesregierung den Rücken kehrt. „Vorarlberg war lange das einzige Bundesland ohne Proporz. Es folgten Tirol und Salzburg.“<sup>91</sup> Die Länderverantwortlichen der Steiermark zogen 2011 nach.<sup>92</sup> In Wien wird mehrfach Änderungsbedarf in Sachen Proporz angekündigt,

---

<sup>87</sup> Vgl. Theo Öhlinger (2009): Verfassungsrecht, Wien, S. 28.

<sup>88</sup> Bernd-Christian Funk (2003): Einführung in das österreichische Verfassungsrecht, Wien, S. 167.

<sup>89</sup> Vgl. „Der Standard“ vom 19.04.2012, S. 8: „Denken definitiv nicht an einen Systemwechsel“

<sup>90</sup> Anton Pelinka/Sieglinde Rosenberger (2002): Österreichische Politik, Wien, S. 167.

<sup>91</sup> „Kleine Zeitung“ vom 26.09.2007, S. 21: Länder ohne Proporz.

<sup>92</sup> Vgl. „Kleine Zeitung“ vom 23.11.2011, S. 6: Steirischer Meilenstein: Proporz ist abgeschafft.



jedoch werden keine konkreten parlamentarischen Schritte im Wiener Landtag eingeleitet.<sup>93</sup> Oberösterreich, Niederösterreich, Kärnten und das Burgenland<sup>94</sup> halten vorerst am „Proporz“ fest.

„In engem Zusammenhang mit dem Verhältniswahlrecht steht ein weiteres Wahlrechtsprinzip – das Listenwahlrecht (versus Persönlichkeitswahl).“<sup>95</sup> Das Listenwahlrecht wird dominiert von der Vorherrschaft der Parteien, die die Reihung der KandidatInnenlisten und damit die RepräsentantInnen in den allgemeinen Vertretungskörpern (Europäisches Parlament, Nationalrat, Bundesrat und Landtage, Gemeinderäte) bestimmen. Mit der Novelle der Nationalrats-Wahlordnung 1992 erfolgte eine zumindest theoretische Stärkung des Persönlichkeitswahlrechtes: Mittels Vorzugsstimme durchbricht der Wähler/die Wählerin die Dominanz der wahlwerbenden Gruppen und ihrer Listen.<sup>96</sup>

Diese Stärkung bleibt schon deshalb im Regelfall theoretisch, da die notwendige Anzahl an Vorzugsstimmen für den jeweiligen Kandidaten/die jeweilige Kandidatin mit einer relativ hohen Prozenzhürde gekoppelt ist, die nur wenige Wahlwerber erreichen<sup>97</sup>. So braucht ein/e Nationalrats-Kandidat/in einer Liste nicht nur die meisten Vorzugsstimmen von allen MitkandidatInnen der eigenen Liste, um das Vorzugsstimmenmandat zu erhalten, sondern darüber hinaus noch zumindest ein Sechstel der auf seine/ihre Partei entfallenen Stimmen oder die Hälfte der Wahlzahl als Vorzugsstimmen.<sup>98</sup> Die bisherigen Wahlgänge brachten demzufolge nur selten Veränderungen bei der Mandatszuteilung aufgrund der Vorzugsstimmenergebnisse der KandidatInnen.<sup>99</sup>

---

<sup>93</sup> Vgl. „Kurier“ vom 20.07.2011, S. 16: SPÖ will Stadträte ohne Amt feuern.

<sup>94</sup> Vgl. „Kurier“ vom 02.07.2011, S. 23: Politisches Sparpaket: Kein Geschmack am „steirischen Brauch“.

<sup>95</sup> Anton Pelinka/Sieglinde Rosenberger (2002): Österreichische Politik, Wien, S. 167.

<sup>96</sup> Vgl. „Salzburger Nachrichten“ vom 13.6.1992, S. 2: Neues Wahlrecht ist nun ausverhandelt.

<sup>97</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): Nationalrats-Wahlordnung 1992, Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10001199>, 15.05.2012.

<sup>98</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): Nationalrats-Wahlordnung 1992, Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10001199>, 15.05.2012.

<sup>99</sup> Vgl. „Salzburger Nachrichten“ vom 08.05.2009, Seite: 2: Am Anfang war Josef Cap.

Die Wahlrechtsnovelle 1992 hatte aber auch auf die Kandidierung in einem Wahlkreis Auswirkungen: Hatte zwei Jahre zuvor noch Bundeskanzler Franz Vranitzky in jedem Wahlkreis den ersten Listenplatz seiner Partei eingenommen und damit fast 600.000 persönliche Vorzugsstimmen erreicht, wurde mit der Novelle die Kandidatur auf einen Regionalwahlkreis beschränkt.<sup>100</sup>

---

<sup>100</sup> Vgl. Anton Pelinka/Sieglinde Rosenberger (2002): Österreichische Politik, Wien, S. 171.

## 5. Wahlrechtsentwicklungen bei Nationalratswahlen

### 5.1. Bundesverfassung 1920 und Novelle 1929

Mit dem Zerfall der Habsburgermonarchie und der Ausrufung der Republik Deutschösterreich am 12. November 1918 begann die demokratische Ära der Wahlrechtsentwicklung Österreichs.<sup>101</sup> Die Wahlen zu den Nationalversammlungen orientierten sich am Prinzip der Verhältniswahl und sahen allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen vor, wobei erstmals auch weiblichen Staatsbürgerinnen das Wahlrecht zugesprochen wurde. Am 16. Februar 1919 wurde die erste Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung geschlagen: „Bei der Wahl der Konstituierenden Nationalversammlung waren erstmals auch Frauen wahlberechtigt. Die Mandatsverteilung beruhte auf dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.“<sup>102</sup>

Beide Großparteien, Christlichsoziale und SozialdemokratInnen, gingen an die Erarbeitung von Verfassungsvorschlägen. Während die SozialdemokratInnen einen zentralistisch geprägten Gesamtstaat favorisierten, dominierte in den Entwürfen der Christlichsozialen die starke Stellung der Länder und Länderkammern. Der Jurist Hans Kelsen erarbeitete mehrere Entwürfe einer Verfassung, die sich alle an den Grundlinien von Staatskanzler Karl Renner orientierten. Kelsen hatte erkannt, dass der einzige wahre Streitpunkt zwischen den beiden Großparteien die Frage der Stellung von Gesamtstaat und Ländern war.<sup>103</sup> Die Konzeption eines Bundesstaates mit starker Einbindung der Länder sollte den Knackpunkt in den Verhandlungen lösen.<sup>104</sup>

Mit dem Abschluss des Staatsvertrages von St. Germain im Oktober 1919 wurde ein schwerer Brocken im Hürdenlauf um eine Verfassung für die junge Republik aus dem Weg geräumt. Damit fokussierte sich die Arbeit der Bundesregierung

---

<sup>101</sup> Vgl. Robert Walter/Heinz Mayer/Gabriele Kucsko-Stadlmayer (2007): Bundesverfassungsrecht, Wien, S. 26.

<sup>102</sup> Bernd-Christian Funk (2003): Einführung in das österreichische Verfassungsrecht, Wien, S.60.

<sup>103</sup> Vgl. Bernd-Christian Funk (2003): Einführung in das österreichische Verfassungsrecht, Wien, S.61.

<sup>104</sup> Vgl. Robert Walter/Heinz Mayer/Gabriele Kucsko-Stadlmayer (2007): Bundesverfassungsrecht, Wien, S. 28.

erneut auf die Verfassungsordnung: Unter immer schwierigeren Bedingungen – die Koalition begann sich schleichend aufzulösen – wurden Länderkonferenzen<sup>105</sup> abgehalten. Mit Erfolg kamen sich die VerhandlerInnen immer näher; nur was die Ausgestaltung von Grund- und Freiheitsrechten anbelangte, war man sich nicht einig geworden. Man verständigte sich darauf, diesen Teil einer künftigen Verfassung einfach auszuklammern und den Status quo fortzuschreiben.<sup>106</sup> Bedingt durch diese Ausklammerung konnte am 1. Oktober 1920 eine auf breiter Basis getragene Verfassung durch die Nationalversammlung beschlossen werden.<sup>107</sup> Trotz dieses Grundkonsenses blieben essentielle, traditionell ideologisch geprägte Problemfelder der Verfassung offen. Dies betraf in erster Linie Fragen des Verhältnisses von Zentralstaat und Ländern, Schul- und Erziehungsfragen sowie die Ausgestaltung staatlicher Verwaltung und der Selbstverwaltung. Die offenen Fragen spiegelten die Konfliktlinien zwischen den Parteien wider.<sup>108</sup>

Grundsätzlich konnten aber vor allem die SozialdemokratInnen ihre Vorstellungen behaupten: Starker Parlamentarismus, wobei die Länderkammer Bundesrat wesentlich schwächer als der Nationalrat ausgestaltet wurde, sowie ein mit wenigen Rechten ausgestatteter, von der Bundesversammlung gewählter Bundespräsident zeugen davon. „Direktdemokratische Einrichtungen wurden im Ringen um die Bundesverfassung von keiner der beiden Großparteien stark befürwortet.“<sup>109</sup>

Die Bundesverfassung sollte der letzte große Wurf der Koalition bleiben. 1920 kam es zum Bruch der annähernd gleich großen KoalitionspartnerInnen. Ein Bürgerblock, bestehend aus Christlichsozialen und Deutschnationalen, übernahm die Regierung, verlor jedoch im folgenden Wahlgang erheblich an Wählergunst. Die politische Lage radikalisierte sich zunehmend. Im Juli 1927 entlud sich die

---

<sup>105</sup> Vgl. Robert Walter/Heinz Mayer/Gabriele Kucsco-Stadlmayer (2007): Bundesverfassungsrecht, Wien, S. 28.

<sup>106</sup> Vgl. Bernd-Christian Funk (2003): Einführung in das österreichische Verfassungsrecht, Wien, S. 61.

<sup>107</sup> Vgl. Robert Walter/Heinz Mayer/Gabriele Kucsco-Stadlmayer (2007): Bundesverfassungsrecht, Wien, S. 28.

<sup>108</sup> Vgl. Anton Pelinka/Sieglinde Rosenberger (2002): Österreichische Politik, Wien, S. 144.

<sup>109</sup> Karl Ucakar (1985): Demokratie und Wahlrecht in Österreich – Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik, Wien, S. 415.

Spannung im Brand des Justizpalastes. Nach der „gewaltsamen Entladung der innenpolitischen Spannungen“<sup>110</sup> im Juli 1927 war die Gefahr eines Bürgerkrieges allgegenwärtig. Unter dem Eindruck dieser Gefahr wurde eine Novelle der Bundesverfassung erarbeitet. „Im Jahr 1929 wurde, unter anderem über Druck der faschistischen Heimwehren, die Bundesverfassung dahingehend novelliert, dass in erster Linie deren autokratisches Element, der Bundespräsident, gegenüber dem Parlament gestärkt wurde.“<sup>111</sup> Die Novelle 1929 war aber auch der verzweifelte „Versuch einer Stärkung der Integrationsfunktion des Staates“<sup>112</sup>. „Die Macht des Parlaments (die nach dem B-VG 1920 sehr groß war) sollte durch eine gewisse ‚Gegenmacht‘ des Bundespräsidenten in Schranken gehalten werden.“<sup>113</sup>

Die Rechte des Bundespräsidenten wurden aufgewertet, das Amt wurde nunmehr direkt vom Volk nach dem Prinzip der absoluten Mehrheitswahl auf sechs Jahre gewählt. Wer mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen auf sich vereinigen kann, ist gewählt. Eine Absetzung des Bundespräsidenten wurde per Volksabstimmung möglich. Die essentiellste Machtposition hat der Bundespräsident gegenüber der Regierung, die er ernennen und entlassen kann. Er erhielt zusätzlich den Oberbefehl über das Bundesheer und ernennt auf Vorschlag der Bundesregierung und des Nationalrates die RichterInnen zum Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof.<sup>114</sup>

Trotz dieser eindeutigen Stärkung des Bundespräsidenten kann diese Verfassungsänderung als Kompromiss verstanden werden: Die sozialdemokratischen Verfassungsvorstellungen spiegeln sich in der möglichen Stichwahl des Bundespräsidenten durch das Wahlvolk sowie dem Misstrauensantrag gegen die Bundesregierung im Nationalrat wider. Weiters wurden verbindliche Neuwahlen für die Auflösung des Nationalrates vorgeschrieben. Die Notverordnungen des Bundespräsidenten durften nur im

---

<sup>110</sup> Bernd-Christian Funk (2003): Einführung in das österreichische Verfassungsrecht, Wien, S.62.

<sup>111</sup> Ucakar Karl (2006): Verfassung – Geschichte und Prinzipien, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tálos (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 124.

<sup>112</sup> Bernd-Christian Funk (2003): Einführung in das österreichische Verfassungsrecht, Wien, S.63.

<sup>113</sup> Robert Walter/Heinz Mayer/Gabriele Kucsco-Stadlmayer (2007): Bundesverfassungsrecht, Wien, S. 30.

<sup>114</sup> Vgl. Robert Walter/Heinz Mayer/Gabriele Kucsco-Stadlmayer (2007): Bundesverfassungsrecht, Wien, S. 30.

Einvernehmen mit einem Unterausschuss des Hauptausschusses des Nationalrates erfolgen.<sup>115</sup>

Die innenpolitische Lage spitzte sich zu, die Verfassungsnovelle 1929 brachte nicht die stabilisierende Wirkung mit sich, die ihre VerfasserInnen erhofften. Am 4. März 1933 legten im Zuge einer heftigen Parlamentsdebatte alle drei Präsidenten des Nationalrates ihr Amt nieder. Für diesen Fall gab es aber keine rechtliche Vorsorge.<sup>116</sup>

Bundeskanzler Engelbert Dollfuss nutzte diese quasi Selbstausschaltung des Parlaments und regierte mittels Verordnungen nach dem Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz aus dem Jahr 1917.<sup>117</sup> „Im Februar 1934 unternahm die Sozialdemokratische Partei den Versuch, der Entwicklung gewaltsam entgegenzutreten und die verfassungsmäßige Ordnung des B-VG wiederherzustellen.“<sup>118</sup> Der Bürgerkrieg wurde durch den massiven Einsatz des Bundesheeres schon nach wenigen Tagen niedergeschlagen.

1934 erließ die Bundesregierung mittels Verordnung nach dem Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz 1917 eine neue Verfassung: Die parlamentarische Demokratie wurde durch einen autoritären, berufsständisch organisierten Staat ersetzt.<sup>119</sup>

Der Ständestaat wurde vom Nationalsozialismus wenige Jahre später überrollt. „Am 12. März 1938 erfolgte der Einmarsch deutscher Truppen und die Besetzung Österreichs. Dieses Vorgehen war ohne Zweifel völkerrechtswidrig.“<sup>120</sup> Eine im April 1938 abgehaltene Abstimmung ergab eine Mehrheit von 99,7% der Stimmen

---

<sup>115</sup> Vgl. Robert Walter/Heinz Mayer/Gabriele Kucsko-Stadlmayer (2007): Bundesverfassungsrecht, Wien, S. 317.

<sup>116</sup> Vgl. Bernd-Christian Funk (2003): Einführung in das österreichische Verfassungsrecht, Wien, S.63.

<sup>117</sup> Vgl. Theo Öhlinger (2009): Verfassungsrecht, Wien, S. 46.

<sup>118</sup> Bernd-Christian Funk (2003): Einführung in das österreichische Verfassungsrecht, Wien, S.64.

<sup>119</sup> Vgl. Karl Ucakar (1985): Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik, Wien, S. 455.

<sup>120</sup> Bernd-Christian Funk (2003): Einführung in das österreichische Verfassungsrecht, Wien, S.65.

für den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich, wobei diese Abstimmung weder geheim noch frei erfolgte.<sup>121</sup>

Mit der Kapitulation Hitler-Deutschlands im Mai 1945 war der Weg frei für die Wiederherstellung Österreichs. Durch ein Verfassungs-Überleitungsgesetz wurde 1945 die Bundesverfassung von 1920 mit der Novelle 1929 wieder in Kraft gesetzt.<sup>122</sup> Auch die Nationalratswahlordnung 1923 wurde in groben Zügen erneut Grundlage von Wahlen zu den parlamentarischen Körperschaften auf Bundes- und Länderebene. Bemerkenswert erscheint hierbei, dass die Nationalratswahlordnung aus dem Jahr 1923 – sieht man von den erwähnten geringfügigen Änderungen ab – bis 1970 gültig blieb.<sup>123</sup>

Das Prinzip der Verhältniswahl blieb erhalten. Grundsätzlich betrachtet bietet ein Mehrheitswahlsystem die Vorteile, dass die relative oder absolute Mehrheit der Stimmen klare Mehrheitsverhältnisse im Parlament schafft, was wiederum schlechte Chancen für die Mitverantwortung von Kleinparteien bedeutet. Dies entspricht dem angloamerikanischen System.<sup>124</sup>

Das Verhältniswahlsystem zielt darauf ab, eine möglichst gerechte Verteilung der Mandate entsprechend der Wählerstimmen zu erbringen. Ein Vorteil vor allem für kleine Parteien. Nur Grundmandats- und Mindestprozenthürde verzerren die exakte Widerspiegelung der Stimmenverhältnisse.<sup>125</sup> Nur bei Bürgermeisterdirekt- und Bundespräsidenten-Wahlen gilt in Österreich das Mehrheitswahlsystem.

Zusammenfassend gesehen, bilden seit der Verfassungsdiskussion, die zum Kompromiss 1920 bzw. 1929 führte, zwei Gegensatzpaare schier natürliche Konfliktlinien in der österreichischen Wahlrechtsdebatte: Einerseits geht es um

---

<sup>121</sup> Vgl. Bernd-Christian Funk (2003): Einführung in das österreichische Verfassungsrecht, Wien, S.66.

<sup>122</sup> Vgl. Ucakar Karl (2006): Verfassung – Geschichte und Prinzipien, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tálos (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 127.

<sup>123</sup> Vgl. Karl Ucakar (1985): Demokratie und Wahlrecht in Österreich - Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik, Wien, S. 463.

<sup>124</sup> Vgl. Dieter Nohlen (2001): Wahlsysteme, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), 2001, Kleines Lexikon der Politik. (3. Aufl.). München, S. 575-582.

<sup>125</sup> Vgl. Sieglinde Rosenberger/Anton Pelinka (2006): Politik in Österreich – Grundlagen – Strukturen – Trends, Wien, S. 166.

den Stellenwert der Liste gegenüber der Persönlichkeit (der Kandidatin bzw. des Kandidaten), andererseits um das Verhältnis zwischen Region und Gesamtstaat.

## **5.2. Wahlrechtsreform 1970**

Bereits unter der ÖVP-Alleinregierung von Bundeskanzler Josef Klaus von 1966 bis 1970 wurden Versuche unternommen, das Wahlrecht grundlegend zu ändern.<sup>126</sup> „Die Nationalratswahl vom 1. März 1970 brachte eine relative Stimmen- und Mandatsmehrheit der SPÖ. Obwohl die SPÖ 1970 einen höheren Prozentsatz an Stimmen gewinnen konnte als die ÖVP 1966, verfehlte sie aufgrund der Wahlarithmetik die absolute Mandatsmehrheit.“<sup>127</sup> Die Koalitionsverhandlungen brachten allerdings keine Ergebnisse, worauf Bruno Kreisky eine SPÖ-Alleinregierung bildete, die auf die grundsätzliche Unterstützung der FPÖ zählen konnte.

Kreisky kündigte schon in seiner Regierungserklärung eine umfassende Reform des Wahlrechtes an. Sein Vorschlag umfasste schließlich die Erhöhung von 165 auf 183 MandatarInnen im Nationalrat, die Reduktion der Wahlkreise auf 9 Bundesländerwahlkreise statt 25 Wahlkreise sowie zwei statt zuvor vier Wahlkreisverbände. Neben einer Änderung im Ermittlungsverfahren der Mandate war die Möglichkeit des Reihens von KandidatInnen durch die Einführung einer Vorzugsstimme ein Eckpunkt dieser Reform.<sup>128</sup>

Für die FPÖ war die Wahlrechtsreform auch eine Frage der Existenzsicherung: „Die Wahlkreise, deren Zahl auf neun reduziert wurde, sollten nur mehr für das erste Ermittlungsverfahren von Bedeutung sein. Damit wollte man eine bessere

---

<sup>126</sup> Vgl. Karl Ucakar (1985): Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik, Wien, S. 486.

<sup>127</sup> Vgl. Karl Ucakar (1985): Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik, Wien, S. 488.

<sup>128</sup> Vgl. Karl Ucakar (1985): Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik, Wien, S. 491.



Verwertung der Reststimmen der kleineren Parteien gewährleisten.“<sup>129</sup> Das zweite Ermittlungsverfahren sollte demnach nach dem System d'Hondt erfolgen.

„Nach der sehr langen und zum Teil von grundsätzlichen Überlegungen getragenen Debatte fand am 27. November 1970 die Abstimmung über die sogenannte ‚kleine Wahlrechtsreform‘ statt.“<sup>130</sup> Sie wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP im Nationalrat beschlossen und trat am 1. Jänner 1971 in Kraft.<sup>131</sup>

### **5.3. Demokratiereformvorschläge in den 1980er Jahren**

In den 1980er Jahren präsentieren beide Großparteien diverse Vorschläge zu einer weiteren Personifizierung der Wahlakte. Die SPÖ schlug 110 Einerwahlkreise vor, die sich im Wesentlichen mit den Grenzen der politischen Bezirke deckten. Über die Wahl eines Direktkandidaten/einer Direktkandidatin hätte der Wähler/die Wählerin nach diesem Entwurf auch die Parteipräferenz ausgedrückt. Auf wen die relative Mehrheit entfällt, diejenige oder derjenige zieht in den Nationalrat ein. Die übrigen Mandate sollten – um dem verfassungsrechtlichen Gebot der Verhältniswahl zu entsprechen – gemäß der gesamten Parteistimmen vergeben werden, wobei die bereits erreichten Mandate aus den Wahlkreisen abzuziehen gewesen wären.<sup>132</sup>

VertreterInnen der ÖVP machten einen ähnlichen Entwurf, der 1983 in einem Initiativantrag mündete: Das Bundesgebiet wurde in 24 Wahlkreise unterteilt, die in einem Bundesländerwahlkreis zusammengeschlossen wurden. Neben der Parteibezeichnung sollte sich künftig auch eine Namensliste aller KandidatInnen auf dem Stimmzettel befinden. Mittels Vorzugsstimme könnte der Wähler/die

---

<sup>129</sup> Karl Ucakar (1985): Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik, Wien, S. 489.

<sup>130</sup> Karl Ucakar (1985): Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik, Wien, S. 496.

<sup>131</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): BGBl. 391/1970, Online im Internet unter [http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1970\\_391\\_0/1970\\_391\\_0.html](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1970_391_0/1970_391_0.html), 15.05.2012.

<sup>132</sup> Vgl. Karl Ucakar (1985): Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik, Wien, S. 517.

Wählerin die Reihung auf der Liste und damit die Mandatsvergabe zumindest mitbestimmen.<sup>133</sup>

#### 5.4. Wahlrechtsreform 1992

Die eben erwähnten Vorschläge fanden in beiden Großparteien geteilte Zustimmung, da besonders die Verbände und Interessensvertretungen um ihren Einfluss bei der Mandatsvergabe bangten. 1992 folgte eine umfassende Novelle zum Wahlrecht: Beispielsweise wurde die Einteilung der Wahlkreise verändert, ein bundesweites Ermittlungsverfahren eingeführt und die Wahlausschließungsgründe auf gerichtliche Verurteilungen reduziert.<sup>134</sup> Im Zuge von Novellen reduzierte sich das aktive Wahlalter gleichermaßen wie das passive.<sup>135</sup> Auch die Neuregelung der Mandatsvergabe in drei Ermittlungsverfahren<sup>136</sup> ist verfassungsrechtlich abgesichert.

Laut Nationalrats-Wahlordnung 1992<sup>137</sup> unterteilt sich das Bundesgebiet in 43 Regionalwahlkreise, neun Landeswahlkreise und einen Bundeswahlkreis. Zu der bisher nur auf der Landesliste zu vergebenden Vorzugsstimme wurde die Möglichkeit einer zusätzlichen Vorzugsstimme auf der Ebene des Regionalwahlkreises geschaffen. Um das Vorzugsstimmenmandat zu erhalten, benötigt der jeweilige Kandidat/die jeweilige Kandidatin ein Sechstel der gültigen Parteistimmen im Regionalwahlkreis oder die Hälfte der Landeswahlzahl. Da diese Hürden nur wenige KandidatInnen übersprangen, gab es bisher nur Ausnahmefälle, die mittels Vorzugsstimmenmandat in den Nationalrat einzogen: „Seit 1970 gab es, wenn auch mit anderen Regelungen, die Möglichkeit, Vorzugsstimmen zu vergeben. Nur einem Abgeordneten, Josef Cap (SPÖ), ist es unter diesen Bestimmungen gelungen, ein Vorzugsstimmenmandat zu

---

<sup>133</sup> Vgl. Karl Ucakar (1985): Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik, Wien, S. 520.

<sup>134</sup> Vgl. „Salzburger Nachrichten“ vom 25.7.1992, S. 26: Bundesverfassung im Zuge des neuen Wahlrechtes geändert.

<sup>135</sup> Vgl. „Salzburger Nachrichten“ vom 19.9.1992, S. 26: Verstand und Gefühl bei Stimmabgabe.

<sup>136</sup> Vgl. Robert Walter/Heinz Mayer/Gabriele Kucsko-Stadlmayer (2007): Bundesverfassungsrecht, Wien, S. 191.

<sup>137</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): Nationalrats-Wahlordnung 1992, Online im Internet unter

<http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10001199>, 15.05.2012.

erlangen.“<sup>138</sup> Aufgrund der Neuregelung 1992 gelangen bisher zwei ÖVP-Vertreter über Vorzugsstimmen in den Nationalrat: Gerhart Bruckmann (1999)<sup>139</sup> und Franz Glaser (2002).<sup>140</sup>

Diese Reform ergab, wie bereits erwähnt, nunmehr ein drittes Ermittlungsverfahren, in dem die Mandate auf die wahlwerbenden Parteien nach dem d'Hondtschen Verfahren verteilt werden. Diese Wahlrechtsreform stärkte das Verhältniswahlsystem, weil es die Differenz zwischen dem „billigsten“ und dem „teuersten“ Mandat so gering wie möglich hält.<sup>141</sup>

### 5.5. Wahlrechtsreform 2007

Zu einer weitreichenden Veränderung im Wahlrecht kam es 2007: Die Eckpunkte der Reform bezogen sich einerseits auf die Einführung der Briefwahl, der Verlängerung der Nationalrats-Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre und andererseits auf die Wahlaltersenkung auf 16 Jahre.<sup>142</sup> Beschlossen wurde dieses Reformpaket durch den Nationalrat am 5. Juni 2007. Gemäß Art 95 Abs 2 B-VG hatte die Wahlaltersenkung auch auf die Bundesländer direkten Einfluss, da die Bedingungen des aktiven und passiven Wahlrechts gemäß Art 99 Abs 1 B-VG nicht enger gezogen werden dürfen, als dies bundesverfassungsrechtlich für die Wahlen zum Nationalrat normiert wurde.<sup>143</sup> „Vorrangiges Ziel der Wahlrechtsreform 2007 war es, dass bei künftigen Wahlen mehr Menschen am politischen Willensbildungsprozess teilhaben und durch die Verlängerung der Legislaturperiode Politik nachhaltiger gestalten zu können.“<sup>144</sup>

---

<sup>138</sup> Barbara-Anita Blümel (2004): Wahlen zum österreichischen Parlament, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.), Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 21, 2004, Von Wahl zu Wahl, Wien, S. 42.

<sup>139</sup> Barbara-Anita Blümel (2004): Wahlen zum österreichischen Parlament, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.), Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 21, 2004, Von Wahl zu Wahl, Wien, S. 42.

<sup>140</sup> Vgl. APA 25.11.2002: Wahl: ÖVP-Sicherheitssprecher Kiss verliert Nationalratssitz.

<sup>141</sup> Vgl. Robert Walter/Heinz Mayer/Gabriele Kucsko-Stadlmayer (2007): Bundesverfassungsrecht, Wien, S. 192.

<sup>142</sup> Vgl. APA, 14.03.2007: Wählen mit 16 und Briefwahl vom Ministerrat beschlossen.

<sup>143</sup> Vgl. Theo Öhlinger (2009): Verfassungsrecht, Wien, S. 118.

<sup>144</sup> Michaela Mojzsis (2007): Das Demokratiepaket 2007 – oder auch: je mehr wählen, desto besser!, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 2007, Seite 137.

Bemerkenswert sind im Hinblick auf die Debatte im Nationalrat zur Wahlaltersenkung die Parallelen zur burgenländischen Diskussion. Auch auf Bundesebene sahen die jeweiligen ParteienvertreterInnen „Wählen mit 16“ als ihr Projekt: Die Grünen verwiesen auf eine Reihe von diesbezüglichen Anträgen in der Vergangenheit. Die FPÖ hatte bereits 1999 zwei Anträge auf Wahlaltersenkung in den Nationalrat eingebracht. Die SPÖ begrüßte die Wahlaltersenkung auch in Hinblick auf die Ausdehnung der Wahlberechtigten.<sup>145</sup> Die Wahlaltersenkung wurde aber auch als politischer Kuhhandel interpretiert: „Dass die Wahlaltersenkung ins Regierungsprogramm aufgenommen wurde, war nicht das Ergebnis einer vorausgegangenen Debatte in der ÖVP, sondern Teil eines politischen Tausches mit der SPÖ, die im Gegenzug in die Einführung der Briefwahl im Inland (bei Auslandsaufenthalten gab es sie bereits) einwilligte. Die Wahlreform ist damit als Maßnahmenpaket eine von Parteikalkül getragene Entscheidung und nicht das Resultat einer inhaltlichen Auseinandersetzung.“<sup>146</sup>

Zusammenfassend kann man das Wahlrecht in Österreich wie folgt erklären: In Österreich müssen spätestens alle fünf Jahre Nationalratswahlen abgehalten werden. Der Nationalrat wird dabei nach den Grundsätzen des gleichen, unmittelbaren, persönlichen, freien und geheimen Wahlrechts gewählt. Wahlberechtigt sind alle österreichischen StaatsbürgerInnen, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben, wobei das passive Wahlrecht – also das Recht gewählt zu werden – alle StaatsbürgerInnen haben, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben. Es gibt aber auch einen Ausschlussgrund vom Wahlrecht und der Wählbarkeit, und das ist eine rechtskräftige gerichtliche Verurteilung. Die wichtigsten Grundlagen für die Wahlen zum Nationalrat sind im Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) und in der Nationalrats-Wahlordnung 1992 verankert.<sup>147</sup>

---

<sup>145</sup> Vgl. Österreichisches Parlament (2012): Parlamentskorrespondenz Nr. 439 vom 05.06.2007, Online im Internet unter [http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2007/PK0439/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2007/PK0439/index.shtml), 15.05.2012.

<sup>146</sup> Ferdinand Karlhofer (2007): Wählen mit 16: Erwartungen und Perspektiven, in: Der WählerInnenwille (2007), Forum Politische Bildung, Innsbruck-Bozen-Wien, S. 37.

<sup>147</sup> Vgl. Robert Walter/Heinz Mayer/Gabriele Kucsko-Stadlmayer (2007): Bundesverfassungsrecht, Wien, S. 184ff.

Die Stimmabgabe erfolgt am Wahltag in einem Wahllokal oder mittels Briefwahl. Der/Die Wahlberechtigte hat dabei durch Unterschrift auf der Wahlkarte an Eides statt zu erklären, dass die Stimmabgabe persönlich und unbeobachtet erfolgt ist, wobei die Briefwahl sowohl im Inland als auch im Ausland möglich ist. Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, sodass die Mandate nach dem jeweiligen prozentuellen Stimmenanteil bei den Wahlen an die einzelnen wahlwerbenden Gruppen vergeben werden.<sup>148</sup> „Wie das Verhältniswahlrecht im Einzelnen gestaltet sein soll, wird vom B-VG nicht normiert und bleibt dem einfachen Gesetzgeber überlassen.“<sup>149</sup>

---

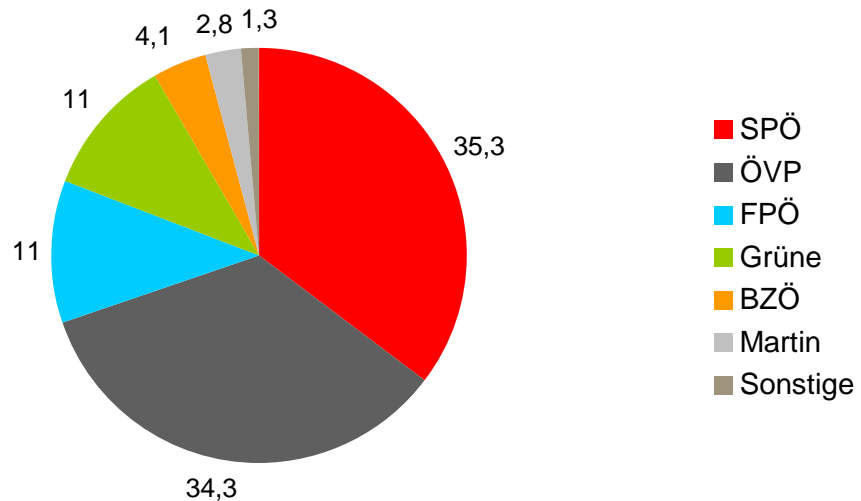
<sup>148</sup> Vgl. Theo Öhlinger (2009): Verfassungsrecht, Wien, S. 173.

<sup>149</sup> Robert Walter/Heinz Mayer/Gabriele Kucsko-Stadlmayer (2007): Bundesverfassungsrecht, Wien, S. 182.

## 6. Reformambitionen am Beispiel des Jahres 2006

Selten wird mehr über eine Änderung des Rechtsinstituts Wahlrecht diskutiert als in Zeiten von Regierungsverhandlungen – wie beispielsweise im November 2006.<sup>150</sup> Der Wählerwille brachte bei den Nationalratswahlen am 1. Oktober 2006 keiner Partei eine absolute Mehrheit, die Regierungsverhandlungen zwischen den Großparteien SPÖ und ÖVP zogen sich in die Länge. Möglich waren neben einer großen Koalition einzig Dreier-Koalitionen (oder eine Konzentrationsregierung aller Parteien), die von den handelnden Personen aber kaum zu erwarten waren.

Das in Österreich geltende Verhältniswahlrecht ergab folgende Aufteilung der 183 Mandate: SPÖ 68; ÖVP 66; Grüne 21; FPÖ 21; BZÖ 7. Jene 92 Mandate, die für die Bildung einer stabilen Regierung notwendig sind, standen keiner Partei alleine zur Verfügung.<sup>151</sup>



**Abbildung 2:** Eigene graphische Darstellung des Ergebnisses der Nationalratswahl 2006 (Angaben in %) (Quelle: Online im Internet unter: <http://www.sora.at/de/start.asp?x=x&fr=&b=&ID=633>, 18.05.2009)

<sup>150</sup> Vgl. „Die Presse“ vom 11.11.2006, S. 1: Mehrheit gegen Mehrheitswahlrecht.

<sup>151</sup> Vgl. Bundesministerium für Inneres (2012): Nationalratswahl 2006, Online im Internet unter: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/2006/start.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2006/start.aspx), 15.11.2006.

Die Diskussion um eine Wahlrechtsänderung fand vor allem in den Printmedien statt. So präsentierten sowohl der „Kurier“ als auch „Der Standard“ ein Modell des Grazer Juristen und Politologen Klaus Poier. Unter dem Titel „Warum es mit einem anderen Wahlrecht jetzt keine Koalitionskrise gäbe“<sup>152</sup> wurde das klassische Mehrheitswahlrecht nach englischem Vorbild präsentiert: Die SPÖ hätte darin mit 93 Mandaten die absolute Mehrheit (ÖVP: 87 Mandate), die Kleinparteien würden „weitgehend aus dem Parlament fliegen“.<sup>153</sup> Anders sieht es beim Poier’schen minderheitenfreundlichen Mehrheitswahlrecht<sup>154</sup> aus, wo der stimmenstärksten Partei die Hälfte plus eins der Mandate zugestanden wäre. Die restlichen Mandate würden gemäß Wahlergebnis aufgeteilt. Massive Verluste (im Gegensatz zum derzeit geltenden Verhältniswahlrecht) würde bei diesem Modell die ÖVP einfahren, die bei 52 Mandaten halten würde – die Grünen hätten 17, die FPÖ 16 und das BZÖ 6 Mandate.

Ein Vorteil des „System Poier“, nach dem der Wahlsieger/die Wahlsiegerin nach Mehrheitswahlrecht ermittelt wird und die restlichen Parteien ihre Mandate durch das Verhältniswahlrecht erhalten, liegt auf der Hand: Sofort nach der Wahl wäre eine (eventuell neue) Regierung handlungsfähig. Dieses Modell hat aber auch den Nachteil, dass zum Beispiel die kleineren Parteien niemals Regierungsverantwortung übernehmen könnten und ständig in Opposition bleiben würden.

In anderen europäischen Ländern wurde ebenfalls über Änderungen des Wahlrechts diskutiert.<sup>155</sup> Auch in Großbritannien, wo ein relatives Mehrheitswahlrecht vorherrscht, gab es umfassende Reformbestrebungen, die 2011 sogar zu einer Volksabstimmung führten: „Die britischen Wähler haben mit überwältigender Mehrheit für die Beibehaltung des Mehrheitswahlrechts

---

<sup>152</sup> „Kurier“ vom 02.11.2006, S. 3: Wahlrechtsreform. Warum es mit einem anderen Wahlrecht jetzt keine Koalitionskrise gäbe.

<sup>153</sup> „Kurier“ vom 02.11.2006, S. 3: Wahlrechtsreform. Warum es mit einem anderen Wahlrecht jetzt keine Koalitionskrise gäbe.

<sup>154</sup> Vgl. „Die Presse“ vom 11.11.2006, S. 1: Mehrheit gegen Mehrheitswahlrecht.

<sup>155</sup> Vgl. „Der Standard“ vom 27.10.2006, S. 3: Doppelte Wahlgänge mit Absprachen. Einige Länder gehen ungewöhnliche Wege zur Umsetzung des Wählerwillens.

gestimmt.“<sup>156</sup> Eine Stimmenmehrheit im jeweiligen Wahlkreis – und sei diese auch noch so gering – reicht für die Erlangung des Mandats.

In Italien wurde das Wahlrecht mehrfach unter den Regierungen Berlusconi geändert. Die jüngste Änderung wurde im März 2012 beschlossen: „Jede Partei muss einen Kandidaten für das Amt des Premiers benennen. Eine Sperrklausel von vier Prozent soll den Wald von Kleinparteien lichten. Der bisherige Mehrheitsbonus für die stärkste Partei wird reduziert.“<sup>157</sup> Auch das Persönlichkeitswahlrecht wurde gestärkt: Neben Parteien sollen in Zukunft wieder Kandidaten angekreuzt werden können. „Der stärksten Partei obliegt es, den Regierungschef vorzuschlagen. Dessen Kompetenzen werden erheblich erweitert. So soll er selbst Minister ernennen und entlassen können.“<sup>158</sup>

In Deutschland ist man stolz auf ein Zweistimmensystem, welches ein Verhältniswahlrecht mit der Direktwahl von Abgeordneten (im jeweiligen Wahlkreis) vereint.<sup>159</sup> Gestärkt wird damit zumindest die Bürgernähe der Wahlentscheidung.

---

<sup>156</sup> APA, 07.05.2011: Fast 68 Prozent der Briten stimmen gegen neues Wahlsystem.

<sup>157</sup> „Der Standard“ vom 29.03.2012, S. 4: Durchbruch für Wahlrechtsreform in Italien.

<sup>158</sup> „Der Standard“ vom 29.03.2012, S. 4: Durchbruch für Wahlrechtsreform in Italien.

<sup>159</sup> Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2009): Das personalisierte Verhältniswahlrecht, Online im Internet unter [http://www.bpb.de/themen/4CY2EH,0,0,Das\\_personalisierte\\_Verh%E4ltniswahlrecht.html](http://www.bpb.de/themen/4CY2EH,0,0,Das_personalisierte_Verh%E4ltniswahlrecht.html), 18.05.2009.



## 7. Diskussion zur Wahlaltersenkung im Burgenland

### 7.1. Zur Senkung des Wahlalters bei Gemeinderatswahlen

Der Beginn einer Diskussion zur Wahlaltersenkung im Burgenland kann mit keinem verbindlichen Datum versehen werden. Auffallend viel Raum in der politischen Diskussion nimmt das Thema etwa ab dem Jahr 2000 ein. Nach eigenen Angaben haben sich die „JUSOs“ (Junge SozialistInnen) Burgenland sowie die Kinderfreunde, die SPÖ-Jugend- bzw. Kinderorganisationen, bereits Mitte der 1980er Jahre für eine Herabsetzung des Wahlalters eingesetzt.<sup>160</sup> Relevant wurden die Diskussionsbeiträge allerdings erst mit der konkreten Debatte einer Wahlaltersenkung bei den Kommunalwahlen 2002.

Norbert Hofer, damals FPÖ-Parteisekretär, sah einen bestimmenden Grund für eine Absenkung der Altersgrenze auf 16 Jahre insbesondere in der Struktur burgenländischer Gemeinden: „In den kleinstrukturierten Gemeinden des Burgenlandes ist es besonders wichtig, die Jugend aktiv in das politische Geschehen einzubinden“.<sup>161</sup> Für den freiheitlichen Politiker zählte aber auch, dass jungen Menschen in anderen Lebensbereichen mehr Verantwortung zugeschrieben wird als im politischen Leben: „Ein Burgenländer darf mit 16 Jahren den Pilotenschein erwerben, er kann bereits aktiv im Arbeitsprozess stehen, er muss sich für Vergehen vor dem Richter verantworten, er darf aber nicht wählen. Die Steirer und Kärntner haben diesen Anachronismus abgestellt. Wir sollten das auch tun.“<sup>162</sup>

An dieser Stelle muss betont werden, dass die Bundesländer Steiermark und Kärnten zwar die Wahlaltersenkung bereits vor den burgenländischen LandtagskollegInnen beschlossen hatten, im Burgenland quasi der Praxistest erbracht wurde.<sup>163</sup> Am 6. Oktober 2002 durften zum ersten Mal 16- und 17-jährige

---

<sup>160</sup> Vgl. Interview mit Christian Illedits, Anhang, S. 135.

<sup>161</sup> APA, 05.06.2001: FPÖ Burgenland für Wahlalter-Senkung bei Kommunalwahlen.

<sup>162</sup> APA, 05.06.2001: FPÖ Burgenland für Wahlalter-Senkung bei Kommunalwahlen.

<sup>163</sup> Vgl. „Die Presse“ vom 08.10.2002, S. 7: Praxistest.

BurgenländerInnen an die Urne schreiten, um ihre BürgermeisterInnen und GemeinderätInnen zu wählen.<sup>164</sup>

Die burgenländische Volkspartei fasste zur Wahlaltersenkung einen Grundsatzbeschluss im Landesparteivorstand vom 22. Oktober 2001.<sup>165</sup> Landesparteiboss Franz Steindl plädierte für die Herabsetzung des aktiven Wahlalters, verpackte die Wahlrechtsreform aber auch mit der Forderung nach einer steuerlichen Zweitwohnsitz-Abgabe.<sup>166</sup> „Außerdem tritt Steindl in seiner Eigenschaft als Jugendreferent für eine Senkung des aktiven Wahlalters von derzeit 18 auf 16 sowie des passiven Wahlalters von 19 auf 18 Jahre ein. Mit 16 zur Wahlurne soll bereits bei den burgenländischen Kommunalwahlen im Herbst 2002 praktiziert werden.“<sup>167</sup>

Die Tatsache, dass sich die ÖVP bundesweit gegen „Wählen mit 16“ aussprach und zumindest vor der Ära Steindl nicht aktiv dafür eingesetzt hatte, führte in den Folgejahren noch zu heftigen medialen und parlamentarischen Schlagabtauschen zwischen SozialdemokratInnen und VertreterInnen der Volkspartei.<sup>168</sup> Insbesondere an der Informationsarbeit des Landesjugendreferates im Amt der Burgenländischen Landesregierung, das Steindl ressorttechnisch unterstellt ist, wurde heftige Kritik geübt, die von der Volkspartei zurückgewiesen wurde. Im Gegenzug verwies die Volkspartei darauf, dass bereits der Vorgänger Steindls, Gerhard Jellasitz, vor dem Jahr 2000 für eine Wahlaltersenkung eintrat. Ein Vorhaben, das am Widerstand der SozialdemokratInnen und Freiheitlichen scheiterte.<sup>169</sup>

Im November 2001 kündigten die SozialdemokratInnen unter Landeshauptmann Hans Niessl „umgehende Verhandlungen mit den anderen Landtagsparteien –

---

<sup>164</sup> Vgl. „Wiener Zeitung“ vom 18.04.2002, S. 7: Wahlalter wurde bei Kommunal- und Landtagswahlen gesenkt: Burgenland: Wählen ab 16.

<sup>165</sup> Vgl. APA, 22.10.2001: ÖVP Burgenland spricht sich für Zweitwohnsitz-Abgabe aus.

<sup>166</sup> Vgl. APA, 22.10.2001: ÖVP Burgenland spricht sich für Zweitwohnsitz-Abgabe aus.

<sup>167</sup> APA, 22.10.2001: ÖVP Burgenland spricht sich für Zweitwohnsitz-Abgabe aus.

<sup>168</sup> Vgl. „Salzburger Nachrichten“ vom 24.10.2002, S. 2: Jungpartei-Chefin gegen Jugendwahlrecht: Debatte um Wählen ab 16 - 70.000 18-Jährige dürfen heuer nicht wählen.

<sup>169</sup> Vgl. APA, 08.01.2002: Burgenland: Wählen und gewählt werden mit 16.

ÖVP, FPÖ und Grüne – zur Änderung der Gemeindewahlordnung an“.<sup>170</sup> Der damalige Klubobmann der sozialdemokratischen Fraktion im Burgenländischen Landtag, Norbert Darabos, ortete bei den anderen Landtagsparteien „durchaus positive Signale“.<sup>171</sup> Auch die SPÖ wollte bereits die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen 2002 zum Anlass nehmen, um „Wählen mit 16“ zu „testen“.<sup>172</sup> In der Argumentation war man sich mit den Freiheitlichen einig: Frauen dürften ab 16 heiraten, ab 14 sind Jugendliche strafmündig und mit 17 Jahren können männliche Präsenzdiener zur Waffe greifen, nur wählen dürften sie nicht.<sup>173</sup>

Im März 2002 waren die Landtagsparteien bereits unter Zugzwang geraten, wollten sie „Wählen mit 16“ bei den Kommunalwahlen ermöglichen. Insbesondere die Junktimierung der politischen Forderung nach einer Änderung der Zweitwohnsitz-Regelung mit „Wählen mit 16“ seitens der Volkspartei brachte weitere Parteienverhandlungen und damit auch Verzögerungen mit sich.<sup>174</sup> Auch wenn die Wahlaltersenkung in ihren Grundsätzen beschlossene Sache war, wollte die ÖVP in Sachen Wahlrecht für BurgenländerInnen, die lediglich einen Zweitwohnsitz im Land hatten und um wahlberechtigt zu sein, mehrere auslegungsbedürftige und schwammige Kriterien erfüllen mussten, nicht kampflös nachgeben.

Am 21. März 2002 waren die Verhandlungsrunden abgeschlossen: Alle vier Parteien waren sich einig. Am 18. April 2002 erfolgte die Beschlussfassung in einer Doppelsitzung des Landtages.<sup>175</sup> Ein Beschluss, der durchaus früher hätte kommen können. Vorstöße in Sachen Wahlaltersenkung gab es auch vor der Diskussion im Jahr 2002, jedoch verhinderte die sachlich schwer zu rechtfertigende Verknüpfung von „Wählen mit 16“ mit anderen Forderungen nach einer Wahlrechtsreform immer wieder die Beschlussfassung im Landtag. Betrachtet man die Diskussion auf einer längeren Zeitachse, könnte man auch

---

<sup>170</sup> APA, 26.11.2001: SPÖ Burgenland startet Initiative für Wählen mit 16.

<sup>171</sup> APA, 26.11.2001: SPÖ Burgenland startet Initiative für Wählen mit 16.

<sup>172</sup> Vgl. APA, 26.11.2001: SPÖ Burgenland startet Initiative für Wählen mit 16.

<sup>173</sup> Vgl. APA, 26.11.2001: SPÖ Burgenland startet Initiative für Wählen mit 16.

<sup>174</sup> Vgl. APA, 19.03.2002: Endspurt für Wählen mit 16 im Burgenland.

<sup>175</sup> Vgl. APA, 18.04.2002: Burgenland senkt Wahlalter auf 16 Jahre.

zum Schluss kommen, dass die Wahlaltersenkung zum politischen Faustpfand in der Diskussion mit MitbewerberInnen degradiert wurde. „Angesichts der Verknüpfung des Themas bei Verhandlungen mit anderen Fragen“<sup>176</sup> war es ein langer Weg bis zum Beschluss der Senkung des Wahlalters.

In der Doppelsitzung des Landtages am 18. April 2002 präzisierten die RednerInnen ihre Positionen zur Wahlaltersenkung wie folgt:

Margarethe Krojer ergriff für die Grünen das Wort und erneuerte die positive Grundstimmung zur Wahlaltersenkung: „Wir sind davon überzeugt, und deswegen werden wir auch dieser Vorlage zustimmen, dass eine Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 für die Kommunalwahlen das Interesse der PolitikerInnen an den Jugendlichen hervorruft.“<sup>177</sup> Allerdings beklagte die Politikerin auch eine generelle Parteipolitikverdrossenheit: „Es wäre notwendig, auch die Rahmenbedingungen für politische, demokratische Entwicklungen zu schaffen.“<sup>178</sup>

Für den Parteiobmann der FPÖ Burgenland, Stefan Salzl, war die Wahlaltersenkung ein „wichtiges Signal an die Jugend sich in demokratiepolitische Prozesse einzubringen“.<sup>179</sup> Vor allem in den Gemeinden sollten sie mitbestimmen und mitgestalten können.

Für den Redner der ÖVP-Fraktion, Jugendsprecher Kurt Lentsch, war die politische Reife junger Menschen ein ausschlaggebender Punkt, eine Wahlaltersenkung zu unterstützen: „Jugendliche mit 16 Jahren haben eine wesentlich höhere Information, eine bessere Bildung, vielleicht auch ein bisschen mehr Lebenserfahrung und vor allem mehr demokratische Reife, als vor einigen Jahren noch. Und ich glaube, dass es daher sinnvoll ist, auf Gemeindeebene sie in die demokratischen Prozesse zu integrieren.“<sup>180</sup>

---

<sup>176</sup> APA, 18.04.2002: Burgenland senkt Wahlalter auf 16 Jahre.

<sup>177</sup> Burgenländischer Landtag, XVIII. Gesetzgebungsperiode, Wortprotokoll: S. 2738.

<sup>178</sup> Burgenländischer Landtag, XVIII. Gesetzgebungsperiode, Wortprotokoll: S. 2738.

<sup>179</sup> Burgenländischer Landtag, XVIII. Gesetzgebungsperiode, Wortprotokoll: S. 2740.

<sup>180</sup> Burgenländischer Landtag, XVIII. Gesetzgebungsperiode, Wortprotokoll: S. 2741.

Ewald Gossy ergriff das Wort für die SPÖ-Fraktion. Für ihn als ArbeitnehmerInnen-Sprecher und Gewerkschaftsfunktionär sei die Beteiligung junger Menschen an demokratischen Entscheidungen keineswegs Neuland: „Es ist ja so, dass bei der Arbeiterkammerwahl im Jahr 2000 auch Lehrlinge wahlberechtigt waren. Hier sogar mit 15 Jahren.“<sup>181</sup> Gossy betonte aber auch die Notwendigkeit von umfassender Information unter den Jugendlichen, um sie von ihren Grundrechten und Beteiligungsmöglichkeiten in Kenntnis zu setzen.

Das für Jugendfragen zuständige Regierungsmitglied, Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl, erwähnte in seinem Debattenbeitrag vor allem die demokratiepolitischen Auswirkungen von „Wählen mit 16“: „Es ist der kleinste gemeinsame Nenner und das bedeutet, es wurde schon gesagt, dass rund 6.800 Jugendliche wahlberechtigt werden. Es wird auch einen Anstieg der Mandate geben. In 17 Gemeinden einen Anstieg um zwei Mandate und in sieben Gemeinden sogar einen Anstieg um vier Mandate. Insgesamt gibt es daher 62 zusätzliche Mandate bei den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen am 6. Oktober 2002 zu verteilen.“<sup>182</sup>

Am Ende von Steindls Wortmeldung kam es zur Abstimmung: Sie erfolgte einstimmig und damit mit der für Verfassungsbestimmungen notwendigen qualifizierten Mehrheit.

Mit der Wahlaltersenkung erhöhte sich auch die Anzahl der Wahlberechtigten. Die damit verbundene Vermehrung der zu vergebenden Mandate in den Gemeinderäten wirkte sich konkret in den Gemeinden aus: Für die Kommunalwahl 2002 waren etwa 6.800 Jugendliche unter 18 Jahren aktiv wahlberechtigt. Die Zahl der Gemeinderatsmandate stieg burgenlandweit von 2.985 auf 3.047 an.<sup>183</sup>

Zur Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen gab es nur stichprobenartige Auswertungen. Die SPÖ Burgenland verkündete beispielsweise die Wahlbeteiligung von 100 Prozent der unter 18-Jährigen in den Kleingemeinden

---

<sup>181</sup> Burgenländischer Landtag, XVIII. Gesetzgebungsperiode, Wortprotokoll: S. 2743.

<sup>182</sup> Burgenländischer Landtag, XVIII. Gesetzgebungsperiode, Wortprotokoll: S. 2744.

<sup>183</sup> Vgl. APA, 08.01.2002: Burgenland: Wählen und gewählt werden mit 16.

Heugraben und Rohr<sup>184</sup>. Insgesamt ging man von einer Wahlbeteiligung unter den Jugendlichen von etwa 85 Prozent aus. „Damit entsprach ihr Anteil annähernd der allgemeinen Wahlbeteiligung, die landesweit im Schnitt bei 85,5 Prozent lag.“<sup>185</sup> „Erstmals waren in einem Bundesland Jugendliche ab 16 Jahren wahlberechtigt. Bei den Wahlsiegern SPÖ und ÖVP wird das Experiment fürs erste positiv bewertet.“<sup>186</sup> SPÖ-Landesgeschäftsführer Helmut Schuster sah in der Wahlbeteiligung gar die oft zitierte Politikverdrossenheit junger Menschen klar widerlegt.<sup>187</sup> Gleichzeitig wurde die hohe Wahlbeteiligung auch als Argument für die weitere Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen auf allen politischen Ebenen ins Treffen geführt. Vor allem die SPÖ Burgenland wiederholte darauf basierend ihre Forderung nach einer Wahlaltersenkung auch für die Landtagswahlen.

Bemerkenswert ist an dieser Stelle, dass im Zuge der jahrelangen Diskussion nur kurzzeitig und eher halbherzig über die Senkung des *passiven* Wahlalters auf 16 Jahre debattiert wurde. „Die von Steindl ursprünglich angeregte Senkung des passiven Wahlalters für Gemeinderatskandidaten auf ebenfalls 16 ist mittlerweile ad acta gelegt worden. Die Frage der Geschäftsfähigkeit 16-Jähriger könnte zu Problemen führen.“<sup>188</sup>

Die Argumente, die bei der Diskussion für und gegen „Wählen mit 16“ angeführt werden, können abschließend folgendermaßen zusammengefasst werden:

Argumente für die Wahlaltersenkung	Argumente gegen die Wahlaltersenkung
Das Wahlalter ist nichts Unveränderbares. Die Auffassung darüber, ab wann Personen wahlberechtigt sein sollen, unterliegt Schwankungen und Veränderungsprozessen. Eine Absenkung wäre zeitgemäß und würde den derzeitigen Gegebenheiten entsprechen.	Mangelnde Reife: Jugendliche verfügen nicht über jenes Ausmaß an Einsichtigkeit und Verantwortungsbewusstsein, das die Wahlaltersenkung rechtfertigten würde.

<sup>184</sup> Vgl. APA, 08.10.2002: Wählen mit 16 fand im Burgenland regen Zuspruch.

<sup>185</sup> APA, 08.10.2002: Wählen mit 16 fand im Burgenland regen Zuspruch.

<sup>186</sup> „Die Presse“ vom 08.10.2002, S. 7: Praxistest.

<sup>187</sup> Vgl. APA, 08.10.2002: Wählen mit 16 fand im Burgenland regen Zuspruch.

<sup>188</sup> APA, 04.03.2002: Umweltanwalt: ÖVP Burgenland für „Verfeinerungen“.

Die Wahlaltersenkung könnte den Anerkennungsgrad der staatlichen Institutionen unter Jugendlichen heben, da diese dann auch durch Jugendliche gestaltet werden könnten.	Jugendliche sind einfach manipulierbar. Leitpersonen, Vorbilder, Idole können Jugendliche politisch und in ihrem Wahlverhalten beeinflussen.
Jugendliche sind in hohem Ausmaß politisch engagiert. Dieses Engagement und Interesse kann sich zurzeit nur auf NGO-Ebene bzw. außerparlamentarisch äußern.	Jugendliche verfügen aufgrund ihres geringen Alters noch nicht über politische Kompetenz. Sie haben sich noch wenig mit Parteiprogrammen und dem politischen System vertraut gemacht. Es mangelt ihnen am politischen Basiswissen.
Interessen von Jugendlichen werden verstärkt wahrgenommen werden, wenn diese wahlberechtigt sind. Das Jugendwahlrecht würde die Politik dazu „zwingen“, Mut für Zukunftsentscheidungen zu entwickeln.	Jugendlichen soll die Unbeschwertheit der Jugend und Kindheit nicht geraubt werden. Sie selbst erachten sich nicht für reif genug und wollen nicht wahlberechtigt sein.
Da politische Entscheidungen meist irreversibel sind, tragen heutige Jugendliche als Erwachsene Konsequenzen jener Entscheidungen, an denen sie nicht teilhaben konnten. Dies widerspricht dem Grundgedanken von Demokratie, der verlangt, dass jene, die von Regelungen betroffen sind, diese auch mitbestimmen können müssen.	Jugendliche interessieren sich nicht für Politik. Die Senkung des Wahlrechts würde somit der Absenkung der Wahlbeteiligung Tür und Tor öffnen und damit die Legitimation von Wahlen untergraben.
Die Vorenthaltung des Wahlrechts entspricht nicht dem Sinne der UN-Kinderrechtskonvention 1992.	Jugendliche sind unausgeglichen und neigen zu Extrempositionen. Die Wahlaltersenkung würde daher Parteien am links- und rechts-extremen Rand stärken und zu einer Radikalisierung des politischen Systems führen.

**Tabelle 1:** „Wählen mit 16 – Argumente dafür und dagegen“ (Quelle: Online im Internet unter [http://www.demokratiezentrum.org/media/data/waehlen\\_mit\\_16.pdf](http://www.demokratiezentrum.org/media/data/waehlen_mit_16.pdf), 19.05.2009)

## 7.2. Zur Senkung des Wahlalters bei Landtagswahlen

In der Bewertung von „Wählen mit 16“ bei der Kommunalwahl 2002 waren sich alle Landtagsparteien im Burgenland einig: Der zuvor viel zitierte Testlauf war

gelingen.<sup>189</sup> Von den positiven Erfahrungen der hohen Wahlbeteiligung bei den unter 18-Jährigen – sie lag nach eigenen Angaben der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP über 80 Prozent – motiviert, forderten alle vier im Landtag vertretenen Parteien eine Wahlaltersenkung auch bei den Landtagswahlen. Selbst die zuvor skeptischen VertreterInnen der Volkspartei: „Die ÖVP Burgenland spricht sich grundsätzlich für die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre auch bei den Landtagswahlen aus.“<sup>190</sup>

Weniger deutlich äußerte sich hierzu Silvia Fuhrmann, selbst Burgenländerin und Bundesobfrau der Jungen ÖVP.<sup>191</sup> Auf kommunaler Ebene hätte sich die Wahlaltersenkung bewährt, auf anderen politischen Ebenen ließ die Jugendvertreterin keine Zustimmung der ÖVP-Bundespartei erhoffen. Mangelndes Demokratieverständnis und Defizite in der politischen Bildung junger Menschen wurden als Gegenargumente zu „Wählen mit 16“ genannt. Dem Burgenland stellte Fuhrmann ein gutes Zeugnis aus: „Ich kann nur sagen, Wählen ab 16 hat sich bewährt.“<sup>192</sup> Zurückzuführen sei das ihrer Meinung nach insbesondere auf die Auswahl der KandidatInnen: „Dort, wo die Jugend selbst Kandidaten auswählte, konnte Stimmung gemacht, unsere Anliegen kommuniziert werden. Nicht funktioniert hat es dort, wo z.B. der Bürgermeister der Jugend einen Kandidaten aufs Auge gedrückt hat.“<sup>193</sup> Die Sozialistische Jugend Österreichs (SJÖ) hingegen empfand die Haltung Fuhrmanns als „doppelgleisig“ und fuhr scharfe verbale Geschütze gegen die Jugendvertreterin auf: „Die JVP verliert mit ihren öffentlichen Aussagen jegliche Glaubwürdigkeit in der Jugendpolitik und lässt sich am Gängelband der Mutterpartei führen. Fuhrmann hat offensichtlich kein Vertrauen in das politische Klientel, die sie vertreten sollte.“<sup>194</sup>

Anlass für eine solch harsche Kritik war die Tatsache, dass die JVP innerhalb der Bundesjugendvertretung zunächst für eine Wahlaltersenkung stimmte, später aber

---

<sup>189</sup> Vgl. „Die Presse“ vom 08.10.2002, S. 7: Praxistest.

<sup>190</sup> APA, 14.10.2002: ÖVP-Steindl will Wählen mit 16 auch bei Landtagswahlen.

<sup>191</sup> Vgl. APA, 07.10.2002: SJÖ will auf allen Ebenen, JVP bei Kommunalwahlen „Wählen ab 16“.

<sup>192</sup> APA, 07.10.2002: SJÖ will auf allen Ebenen, JVP bei Kommunalwahlen „Wählen ab 16“.

<sup>193</sup> APA, 07.10.2002: SJÖ will auf allen Ebenen, JVP bei Kommunalwahlen „Wählen ab 16“.

<sup>194</sup> APA, 23.10.2002: Wählen mit 16: Auch Gewerkschaftsjugend mit Fuhrmann unzufrieden.



wieder auf die ablehnende Haltung der Mutterpartei einschwenkte.<sup>195</sup> Mitverantwortlich für die schwierige Position Silvia Fuhrmanns waren aber auch die vielfältigen Standpunkte zu „Wählen mit 16“ innerhalb der Jugend-Landesorganisationen der ÖVP: Während sich die Junge ÖVP Burgenland bereits seit 2002 im Rahmen ihres Landestages<sup>196</sup> für eine generelle Wahlaltersenkung auf jeder politischen Ebene aussprach<sup>197</sup>, war die JVP-Bundesländerorganisation Vorarlberg<sup>198</sup> überhaupt gegen eine Herabsetzung auf 16 – egal auf welcher Ebene. Andere Bundesländer unterschieden in ihrer Haltung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene oder hatten noch gar keine Beschlussfassung eines Gremiums herbeigeführt, das auf ihre Linie zur diskutierten Wahlaltersenkung schließen ließ. Durch diese uneinheitliche Ausgangslage in den einzelnen Bundesländern tat sich Fuhrmann schwer, eine bundesweite Position zu „Wählen mit 16“ zu finden und diese auch nach außen zu vertreten.<sup>199</sup>

Von dieser bundesweit uneinheitlichen Position wurde schließlich auch die Diskussion innerhalb der burgenländischen Volkspartei getroffen: Fuhrmann betonte erneut ihre ablehnende Haltung gegenüber „Wählen mit 16“ auf Landes- und Bundesebene.<sup>200</sup> Jugendreferent in der Landesregierung und ÖVP-Landesparteiobmann Franz Steindl reagierte diplomatisch. Er selbst habe eine differenzierte Meinung zum Thema und wollte in einer 2003 initiierten Jugendumfrage, die Betroffenen selbst zur Wahlaltersenkung befragen. Würden sich die Jugendlichen mehrheitlich für die Wahlaltersenkung entscheiden, was er vorsichtig vermutete, wäre „Wählen mit 16“ der richtige Weg.<sup>201</sup> Die SPÖ Burgenland nutzte die Meinungsunterschiede innerhalb der Volkspartei für ihre Interpretation der Lage. Norbert Darabos, damals Klubobmann der SPÖ im Landtag, meinte gegenüber der APA am 23. Oktober 2002: „Dass gerade eine Jugend-Organisation Angst vor mehr Mitbestimmung von Jugendlichen hat,

---

<sup>195</sup> Vgl. APA, 23.10.2002: Wählen mit 16: Auch Gewerkschaftsjugend mit Fuhrmann unzufrieden.

<sup>196</sup> Vgl. APA 09.12.2002: Christian Sagartz neuer JVP-Landesobmann im Burgenland.

<sup>197</sup> Vgl. Junge ÖVP Burgenland (2002): Landestag 2002, mir persönlich zugängliche Unterlagen der Jungen ÖVP Burgenland, 14.05.2012.

<sup>198</sup> Vgl. „Vorarlberger Nachrichten“ Nr. 072 vom 26.03.2004, S. A6: Streit um die Wahlaltersenkung.

<sup>199</sup> Vgl. „Salzburger Nachrichten“ Nr. 35 vom 12.02.2005, S. 2: Wahlalter: Krach in der Jungen ÖVP.

<sup>200</sup> Vgl. APA, 23.10.2002: Wählen mit 16: Erfahrungen für Fuhrmann noch nicht ausreichend.

<sup>201</sup> Vgl. APA, 23.10.2002: Wählen mit 16: Erfahrungen für Fuhrmann noch nicht ausreichend.

überrascht doch sehr.“<sup>202</sup> Grün-Mandatar Joško Vlasich legte nach und sprach von Demokratieverweigerung und einer „demokratiepolitischen Geisterfahrt“<sup>203</sup> innerhalb der ÖVP. FPÖ-Parteisekretär Norbert Hofer nutzte die Diskussion, um einmal mehr ein Bündel an Verfassungsreformen an eine Wahlaltersenkung anzuknüpfen – eine Vorgangsweise, die in der burgenländischen Diskussion um Wahlrechtsreformen zur Tradition werden sollte.<sup>204</sup> Auch auf Bundesebene stand die Junge ÖVP Österreich mit ihrer Haltung allein da.

Erneut war es ein Wahltermin, der Schwung in die burgenländische Diskussion um eine Wahlaltersenkung bei Landtagswahlen brachte: Die Landtagswahl 2005 warf bereits im Herbst des Vorjahres ihre Schatten voraus. Jugendreferent Franz Steindl präsentierte eine Jugend-Studie<sup>205</sup>, deren Umfrageergebnisse ein klares „Ja“<sup>206</sup> für eine Wahlaltersenkung ergab. Deutliche Zustimmung erwartete Steindl auch von seinen politischen MitbewerberInnen. Dass sich der zuständige Referent in der Burgenländischen Landesregierung allzu lange Zeit mit der politischen Umsetzung der Wahlaltersenkung gelassen hätte, ließ Steindl nicht gelten: „Ich habe immer gesagt, die Wahlalter-Senkung soll nicht von oben herab, sondern unter starker Einbindung der Jugendlichen diskutiert und beschlossen werden. Daher habe ich das Ergebnis der Jugendstudie abgewartet.“<sup>207</sup>

Aus Sicht der Sozialistischen Jugend (SJ) verlief der Prozess der Wahlaltersenkung aber dennoch viel zu langsam. Fritz Radelspäck, Landesvorsitzender im Burgenland, begrüßte zwar dem im September 2004 erreichten Vier-Parteien-Antrag auf eine Herabsetzung des Wahlalters bei Landtagswahlen im Burgenland, wünschte sich jedoch eine bundesweite Regelung.<sup>208</sup> Schützenhilfe erhielt der Jugendvertreter hierbei von seiner Bundesorganisation. „Statt der Jugend permanent ihr Interesse an der Politik abzusprechen oder schwachsinnige Vorschläge wie das Familienwahlrecht zu

---

<sup>202</sup> APA, 23.10.2002: Wählen mit 16: Im Burgenland wird heftig diskutiert.

<sup>203</sup> APA, 23.10.2002: Wählen mit 16: Im Burgenland wird heftig diskutiert.

<sup>204</sup> Vgl. APA, 23.10.2002: Wählen mit 16: Im Burgenland wird heftig diskutiert.

<sup>205</sup> Vgl. Vgl. Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesjugendreferat (2004): Jugendstudie Burgenland 2004, Eisenstadt.

<sup>206</sup> APA, 15.09.2004: Burgenland-Wahl 2005: VP-Steindl für Wählen ab 16.

<sup>207</sup> APA, 15.09.2004: Burgenland-Wahl 2005: VP-Steindl für Wählen ab 16.

<sup>208</sup> Vgl. APA OTS, 30.09.2004: Sozialistische Jugend begrüßt Einigung im Burgenland auf landesweite Wahlaltersenkung.

diskutieren, ist es an der Zeit, Demokratie auch für die Jugend zugänglich zu machen<sup>209</sup>, forderte SJ-Bundesvorsitzender Andreas Kollross.

Die JugendvertreterInnen mussten sich jedoch abermals in Geduld üben. Erst in der Sitzung der Burgenländischen Landesregierung vom 22. Feber 2005 wurde der Weg frei gemacht und eine Regierungsvorlage zur Änderung des relevanten Landes-Verfassungsgesetzes (Art 10 L-VG – Zusammensetzung und Wahl des Landtages) beschlossen.<sup>210</sup> Landeshauptmann Hans Niessl bezeichnete den Regierungsbeschluss als „einen wesentlichen Schritt zum Ausbau der Demokratie sowie ein wichtiges Signal an die Jugend“.<sup>211</sup> Jugendreferent Franz Steindl verwies einmal mehr auf die positiven Erfahrungen aus der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl 2002 und die große Zustimmung der Jugendlichen gegenüber einer Wahlaltersenkung, die die Burgenländische Jugendstudie 2004<sup>212</sup> belegte. „Wählen mit 16 Jahren bei Landtagswahlen werde von 42 Prozent der befragten Jugendlichen befürwortet (dagegen: 35 Prozent), bei Bundespräsidentenwahlen seien es nur 38 Prozent, bei Nationalratswahlen nur mehr jeder dritte Jugendliche (34 Prozent).“<sup>213</sup> Erstellt wurde die Umfrage im Auftrag des Landesjugendreferates im Amt der Burgenländischen Landesregierung im Sommer 2004. „Von Juli bis August 2004 wurden dazu 426 Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren vom Fessel-GfK-Institut interviewt.“<sup>214</sup>

Einmal mehr wurde man sich nicht nur in der Wahlaltersenkung einig: Im novellierten Landes-Verfassungsgesetz wurden auch die Vorsitzführung im Kontrollausschuss des Landtages, der Ausbau der Instrumente direkter Demokratie sowie geschäftsordnungsmäßige Rechte der Landtagsklubs geregelt.

---

<sup>209</sup> APA OTS, 30.09.2004: Sozialistische Jugend begrüßt Einigung im Burgenland auf landesweite Wahlaltersenkung.

<sup>210</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): Landes-Verfassungsgesetz vom 14. September 1981 über die Verfassung des Burgenlandes (L-VG), Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBgld&Gesetzesnummer=10000141>, 15.05.2012.

<sup>211</sup> APA, 22.02.2005: Burgenland: Beschluss zu Wählen mit 16 bei Landtagswahlen.

<sup>212</sup> Vgl. Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesjugendreferat (2004): Jugendstudie Burgenland 2004, Eisenstadt.

<sup>213</sup> APA, 06.10.2004: Beziehungen und Stabilität für Burgenlands Jugendliche wichtig.

<sup>214</sup> APA, 06.10.2004: Beziehungen und Stabilität für Burgenlands Jugendliche wichtig.

Der von der SPÖ geforderte zweite Tag zur Stimmabgabe bei Gemeinderats- und Landtagswahlen fand sich allerdings nicht in der Gesetzesnovelle.<sup>215</sup>

Der bisherige Usus, alle Gesetze als Regierungsvorlage einzubringen, wurde durch einen Initiativantrag der SozialdemokratInnen und Freiheitlichen zu den diskutierten Wahlrechtsänderungen gebrochen. Diese Vorgangsweise verärgerte den Koalitionspartner ÖVP und führte zur ablehnenden Haltung der Volkspartei im Zuge der Abstimmung. Das Abstimmungsverhalten der ÖVP-Abgeordneten nutzten die SozialdemokratInnen dazu, der Volkspartei zu unterstellen, sie hätte gegen die Wahlaltersenkung gestimmt. Dies war aber schon deshalb nicht richtig, da es sich bei der notwendigen Änderung um ein Verfassungsgesetz handelt, dessen Novellierung nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit im Landtag und somit nur mit Zustimmung der ÖVP-Abgeordneten möglich ist.<sup>216</sup>

Das Abstimmungsverhalten in der Landtagssitzung vom 31. März 2005 kam also einem Stilbruch gleich: Die Wahlrechtsreform wurde getrennt – also in Einzelschritten – abgestimmt: Zunächst wurde die Änderung der Landesverfassung (Art 10 L-VG)<sup>217</sup>, dann die Landtagswahlordnung (§ 20 Abs 1 – Wahlberechtigung)<sup>218</sup> und danach das Wählerevidenzgesetz (§ 3 Abs 1)<sup>219</sup> vom Landtag beschlossen. Die Änderungen in der Landesverfassung und das Wählerevidenzgesetz wurden einstimmig verabschiedet. Bei der Landtagswahlordnung verweigerten die ÖVP-MandatarInnen in einem Punkt die notwendige Zweidrittel-Mehrheit: Konkret verweigerten die MandatarInnen der Volkspartei ihre Zustimmung bei der Senkung der Landtags-Eintrittshürde auf vier Prozent, die im Zuge der Parteiengespräche mit verhandelt wurde. Begründet

---

<sup>215</sup> Vgl. APA, 13.04.2004: SPÖ Burgenland will 2 – Für ÖVP Briefwahl „gerechteste Lösung“.

<sup>216</sup> Vgl. APA, 31.03.2005: Burgenland-Landtag beschloss 2 – Diskussion um Landtagswahlordnung.

<sup>217</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): Landes-Verfassungsgesetz vom 14. September 1981 über die Verfassung des Burgenlandes (L-VG), Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBgld&Gesetzesnummer=10000141>, 15.05.2012.

<sup>218</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): Landtagswahlordnung 1995, Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBgld&Gesetzesnummer=10000427>, 15.05.2012.

<sup>219</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): Burgenländisches Wählerevidenz-Gesetz 1995, Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBgld&Gesetzesnummer=10000426>, 15.05.2012.

wurde dies mit der fehlenden Möglichkeit einer Begutachtungsfrist des Gesetzes.<sup>220</sup> SPÖ-Klubobmann Christian Illedits warf der ÖVP fadenscheiniges Verhalten vor. Nikolaus Berlakovich, damals Klubobmann der ÖVP-Fraktion, konterte mit dem Vorwurf, die SPÖ-Vorgehensweise, „sei ein Bruch der Usancen im Landtag“<sup>221</sup>.

Die Landtags-Eintrittshürde wurde dann zwei Monate später gesenkt: Am 19. Mai 2005 beschloss der Landtag „das zweite Teilpaket über die Reform der Landesverfassung“<sup>222</sup> und damit die Senkung der Eintrittshürde in den Landtag von fünf auf vier Prozent.

---

<sup>220</sup> Vgl. APA, 31.03.2005: Burgenland-Landtag beschloss Wählen mit 16.

<sup>221</sup> APA, 31.03.2005: Burgenland-Landtag beschloss 2 – Diskussion um Landtagswahlordnung.

<sup>222</sup> APA, 11.05.2005: Zweites Verfassungsreform-Teilpaket am 19. Mai im Burgenland-Landtag.

## 8. Jugendkampagnen zur Landtagswahl 2005

Am 2. März 2005 startete die Sozialistische Jugend Burgenland (SJ) eine Informationsoffensive bezüglich „Wählen mit 16“. Unter dem Motto „Vorrang für junge Interessen“<sup>223</sup> sollten junge BurgenländerInnen zur Wahlurne gebracht werden. Teile der Kampagne waren eine landesweite Plakataktion, Wandzeitungen und eine neue Homepage. „In den Gemeinden sollen rund 3.500 SJ-Funktionäre in den nächsten Wochen und Monaten persönliche Überzeugungsarbeit leisten.“<sup>224</sup>

Im April 2005 – also mitten im Vorwahlkampf zur Landtagswahl im Herbst desselben Jahres – kündigte SPÖ-Klubobmann Christian Illredits an, das Jugendförderungsgesetz des Landes novellieren zu wollen. Vor allem die direkte Mitbestimmung junger Menschen in der Jugendförderungs politik sollte dort verankert werden. Als weiteres Ziel nannte der Sozialdemokrat die Verankerung einer „Jugendverträglichkeitsprüfung für Gesetze“<sup>225</sup>. Beide Forderungen waren eine indirekte Kritik an der Jugendpolitik des ÖVP-Regierungspartners Franz Steindl, in dessen Ressortzuständigkeit das Landesjugendreferat fällt.

Im Landtagswahlkampf stand die Jugendkampagne der SozialdemokratInnen ganz im Zeichen ihres Spitzenkandidaten Hans Niessl: „Hans bringt Glück“ bestand in seiner Konzeption aus vier Kommunikationsebenen. „Zum einen werden junge Leute selbst in den Medien, über eine Wandzeitung oder übers Internet zu Wort kommen. Zum anderen werden junge Sozialdemokraten bei rund 150 Gelegenheiten in den nächsten Wochen das Gespräch mit Jugendlichen suchen und sich mit ihnen über Zukunfts- und Glücksvorstellungen unterhalten“, erklärte SPÖ-Landesgeschäftsführer Georg Pehm die Eckpunkte der Kampagne.<sup>226</sup> Ein Energydrink – „Glücks-Gluck“ getauft – sowie eine „leiwand-party“ komplettierten das SPÖ-Jugendprogramm.

---

<sup>223</sup> APA, 02.03.2005: SJ Burgenland startete Info-Kampagne über Wählen mit 16.

<sup>224</sup> APA, 02.03.2005: SJ Burgenland startete Info-Kampagne über Wählen mit 16.

<sup>225</sup> APA, 11.04.2005: SPÖ für Ausbau der Mitbestimmungsrechte Jugendlicher im Burgenland.

<sup>226</sup> APA, 19.04.2005: Burgenländische SPÖ startet Jugendinitiative – „Hans bringt Glück“.

Die ÖVP Burgenland startete mit dem Slogan „zu viel rot schadet“<sup>227</sup> in den Jugendwahlkampf. Eine Rubbelaktion, auf deren GewinnerInnen Solariumgutscheine warteten, wurde landesweit an alle Wahlberechtigten unter 18 Jahre versandt. Im Intensivwahlkampf tourte die ÖVP Burgenland mit über 200 freiwilligen jugendlichen WahlkampfhelferInnen durch das Land, die vor allem Verteilaktionen, Hausbesuche und Wahlkampf bei Großveranstaltungen absolvierten.<sup>228</sup>

Die Junge FPÖ Burgenland verteilte Kondome und Feuerzeuge an jugendliche WählerInnen. Jugendkandidat Géza Molnár und sein Team unterstützten vor allem Spitzenkandidat Johann Tschürtz bei seinen landesweiten Auftritten.<sup>229</sup>

Die Grünen setzten auf spezielle Jugendfolder und veranstalteten eigene Events für JungwählerInnen, bei denen Broschüren und SchülerInnenkalender zum Einsatz kamen. Christiane Brunner kandidierte als Jugend-Vertreterin am prominenten dritten Platz der grünen Landesliste.<sup>230</sup>

Hinsichtlich der im Wahlkampf zur Landtagswahl 2005 eingesetzten Finanzmittel hielten sich alle Parteien bedeckt.<sup>231</sup> Genannte Wahlkampfkosten wurden als unwahr zurückgewiesen.<sup>232</sup> In den nicht öffentlich zugänglichen Unterlagen zu den Wahlkampfkosten der ÖVP Burgenland konnte aber festgestellt werden, dass erstmals eine eigene – und in Relation zum Gesamtbudget hohe – Position für eine JungwählerInnen-Kampagne verzeichnet wurde.<sup>233</sup> Im Wahlkampfbudget 2000 fehlte eine vergleichbare Position, obwohl es auch im Jahr 2000 Werbemittel speziell für jüngere WählerInnen gab.<sup>234</sup> Die Budgetsummen der ÖVP Burgenland belegen exemplarisch die Disproportionalität zwischen den JungwählerInnen einerseits und dem (relativ hohem) werblichen Aufwand für diese Gruppe.

---

<sup>227</sup> „Kurier“ vom 02.09.2005, S. 21: Mit kleinen Geschenken wird um Wähler gekämpft.

<sup>228</sup> Vgl. APA, 04.10.2005: Wählen ab 16: Landtagswahl 2 – Im Burgenland locken „Wahlzuckerl“.

<sup>229</sup> Vgl. APA, 04.10.2005: Wählen ab 16: Landtagswahl 2 – Im Burgenland locken „Wahlzuckerl“.

<sup>230</sup> Vgl. APA, 04.10.2005: Wählen ab 16: Landtagswahl 2 – Im Burgenland locken „Wahlzuckerl“.

<sup>231</sup> Vgl. „Kurier“ vom 08.10.2005, S. 9: Wohlfühlwahlkampf gegen Dauerwarnung.

<sup>232</sup> Vgl. APA, 01.09.2005: Burgenland-Wahl: Plakatwerbung der Parteien kommt in Gang.

<sup>233</sup> Vgl. ÖVP Burgenland (2005): LTW-Übersicht 2005, mir persönlich zugängliche Unterlage der ÖVP-Landesparteileitung Burgenland, 14.05.2012.

<sup>234</sup> APA, 01.11.2000: Burgenland-Wahl: Von Niessl-Nüssen und Stefantzen.

## 9. Umfrage zu „Wählen mit 16“ im Burgenland

Burgenlandbezogenes Datenmaterial ist trotz einer sehr intensiven Diskussion der Wahlaltersenkung rar. Neben der Burgenländischen Jugendstudie 2004<sup>235</sup>, die im Auftrag des Landesjugendreferates erstellt wurde und „Wählen mit 16“ als Teilthema beinhaltet, existiert nur eine burgenlandweite Studie in Form einer Befragung, die allgemein zugänglich ist: Der Verein „Jugend für Arbeit und Bildung im Burgenland“ hat mit finanzieller Unterstützung aus der Jubiläumsgabe des Bundes an das Land Burgenland im Jahr 2006 eine repräsentative Befragung von 247 Jugendlichen im gesamten Land initiiert. Befragt wurden die jungen Menschen zwischen 12 und 34 Jahren im Zeitraum von August bis September 2007. Die Befragung erfolgte als quantitative Erhebungsmethode mittels Fragebogen.<sup>236</sup> Präsentiert wurden die Ergebnisse im Mai 2008.

Neben gezielten Fragen zur Akzeptanz der im Burgenland relativ früh vollzogenen Wahlaltersenkung auf Gemeinderats- und Landtageebene wurden auch die Themen „Partizipation“ und „Führerschein mit 16“ abgefragt, die im weiteren Verlauf dieser Arbeit keine Beachtung finden werden.

### 9.1. „Wählen mit 16“ ist eine gute Entscheidung.“

62 Prozent der Befragten befürworteten eine Wahlaltersenkung auf 16 und antworteten auf die Frage, ob „Wählen mit 16“ eine gute Entscheidung war, mit „stimme zu“ und „stimme eher zu“. Nur 9 Prozent stimmten der Aussage nicht zu. Insgesamt ergab sich eine deutlich höhere Zustimmung als noch im Jahr 2004, als einer ähnlichen Fragestellung in der Burgenländischen Jugendstudie nur knapp die Hälfte der Befragten zustimmte.<sup>237</sup>

---

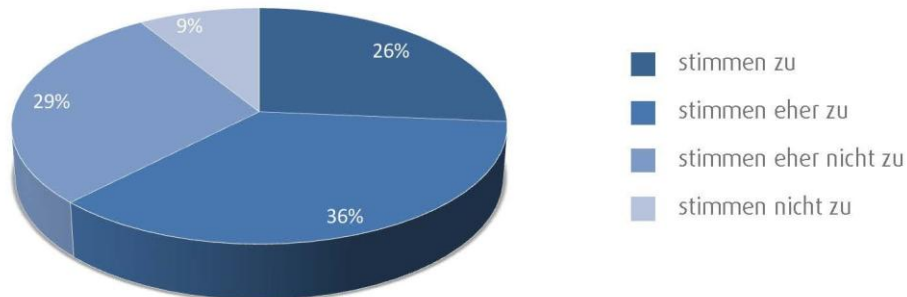
<sup>235</sup> Vgl. Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesjugendreferat (2004): Jugendstudie Burgenland 2004, Eisenstadt.

<sup>236</sup> Vgl. Jugend für Arbeit und Bildung im Burgenland (2008): Sag's Ihnen, S. 11.

<sup>237</sup> Vgl. Jugend für Arbeit und Bildung im Burgenland (2008): Sag's Ihnen, S. 17.



### „Wählen mit 16 ist eine gute Entscheidung.“

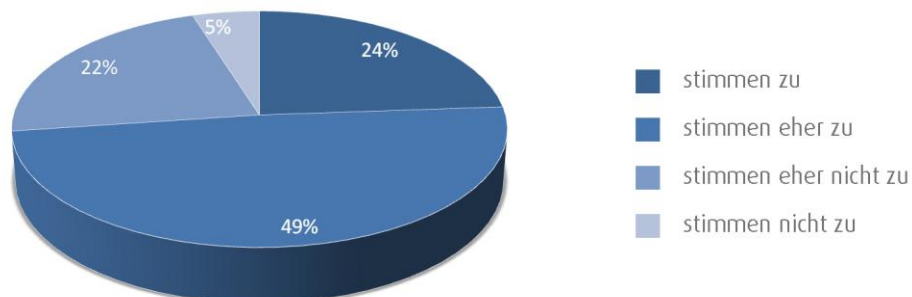


**Abbildung 3:** Wählen mit 16 ist eine gute Entscheidung (Quelle: Jugend für Arbeit und Bildung im Burgenland (2008): Sag's ihnen, S. 17)

### 9.2. „Jugendliche sollen bereits mit 16 Verantwortung tragen.“

Noch etwas mehr, nämlich 73 Prozent, wollen, dass Jugendliche bereits mit 16 Verantwortung tragen. Nur 50 Prozent sind hingegen der Meinung, dass Jugendliche auch politisch mitbestimmen sollen; 11 Prozent lehnen dies sogar ab. Etwa 60 Prozent der Befragten glauben, dass junge Menschen mit 16 wissen, was sie wollen.

### „Jugendliche sollen bereits mit 16 Verantwortung tragen.“



**Abbildung 4:** Jugendliche sollen bereits mit 16 Verantwortung tragen (Quelle: Jugend für Arbeit und Bildung im Burgenland (2008): Sag's Ihnen, S. 17)

„Die Ansicht, dass Jugendliche mit 16 bereits reif genug sind, um auch wahlberechtigt zu sein, teilen 17% der Befragten. Dass dies eher schon der Fall ist, meinen weitere 36%. Lediglich 12,6% empfinden dies nicht.“<sup>238</sup>

Betrachtet man alle fünf Fragen zum Themenblock „Wählen mit 16“ komprimiert, ergibt sich ein deutliches Gesamtbild: 32,4 Prozent der Befragten stimmten den Items des Fragenkomplexes zu.<sup>239</sup> Auffassungs- und Beurteilungsunterschiede zwischen den Geschlechtern konnte die Studie keine feststellen. „Die Einstellung zu ‚Wählen mit 16‘ nach dem Alter der Befragten ergab ganz deutlich, dass jüngere Befragte für und ältere Interviewte tendenziell eher gegen die Senkung des Wahlalters sind.“<sup>240</sup>

Die Ergebnisse der Studie unterstützen VertreterInnen der These, dass die Zustimmung zu „Wählen mit 16“ mit der realen Möglichkeit, wählen zu können, massiv ansteigt. Dem Praxistest scheint die positive Einstellung zu folgen.

---

<sup>238</sup> Jugend für Arbeit und Bildung im Burgenland (2008): Sag's Ihnen, S. 19.

<sup>239</sup> Vgl. Jugend für Arbeit und Bildung im Burgenland (2008): Sag's Ihnen, S. 21.

<sup>240</sup> Jugend für Arbeit und Bildung im Burgenland (2008): Sag's Ihnen, S. 22.

## 10. Zusammenfassung der Diskussion ab dem Jahr 2000

Im Folgenden wird die Jahre andauernde Diskussion um die Wahlaltersenkung in Österreich (speziell im Bundesland Burgenland) nochmals kurz dargestellt, die vor allem von politischen Parteien geführt wurde.

Aufgegriffen wurde der Gedanke „Wählen mit 16“ vom damaligen burgenländischen Landeshauptmannstellvertreter und Landesjugendreferenten Gerhard Jellasitz (ÖVP), der sich bereits im Jahr 2000 eine Senkung des Wahlalters vorstellen konnte.<sup>241</sup> „Wenn es sich bewährt und die jungen Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, könnte die Senkung des Wahlalters auch auf anderen Ebenen praktiziert werden“<sup>242</sup>, meinte Jellasitz auch in Hinblick auf eine bundesweite Senkung des Wahlalters. Aber: „Die dringende Notwendigkeit und das Bedürfnis“<sup>243</sup> für eine „generelle Senkung“<sup>244</sup> sah Jellasitz nicht.

Die burgenländische FPÖ forderte 2001 die Senkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre.<sup>245</sup> Damit war sie unter den freiheitlichen Landesgruppen ebenfalls in einer Vorreiterrolle.

Am 5. Oktober 2002 war es dann soweit: Erstmals konnten in einem Bundesland Jugendliche ab 16 Jahren von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Bei den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen im Burgenland wurde diese Österreich-Premiere gefeiert.

Die weiteren Reformambitionen bezüglich einer Wahlaltersenkung gerieten allerdings ins Stocken. Die Burgenländerin Silvia Fuhrmann, Österreichs Obfrau der Jungen ÖVP (JVP), meinte wiederholt, dass „Wählen mit 16“ auf Bundes- und Landesebene nicht sinnvoll sei.<sup>246</sup> Kritik für diese Aussage kam nicht nur von allen politischen GegnerInnen, auch Franz Steindl, burgenländischer ÖVP-

---

<sup>241</sup> Vgl. APA, 17.05.2000: Jellasitz für Wählen mit 16 auf kommunaler Ebene.

<sup>242</sup> APA, 17.05.2000: Jellasitz für Wählen mit 16 auf kommunaler Ebene.

<sup>243</sup> APA, 17.05.2000: Jellasitz für Wählen mit 16 auf kommunaler Ebene.

<sup>244</sup> APA, 17.05.2000: Jellasitz für Wählen mit 16 auf kommunaler Ebene.

<sup>245</sup> Vgl. APA, 26.10.2001: FPÖ Burgenland pocht auf Verfassungsreform.

<sup>246</sup> Vgl. APA, 23.10.2002: Wählen mit 16: Erfahrungen für Fuhrmann noch nicht ausreichend.

Landesparteibeamten, hatte dazu eine gegenteilige Meinung.<sup>247</sup> Steindl sagte, er sei positiv eingestellt, weil er glaube, dass Jugendliche mit 16 sehr viel an Politikverständnis mitbringen und sich ihre Informationen gezielt holen – „daher ein vorsichtiges Ja“<sup>248</sup>. Er konnte sich vorstellen, die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 auch bei Landtagswahlen zu praktizieren. „Wenn sich das bewährt hat, kann man auch in eine Diskussion auf Bundesebene eintreten.“<sup>249</sup> Die Erfahrungen bei den Kommunalwahlen im Burgenland hätten die Argumente von GegnerInnen der Wahlaltersenkung endgültig widerlegt.

FPÖ-Parteisekretär Norbert Hofer sprach sich dafür aus, „Wählen mit 16“ im Rahmen einer umfassenden Reform der Landesverfassung zu diskutieren.<sup>250</sup>

Auch innerhalb der JVP regte sich Widerstand: Burgenlands JVP-Landesobmann Christian Sagartz meinte etwa, dass man sich einer Wahlaltersenkung auf Landesebene nicht verschließen könne.<sup>251</sup> Im weiteren Verlaufe der Diskussion war es vor allem die SPÖ, die das Thema bei Pressegesprächen einbrachte. Andreas Gradwohl, damals SJ-Landesobmann, meinte hierzu: „Die Bundesregierung und allen voran die ÖVP, lässt die burgenländische Jugend im Stich, deshalb ist es wichtig, dass Jugendliche die Chance zur Stimmenabgabe nutzen.“<sup>252</sup> „Wählen mit 16“ zwingt die Politik schließlich, auf Jugendliche zuzugehen und deshalb verstehen wir nicht, warum die ÖVP auf Bundesebene es noch immer verhindern will.“<sup>253</sup>

Ende des Jahres 2004 waren sich alle vier im Burgenländischen Landtag vertretenen Parteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne) einig, auch auf Landesebene die 16- und 17-Jährigen an die Wahlurnen zu rufen. Einstimmig wurde im März 2005 vom Burgenländischen Landtag der Beschluss gefasst, dass Jugendliche bei der anstehenden Landtagswahl bereits mit 16 Jahren wählen dürfen.<sup>254</sup> Die

---

<sup>247</sup> Vgl. APA, 23.10.2002: Wählen mit 16: Im Burgenland wird heftig diskutiert.

<sup>248</sup> APA, 23.10.2002: Wählen mit 16: Im Burgenland wird heftig diskutiert.

<sup>249</sup> APA, 23.10.2002: Wählen mit 16: Im Burgenland wird heftig diskutiert.

<sup>250</sup> Vgl. APA, 23.10.2002: Wählen mit 16: Im Burgenland wird heftig diskutiert.

<sup>251</sup> Vgl. APA, 16.09.2004: Wählen mit 16: SPÖ Burgenland für rasche Umsetzung.

<sup>252</sup> APA, 22.09.2005: Burgenland-Wahl: SJ will Jugendlichen Lust auf „Wählen mit 16“ machen.

<sup>253</sup> APA, 22.09.2005: Burgenland-Wahl: SJ will Jugendlichen Lust auf „Wählen mit 16“ machen.

<sup>254</sup> APA, 31.03.2005: Burgenland-Landtag beschloss 2 – Diskussion um Landtagswahlordnung.

Landtagswahlordnung 1995 wurde wie folgt novelliert: „Wahlberechtigt sind alle Frauen und Männer, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, die spätestens mit Ablauf des Tages der Wahl das 16. Lebensjahr vollendet haben, vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind und in einer Gemeinde des Burgenlands den Wohnsitz (§ 24) haben.“<sup>255</sup>

---

<sup>255</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): § 3 Landtagswahlordnung 1995, Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBgld&Gesetzesnummer=10000427>, 15.05.2012.

## 11. Zur Senkung des Wahlalters auf Bundesebene

Der nahende Wahltermin zur Nationalratswahl 2006 warf im September 2006 schon seine Schatten voraus, als oder geradezu wodurch die Diskussion zu den Auswirkungen einer geforderten Wahlaltersenkung auf Bundesebene voll einsetzte.

Während sich im Burgenland VertreterInnen aller Parteien Hoffnungen auf Stimmenzuwächse unter den JungwählerInnen machten, hatten 16- und 17-Jährige nur in zwei weiteren von SPÖ-Landeshauptleuten geführten Bundesländern das Wahlrecht auf Landtagsebene, nämlich in Wien und Salzburg. Zumindest an Gemeinderatswahlen konnten unter 18-Jährige in Kärnten und der Steiermark teilnehmen.<sup>256</sup>

In den meisten Bundesländern wurde noch über die Wahlaltersenkung auf Kommunal- und Landtagsebene diskutiert, als die ÖVP Burgenland innerhalb der Landesorganisationen der Volkspartei ausscherte. „Die ÖVP Burgenland unterstützt die Forderung der Jungen ÖVP Burgenland (JVP), das Wahlalter auch auf Bundesebene auf 16 zu senken – und fährt damit gegen den Kurs der Bundes-ÖVP.“<sup>257</sup> Auch einem dementsprechenden Antrag im Burgenländischen Landtag stimmte die ÖVP-Fraktion zu. ÖVP-Landesparteiobmann Franz Steindl versprach, sich für den burgenländischen Kurs auch in Wien einzusetzen. Seitens der Jungen ÖVP Burgenland war man der Meinung, „dass es aber nur eine Frage der Zeit“<sup>258</sup> sei, bis die Bundes-ÖVP auf die Haltung der BurgenländerInnen einschwenken würde.<sup>259</sup>

Auch SPÖ-Landeshauptmann Niessl machte sich für eine Wahlaltersenkung noch vor der Nationalratswahl 2006 stark. Was die Landesebene betraf, räumte Niessl ein, dass vor allem die Lobbying-Arbeit der sozialdemokratischen Jugendorganisation SJ die SPÖ überzeugt hätte, für eine Wahlaltersenkung

---

<sup>256</sup> Vgl. APA, 01.09.2005: Oktober-Wahlen: Im Burgenland und Wien können 16-Jährige wählen.

<sup>257</sup> APA, 24.02.2006: ÖVP Burgenland unterstützt JVP-Forderung nach Wahlaltersenkung.

<sup>258</sup> APA, 24.02.2006: ÖVP Burgenland unterstützt JVP-Forderung nach Wahlaltersenkung.

<sup>259</sup> Vgl. APA, 24.02.2006: ÖVP Burgenland unterstützt JVP-Forderung nach Wahlaltersenkung.

einzutreten. SJ-Landesvorsitzender Fritz Radelspäck dachte bereits weiter und forderte eine Senkung des Wahlalters auch für Wahlen zum Europäischen Parlament: „Wenn man diese auf nationaler Ebene umsetzt, ‚kann der nächste Schritt nur sein, dass es auch auf europäischer Ebene umgesetzt wird‘.“<sup>260</sup>

Die Jugendorganisation der ÖVP Burgenland reagierte zwar in der Sache einig, wiederholte jedoch ihre Kritik an der SPÖ, dass kein Jugendvertreter der SozialdemokratInnen im Burgenländischen Landtag oder einer anderen gesetzgebenden Körperschaft vertreten war. Seit 2002 sitzt die Burgenländerin Silvia Fuhrmann für die ÖVP im Nationalrat. JVP-Landesobmann Christian Sagartz zog 2005 in den Burgenländischen Landtag ein. Die Situation, dass es trotz absoluter SPÖ-Machtposition und 19 Mandaten im Landtag kein/e rote/r Jugendvertreter/in in ein gesetzgebendes Gremium geschafft hatte, wurde seitens der ÖVP Burgenland immer wieder als Beweis dafür angeführt, dass eine Wahlaltersenkung nur dann authentisch ist und Sinn macht, wenn es auch jugendliche VertreterInnen im Nationalrat, Bundesrat und Landtag gibt.<sup>261</sup>

Dass auch innerhalb der SPÖ der jugendliche Druck auf die parlamentarischen VertreterInnen größer wird, Platz für jüngere Abgeordnete zu machen, bestätigte auch SPÖ-Klubobmann Christian Illedits: „Man kann Jugendpolitik nur von jungen Menschen machen lassen, in Folge bewegt sich innerparteilich sehr viel. Natürlich bekommen die erwachsenen Mandatare Druck, weil die Jugendlichen natürlich ihre Vertreter im relevanten Alter in den Parteien fordern, aber das kann natürlich nicht von heute auf morgen passieren, es passiert aber sukzessive.“<sup>262</sup>

Mit der Landtagswahl 2005 schaffte es allerdings nur ein unter 35-Jähriger in den Landtag: Christian Sagartz wurde am 25. Oktober 2005 mit 24 Jahren als damals jüngster Abgeordneter zum Burgenländischen Landtag angelobt.<sup>263</sup> Er gehört dem

---

<sup>260</sup> APA, 01.03.2006: Wahlalter: SPÖ Burgenland für Senkung auf allen Ebenen bis hin zur EU.

<sup>261</sup> APA, 01.03.2006: Wahlalter: Stimmrecht alleine ist für JVP Burgenland zu wenig.

<sup>262</sup> Interview mit Christian Illedits, Anhang, S. 136.

<sup>263</sup> Vgl. Burgenländischer Landtag (2012): Mitglieder des Burgenländischen Landtags, Christian Sagartz, Online im Internet unter [http://www.bgld-landtag.at/de/organe/abgeordnete/oevp-klub.html?tx\\_seatplanner\\_memberlist%5Bmember%5D=27&tx\\_seatplanner\\_memberlist%5Baction%5D=show&tx\\_seatplanner\\_memberlist%5Bcontroller%5D=Member&cHash=acfd448b649e1fe9ad7428b76f68e6c7](http://www.bgld-landtag.at/de/organe/abgeordnete/oevp-klub.html?tx_seatplanner_memberlist%5Bmember%5D=27&tx_seatplanner_memberlist%5Baction%5D=show&tx_seatplanner_memberlist%5Bcontroller%5D=Member&cHash=acfd448b649e1fe9ad7428b76f68e6c7), 15.05.2012.

ÖVP-Landtagsklub an und war zu diesem Zeitpunkt Landesobmann der Jungen ÖVP Burgenland. Er erhielt ein Landeslistenmandat und wurde bereits bei der Listenerstellung mit Platz 8 der Landesliste und somit auf einen sogenannten sicheren Listenplatz positioniert. Der nächstjüngste Mandatar war um 14 Jahre älter als Sagartz, was die ÖVP Burgenland nicht müde wurde, den politischen MitbewerberInnen als Gütezeichen ihrer authentischen Jugendarbeit zu präsentieren.<sup>264</sup>

Es präferierten nicht alle Jugendorganisationen im Laufe der Diskussion über eine Wahlaltersenkung „Wählen mit 16“ auch auf Bundesebene. Das beweist eine Pressemeldung der Jungen FPÖ, der Jugendorganisation der burgenländischen Freiheitlichen: „Gegen eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre auf Bundesebene spricht sich die Junge FPÖ Burgenland aus.“<sup>265</sup> Nach der Abspaltung des BZÖ von der FPÖ gab es auch im Burgenland VertreterInnen der von Jörg Haider neu gegründeten Partei. Insbesondere der RFJ, der Ring Freiheitlicher Jugend, stellte sich eher auf Seiten des BZÖ, wodurch FPÖ-Obmann Johann Tschürtz gezwungen war, eine eigene Jugendorganisation ins Leben zu rufen. Géza Molnár, Landesobmann der Jungen FPÖ Burgenland, begründete seine ablehnende Haltung gegenüber „Wählen mit 16“ auf Bundesebene mit dem Argument, dass eine solche Herabsetzung auch die Senkung des Alters für die Strafmündigkeit implizieren würde. Eben das lehnten die jungen Freiheitlichen ab, wodurch auch eine Zustimmung zur bundesweiten Senkung des Wahlalters mit abgelehnt wurde.<sup>266</sup> An dieser Stelle sei erwähnt, dass sich die Junge FPÖ Burgenland kein weiteres Mal ablehnend gegenüber einer Wahlaltersenkung auf Bundesebene öffentlich äußerte.

In der Landtagssitzung vom 16. März 2006 wurde ein einstimmiger Beschluss in Form eines Entschließungsantrages an die Bundesregierung gefasst, die nunmehr von ÖVP- und BZÖ-Mitgliedern gebildet wurde: „Einem Antrag von SPÖ und FPÖ stimmten alle vier Landtagsparteien zu. Für die Ermöglichung von Wählen mit 16

---

<sup>264</sup> Vgl. APA, 01.03.2006: Wahlalter: Stimmrecht alleine ist für JVP Burgenland zu wenig.

<sup>265</sup> APA, 02.03.2006: Junge FPÖ Burgenland gegen Wahlaltersenkung auf Bundesebene.

<sup>266</sup> Vgl. APA, 02.03.2006: Junge FPÖ Burgenland gegen Wahlaltersenkung auf Bundesebene.



Jahren tritt entgegen dem bundespolitischen Kurs der Volkspartei auch die Landes-ÖVP ein.<sup>267</sup>

Ein Rückblick auf die Entwicklung des Projektes einer Senkung des Wahlalters auf Bundesebene zeigt einmal mehr die Pionierrolle der BurgenländerInnen: Während man in Kärnten<sup>268</sup> bereits im Jahr 2000 die Senkung des aktiven Wahlrechtes auf 16 Jahre beschlossen hat und somit das Burgenland in der legislativen Vorarbeit nur auf den zweiten Platz jener Bundesländer kam, belegten die BurgenländerInnen quasi in der Praxis den ersten Platz: Am 6. Oktober 2002 waren erstmals 16- und 17-jährige WählerInnen aufgerufen, bei den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen ihre Stimme abzugeben.

Hierbei sei allerdings angemerkt, dass einerseits keinerlei professionelle Untersuchungen zur Wahlbeteiligung unternommen wurden und andererseits alle untersuchten Gemeinden zu den Kleinstgemeinden im Österreichschnitt zählen. Bemerkenswert ist hierbei die Selbsteinschätzung der politischen AkteurInnen. ÖVP-Klubobmann Rudolf Strommer meinte beispielsweise im Interview zu dieser Diplomarbeit: „Dadurch, dass diese Gruppe (*Anmerkung des Verfassers: die 16- und 17-Jährigen*) besonders von allen politischen Parteien umworben wurde, weil das Wahlverhalten ja nicht klar war, hat man sich dieser Gruppe wirklich besonders angenommen und es zeigen die Ergebnisse, dass, wie ich vorhin schon gesagt habe, je näher die Wahlentscheidung beim Bürger ist, desto höher ist die Wahlbeteiligung. Bei der Gemeinderatswahl eine höhere Wahlbeteiligung als bei Landtagswahlen, höher als bei Nationalratswahlen.“<sup>269</sup>

Dass die burgenländischen PolitikerInnen eine Vorbildwirkung auf die vollzogene Wahlaltersenkung auf Bundesebene einnahmen, beweisen die größtenteils übereinstimmenden Interviewantworten: Das zuständige Mitglied der Landesregierung, Franz Steindl, verweist einmal mehr auf die positiven Erfahrungen bei burgenländischen Urnengängen: „Die Erfahrungen im Burgenland

---

<sup>267</sup> APA, 16.03.2006: Burgenland-Landtag tritt für Wählen mit 16 auf Bundesebene ein.

<sup>268</sup> Vgl. „Neue Kärntner Tageszeitung“ vom 29.9.2000, S. 10: Nun fix: 16-Jährige wählen.

<sup>269</sup> Interview mit Rudolf Strommer, Anhang, S. 141.

waren sicher ein wichtiger Mosaikstein für das Umdenken auf Bundesebene das Wahlalter auch zu senken.“<sup>270</sup>

In einer Presseaussendung vom 17. April 2007<sup>271</sup> drehte er den Spieß sogar um. War es bisher die SPÖ-Fraktion, die ihren ÖVP-Kollegen Blockadeverhalten in Sachen „Wählen mit 16“ vorwarf, konterte der Landesparteiobmann der burgenländischen Volkspartei vehement: „Als unverständlich bezeichnet Landeshauptmann-Stv. Mag. Franz Steindl die Taktiererei der SPÖ bei Wahlen mit 16 Jahren. Im März sei im Ministerrat die Herabsetzung des Wahlalters auf Bundesebene einstimmig beschlossen worden, seither blockiere die SPÖ eine Beschlussfassung im Nationalrat. Landeshauptmann-Stv. Mag. Franz Steindl hofft auf ein Einlenken der SPÖ und plädiert dafür, dass die notwendigen gesetzlichen Grundlagen noch vor dem Sommer (*Anmerkung des Verfassers: 2007*) beschlossen werden.“<sup>272</sup> Steindl spielte in der Pressemitteilung auf das kurzfristige Nein der SPÖ-Fraktion im Nationalrat an, das aber darauf zurückzuführen war, dass die SozialdemokratInnen ideologische Probleme mit der in der Koalitionsvereinbarung fixierten Einführung der Briefwahl hatten, und die Volkspartei Briefwahl und „Wählen mit 16“ zu einem Gesamtpaket geschnürt hatte.<sup>273</sup>

In der zitierten Presseaussendung vom 17. April 2007 stellte Steindl auch eindeutig fest, dass seiner Meinung nach das Burgenland großen Anteil an den bundespolitischen Entwicklungen gehabt hat: „Das Burgenland hat es vorgemacht. Wir haben bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen gute Erfahrungen mit Wahlen mit 16 Jahren gemacht. Die Jugendlichen nehmen von ihrem Wahlrecht regen Gebrauch“<sup>274</sup>, so Steindl. „Die Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen lag

---

<sup>270</sup> Interview mit Franz Steindl, Anhang, S. 133.

<sup>271</sup> Vgl. ÖVP Burgenland (2007): Presseaussendung vom 17.04.2007, mir persönlich zugängliche Presseunterlagen-Archiv der ÖVP-Landesparteileitung Burgenland, 14.05.2012.

<sup>272</sup> ÖVP Burgenland (2007): Presseaussendung vom 17.04.2007, mir persönlich zugängliche Presseunterlagen-Archiv der ÖVP-Landesparteileitung Burgenland, 14.05.2012.

<sup>273</sup> Vgl. APA, 13.03.2007: Wahlrecht: Regierung beschließt Wahlen mit 16 und Briefwahl.

<sup>274</sup> ÖVP Burgenland (2007): Presseaussendung vom 17.04.2007, mir persönlich zugängliche Presseunterlagen-Archiv der ÖVP-Landesparteileitung Burgenland, 14.05.2012.

bei den Gemeinderatswahlen 2002 bei etwa 80,7 Prozent. Bei den Landtagswahlen 2005 bei 72,83 Prozent.<sup>275</sup>

Auch für die übrigen InterviewpartnerInnen hatte das Burgenland eine Art Vorreiterrolle bei „Wählen mit 16“: SPÖ-Klubobmann Christian Illedits sprach von „zweifelsfreier Auswirkung“<sup>276</sup>. Auch für die Klubobfrau der Grünen, Margarethe Krojer, zeigte das „Vorpreschen“<sup>277</sup> der BurgenländerInnen Wirkung: „Ich denke, wenn einige Bundesländer vorpreschen, hat das natürlich schon Auswirkungen auf den Bund. So wie wir auf andere Bundesländer schauen und vielleicht auch Dinge nachmachen, glaube ich schon, dass da ein Druck entstanden ist, dem auch der Bund nachgegeben hat.“<sup>278</sup>

Im März 2006 brachten SPÖ-Klubobmann Christian Illedits und sein FPÖ-Pendant Johann Tschürtz einen Entschließungsantrag betreffend der Senkung des Wahlalters auf Bundesebene, insbesondere im Hinblick auf die Nationalratswahlen 2006, ein.<sup>279</sup> Zeitpunkt der Einbringung und besonderer Hinweis auf die kommenden Wahlen zum Nationalrat ließen darauf schließen, dass man insbesondere die burgenländischen KollegInnen aus den Reihen der ÖVP dazu zwingen wollte, in Sachen „Wählen mit 16“ auf Bundesebene eindeutig Stellung zu beziehen. Die Bundes-ÖVP war im Gegenzug zur burgenländischen Volkspartei nach wie vor skeptisch, was eine bundesweite Wahlaltersenkung betraf.<sup>280</sup>

In der darauffolgenden Landtagsdebatte äußerte die grüne Klubobfrau Margarethe Krojer gleich zu Beginn ihren Unmut: Es sei jetzt schon ihre 25. Rede zum Thema – die Umsetzung blieb trotzdem aus. Einmal mehr bemühte sie das Argument der demographischen Entwicklung, um eine generelle Wahlaltersenkung zu begründen.<sup>281</sup> Sie bestritt nicht, dass es bei der Debatte um das Wahlalter auch um politische Machtverteilung ging: „Solange nur Erwachsene und ältere

---

<sup>275</sup> ÖVP Burgenland (2007): Presseaussendung vom 17.04.2007, mir persönlich zugängliche Presseunterlagen-Archiv der ÖVP-Landesparteileitung Burgenland, 14.05.2012.

<sup>276</sup> Interview mit Christian Illedits, Anhang, S. 137.

<sup>277</sup> Interview mit Margarethe Krojer, Anhang, S. 150.

<sup>278</sup> Interview mit Margarethe Krojer, Anhang S. 150.

<sup>279</sup> Vgl. APA, 16.03.2006: Burgenland-Landtag tritt für Wählen mit 16 auf Bundesebene ein.

<sup>280</sup> Vgl. APA, 16.03.2006: Burgenland-Landtag tritt für Wählen mit 16 auf Bundesebene ein.

<sup>281</sup> Vgl. Burgenländischer Landtag, XIX. Gesetzgebungsperiode, Wortprotokoll: S. 706.

Menschen an Wahlen teilnehmen können, werden die Interessen meiner Erfahrung nach, auch in den Gemeinden der jungen Bevölkerung zu wenig berücksichtigt, da die Politik die Interessen der Jugendlichen erst dann verstärkt wahrnimmt, wenn sie auch eine interessant gewordene Wählergruppe geworden sind.“<sup>282</sup>

Krojer sah aber auch in der demokratisch-legitimierten Schülervertretung Verbesserungspotentiale: „Die Senkung des Wahlalters eröffnet die Chance, dass junge Menschen auch möglichst früh politisches Bewusstsein und Verständnis für demokratische Prozesse entwickeln. Lernen können sie das zum Beispiel auch in den Schulen, wo meiner Meinung nach trotzdem zu wenig getan wird. Dort gibt es die institutionalisierte Möglichkeit der Schulsprecher, der Klassensprecher, der Schulforen, hier können sie diese Dinge auch lernen. Das müsste noch verstärkt ausgebaut werden.“<sup>283</sup>

Ilse Benkö, Rednerin der FPÖ, zog einen Vergleich zum Frauen-Wahlrecht und betonte auch die Diskussion zur politischen Reife junger Menschen: „Denn in Wirklichkeit sind auch sehr viele Erwachsene politisch unreif. Warum sollte man von Jugendlichen höhere Qualifikationen einfordern?“<sup>284</sup> Schon 2002 sei die FPÖ Burgenland in Parteiengesprächen für eine Wahlaltersenkung eingetreten. Abschließend wies Benkö darauf hin, dass die ÖVP Burgenland mit ihrer Unterstützung für „Wählen mit 16“ entgegen der Linie auf Bundesebene agiert.<sup>285</sup>

ÖVP-Jugendsprecher Christian Sagartz machte auch gar kein Geheimnis daraus: „Ich bin sehr stolz darauf, dass es der Jungen ÖVP gelungen ist, durch konsequente Lobbyingarbeit hier die Mandatare des ÖVP-Klubs im Burgenland zu überzeugen, auf unsere Linie einzuschwenken und ich bedanke mich bei meinen Kollegen für dieses Vertrauen.“<sup>286</sup> Im Umkehrschluss bedeutete dies, dass die ÖVP Burgenland lange Zeit – zumindest bei öffentlichen Aussagen – abwartend

---

<sup>282</sup> Burgenländischer Landtag, XIX. Gesetzgebungsperiode, Wortprotokoll: S. 706.

<sup>283</sup> Burgenländischer Landtag, XIX. Gesetzgebungsperiode, Wortprotokoll: S. 707.

<sup>284</sup> Burgenländischer Landtag, XIX. Gesetzgebungsperiode, Wortprotokoll: S. 709.

<sup>285</sup> Vgl. Burgenländischer Landtag, XIX. Gesetzgebungsperiode, Wortprotokoll: S. 709.

<sup>286</sup> Burgenländischer Landtag, XIX. Gesetzgebungsperiode, Wortprotokoll: S. 711.

bis skeptisch gegenüber einer Wahlaltersenkung auf Bundesebene eingestellt war.

SPÖ-Klubobmann Illedits betonte vor allem Burgenlands Vorreiterrolle in der Thematik Wahlrecht für junge Menschen. Gleichzeitig reklamierte er die Initiative, die zum Beschluss der Wahlaltersenkung auf Landes- und Bundesebene in den Jahren zuvor führte, klar für seine Partei: „Es soll kein Vaterschaftsstreit über ‚Wählen mit 16‘ entstehen, aber ich muss Ihnen schon ganz klar ins Gesicht sagen, es ist einzig und allein Verdienst der Kinderfreunde, der Sozialistischen Jugend und der SPÖ, dass es ‚Wählen mit 16‘ bis dato im Burgenland gibt und dass es vielleicht doch auch ‚Wählen mit 16‘ auf Nationalratsebene geben wird.“<sup>287</sup>

Im Verlauf der Debatte warf dann der Nationalratswahlkampf 2006 seine Schatten voraus. Wer im Bereich der Jugendpolitik was geleistet hat oder hätte, stand auf dem Prüfstand. Franz Steindl betonte in der Debatte das dominierende Argument der ÖVP-Fraktion: Authentische Jugendarbeit lebe von authentischen Jugend-Vertretern. „Die ÖVP ist auch die einzige Partei, die Jugendliche in den gesetzgebenden Körperschaften vertreten hat.“<sup>288</sup>

Erst nach der Nationalratswahl 2006 kam erneut Schwung in die Diskussion um eine Wahlaltersenkung: Am 14. März 2007 endete ein langer Diskussionsweg mit einer Einigung der Koalitionspartner SPÖ und ÖVP auf Bundesebene: Im Ministerrat wurde eine sogenannte „Demokratiereform“<sup>289</sup> beschlossen, dessen Inhalt auch eine Wahlaltersenkung auf 16 Jahre beinhaltete. Weiters im Paket: die Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre sowie die Briefwahl.<sup>290</sup>

International betrachtet war Österreich zum Zeitpunkt der Wahlaltersenkung auf 16 Jahre der „Europa-Pionier“<sup>291</sup>. In drei Ländern, nämlich Brasilien, Kuba und Nicaragua, durften 16- und 17-Jährige ebenfalls wählen. Mit 17 Jahren durfte man

---

<sup>287</sup> Burgenländischer Landtag, XIX. Gesetzgebungsperiode, Wortprotokoll: S. 713.

<sup>288</sup> Burgenländischer Landtag, XIX. Gesetzgebungsperiode, Wortprotokoll: S. 717.

<sup>289</sup> APA, 14.03.2007: Wählen mit 16 und Briefwahl vom Ministerrat beschlossen.

<sup>290</sup> Vgl. APA OTS, 14.03.2007: Gusenbauer: „Wahlalter-Senkung und Briefwahl stellen Wahlentscheidung auf breite demokratische Basis.“

<sup>291</sup> APA, 14.03.2007: Wahlalter: Österreich als Europa-Pionier.

in Nordkorea und auf den Seychellen seine Stimme abgeben, und in Indonesien gab es keine Altersgrenze, sondern die Bedingung, dass man verheiratet ist.<sup>292</sup>

Generell gab es auch im internationalen Vergleich kaum Länder, die von der Altersgrenze 18 abwichen. „Erst zu Jahresbeginn 2007 hat das iranische Parlament das Wahlalter von 15 auf 18 Jahre hinaufgesetzt. Mit 21 Jahren relativ spät wählen darf man etwa in Gabun, Kamerun, Malaysia, dem Libanon, Lesotho, Nigeria, den Salomonen, Tokelau, Tonga und der Zentralafrikanischen Republik. Ein Wahlalter von 20 haben Japan, Marokko, Nauru, Singapur, Taiwan und Tunesien.“<sup>293</sup> Einige südamerikanische und karibische Staaten verknüpften die Möglichkeit, wählen zu gehen, mit der Zugehörigkeit zur Armee und Polizei oder mit dem Trauschein.

„Auf Landesebene dürfen in Deutschland 16-Jährige in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern wählen.“<sup>294</sup>

---

<sup>292</sup> Vgl. APA, 14.03.07: Wahlalter: Österreich als Europa-Pionier.

<sup>293</sup> APA, 14.03.2007: Wahlalter: Österreich als Europa-Pionier.

<sup>294</sup> APA, 14.03.2007: Wahlalter: Österreich als Europa-Pionier.

## 12. Die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen 2007 sowie die Landtagswahl 2010

### 12.1. Die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen 2007

Die burgenländischen Parteien sahen die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen 2002 und Landtagswahlen 2005 als Testphasen der jeweils im Vorwahlkampf gesetzlich verankerten Wahlaltersenkung auf 16 Jahre. Alle ParteienvertreterInnen zeigten sich nach den Urnengängen von der Wahlaltersenkung überzeugt: Die jungen Menschen hätten von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht und wären sich der Bedeutung ihrer Stimmabgabe bewusst. „Die Wahlbeteiligung der Jugendlichen war so hoch wie bei den anderen Gruppen der Bevölkerung.“<sup>295</sup>

Auch bei der Bürgermeister- und Gemeinderatswahl 2007 waren junge Menschen eine besondere Zielgruppe: Mit der Überschrift „SPÖ und ÖVP wetteifern um Gunst der jugendlichen Wähler“<sup>296</sup> fasste Kronen Zeitung-Journalist Harold Pearson am 2. Jänner 2007 seinen Eindruck zusammen. Im Vorfeld dieser Wahlen wurde auch das Jugendförderungsgesetz novelliert, was man durchaus als Begleitmaßnahme zur 2005 beschlossenen Wahlaltersenkung bei Landtagswahlen verstehen kann<sup>297</sup>: „Mehr Kompetenzen und mehr Geld“<sup>298</sup> sollte das neue Gesetz vor allem den 21 Mitgliedern des Landesjugendbeirates<sup>299</sup> sowie der im Landesjugendforum vertretenen Organisationen bringen.<sup>300</sup> Das neue Gesetz ermöglichte es jeder im Landtag vertretenen Partei, ein Mitglied zu

---

<sup>295</sup> „Kronen Zeitung“ vom 02.01.2007, S. 18: SPÖ und ÖVP wetteifern um die Gunst der jugendlichen Wähler.

<sup>296</sup> „Kronen Zeitung“ vom 02.01.2007, S. 18: SPÖ und ÖVP wetteifern um die Gunst der jugendlichen Wähler.

<sup>297</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): Burgenländisches Jugendförderungsgesetz 2007, Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBgld&Gesetzesnummer=20000637> 14.05.2012.

<sup>298</sup> „Kurier“ vom 18.01.2007, S. 10: Mehr Mitbestimmung und mehr Geld für Jugendorganisationen.

<sup>299</sup> Vgl. Amt der Burgenländischen Landesregierung (2012): Landesjugendbeirat, Online im Internet unter [http://www.ljr.at/html/index.aspx?page\\_url=Jugendbeirat\\_&mid=546](http://www.ljr.at/html/index.aspx?page_url=Jugendbeirat_&mid=546), 14.05.2012.

<sup>300</sup> Vgl. „Kurier“ vom 18.01.2007, S. 10: Mehr Mitbestimmung und mehr Geld für Jugendorganisationen.

entsenden – zuvor waren FPÖ und Grüne nicht im Jugendbeirat vertreten.<sup>301</sup> Einmal mehr war seitens der Politik die Rede von einer „Jugendverträglichkeitsprüfung“<sup>302</sup>: „Außerdem ist eine so genannte ‚Jugendverträglichkeitsprüfung‘ geplant. Das heißt, ‚wenn Jugendliche von einem Gesetz betroffen sind, bedarf es einer Diskussion im Beirat‘, erläutert Steindl.“<sup>303</sup> Für die damals 19, heute bereits 23, Mitgliedsvereine des Landesjugendforums<sup>304</sup> gab es eine kräftige Erhöhung der finanziellen Basisförderung von 65.400 Euro auf 100.000 Euro.

Schon im Vorwahlkampf angekommen, forderte die SPÖ Burgenland im Mai 2007 „mehr politische Bildung an den Schulen“<sup>305</sup>. Für jede Gemeinde war ein Jugendgemeinderat das Ziel der SozialdemokratInnen. „Begleitend zur Senkung des Wahlalters fordert die SPÖ Burgenland den Ausbau der politischen Bildung an den Schulen.“<sup>306</sup> Diese Forderung wurde mit einer Studie untermauert: „Laut einer Pilot-Studie des Politologen Peter Filzmaier sind knapp 60 Prozent der Jugendlichen bereit, sich politisch einzubringen. Die generelle Demokratiezufriedenheit liege bei 69 Prozent, 50 Prozent der Betroffenen begrüßen ‚Wählen ab 16‘.“<sup>307</sup> Eine empirische Untersuchung des Wahlverhaltens der jungen WählerInnen bei den Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen 2007 fand jedoch nicht statt. Mögliche Umfragen der Parteien unterblieben oder blieben zumindest unter Verschluss.

## 12.2. Die Landtagswahl 2010

Für die darauffolgende Landtagswahl 2010 galt dies jedoch nicht. Zumindest zwei Umfrageergebnisse wurden öffentlich präsentiert, auf die im Folgenden eingegangen wird. Im Vorfeld zum Urnengang setzten vor allem die beiden

---

<sup>301</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): Burgenländisches Jugendförderungsgesetz 2007, Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBgld&Gesetzesnummer=20000637>, 14.05.2012.

<sup>302</sup> „Kurier“ vom 18.01.2007, S. 10: Mehr Mitbestimmung und mehr Geld für Jugendorganisationen.

<sup>303</sup> „Kurier“ vom 18.01.2007, S. 10: Mehr Mitbestimmung und mehr Geld für Jugendorganisationen.

<sup>304</sup> Vgl. Amt der Burgenländischen Landesregierung (2012): Landesjugendforum Burgenland, Online im Internet unter [http://www.ljr.at/html/index.aspx?page\\_url=about&mid=476](http://www.ljr.at/html/index.aspx?page_url=about&mid=476), 14.05.2012.

<sup>305</sup> APA, 24.05.2007: Wählen ab 16: SPÖ Burgenland für mehr politische Bildung.

<sup>306</sup> APA, 24.05.2007: Wählen ab 16: SPÖ Burgenland für mehr politische Bildung.

<sup>307</sup> APA, 24.05.2007: Wählen ab 16: SPÖ Burgenland für mehr politische Bildung.



Großparteien SPÖ und ÖVP erneut auf das Thema Jugend. Bei dieser Wahl spielte das Internet zum ersten Mal eine relevante Rolle, um Wählerstimmen zu gewinnen: „Sie bloggen, twittern und posten – im Kampf um die Gunst der Wähler haben Burgenlands Politiker das Internet für sich entdeckt.“<sup>308</sup> Vor allem das social-media-Netzwerk „facebook“ wurde von mehreren burgenländischen PolitikerInnen im Wahlkampf eingesetzt.

Dass junge Menschen eine besondere Zielgruppe dieses Wahlganges waren, zeigten sich nicht nur in den Mitteln des Wahlkampfes, sondern wurde von den Wahlkampf-Verantwortlichen auch deutlich so formuliert: „Denn auf die Jugend stürzen sich alle Parteien – und das nicht nur im Internet“,<sup>309</sup> bilanzierte Wolfgang Millendorfer von der Wochenzeitung „BVZ“ in einer Interviewrunde mit den jeweiligen WahlkampfmanagerInnen über Zielgruppen und Wahlkampfaktivitäten. Auch die jeweiligen Jugendorganisationen der Parteien gingen auf Stimmenjagd: „Julia Tinhof, Sprecherin der Grünen Jugend Burgenland, kämpft mit eigenem Plakat um das dritte Mandat im Landtag.“<sup>310</sup> Christoph Wolf, Obmann der Jungen ÖVP Burgenland, setzte ebenfalls auf einen Persönlichkeitswahlkampf. Die KandidatInnen der Sozialistischen Jugend standen gar im Wettkampf miteinander, während sich ihre freiheitlichen KollegInnen nur im Rahmen der Kampagnen ihrer Partei betätigten.<sup>311</sup>

In allen Parteien wurden junge KandidatInnen auf vorderen Listenplätzen der Regional- und Landeslisten platziert, was als Indiz für deren Bedeutung im Zuge des Wahlkampfes und der Wahl an sich gewertet werden kann. Die SPÖ Burgenland warb mit einem konkreten Versprechen an ihre Jugend-KandidatInnen: Jene Kandidatin oder jener Kandidat, die oder der die meisten Vorzugsstimmen auf sich vereinen konnte, erhielt ein Landeslistenmandat zugewiesen. Andere Parteien benutzten die Jugend „für parteipolitische Agitation und als Feigenblatt“<sup>312</sup>, lediglich die SPÖ gebe laut Landesgeschäftsführer Robert

---

<sup>308</sup> „Kronen Zeitung“ vom 08.04.2010, S. 22: Niessl, Steindl & Co. haben „Facebook“ für sich entdeckt: Politiker werben per Internet um Gunst der jungen Wähler.

<sup>309</sup> „BVZ“ vom 21.04.2010, S. 3: Die Männer im Hintergrund.

<sup>310</sup> APA, 7.05.2010: Burgenland-Wahl – Jugendorganisationen auf Stimmenfang.

<sup>311</sup> Vgl. APA, 7.05.2010: Burgenland-Wahl – Jugendorganisationen auf Stimmenfang.

<sup>312</sup> „Kurier“ vom 21.05.2010, S. 19: Von Feigenblättern und Kondomen.

Hergovich den Jungen eine realistische Chance.<sup>313</sup> Nach Auszählung aller Stimmen stand ein Sieger dieses SPÖ-internen Vorzugsstimmen-Rennens fest: Mario Trinkl zog als damals 31-jähriger Königsdorfer über die Landesliste der SozialdemokratInnen in den Burgenländischen Landtag ein. Er erhielt 1.167 Vorzugsstimmen.<sup>314</sup>

Besondere Bedeutung erhielt diese Zusage eines fixen Mandates durch die zuvor erfolgte Änderung des Wahlrechts im Dezember 2009: Konnte man bisher nur KandidatInnen des jeweiligen Regionalwahlkreises mittels Vorzugsstimmen unterstützen, so erfuhr dieses System eine entscheidende Veränderung: Die von der SPÖ initiierte Änderung der Landtagswahlordnung<sup>315</sup> ermöglichte nun die Vergabe von 3 Vorzugsstimmen auf der Regionalwahlliste, wobei man jede Kandidatin oder jeden Kandidaten mit maximal einer Vorzugsstimme belegen konnte – zuvor waren es maximal zwei gewesen. Darüber hinaus standen die 36 LandeslistenkandidatInnen der jeweiligen Wahlpartei nunmehr namentlich auf jedem Stimmzettel und konnten mit einer weiteren Vorzugsstimme landesweit gewählt werden. Damit konnten die KandidatInnen der Landesliste auch über ihre Region – den jeweiligen Bezirk - hinaus unterstützt werden.<sup>316</sup>

Eine weitere Änderung des Wahlrechts betraf die Gewichtung der Vorzugsstimme<sup>317</sup>: Hatte man zuvor als WählerIn sein Kreuz in der Parteibezeichnung gemacht und danach einer Kandidatin oder einem Kandidaten einer anderen Partei eine Vorzugsstimme erteilt, war diese Vorzugsstimme ungültig. Nur die jeweilig angekreuzte Partei galt als gewählt. Nun wurde dieses

---

<sup>313</sup> Vgl. „Kurier“ vom 21.05.2010, S. 19: Von Feigenblättern und Kondomen.

<sup>314</sup> Vgl. Amt der Burgenländischen Landesregierung (2012): Wahlen im Burgenland, Landtagswahl 2010, Vorzugstimmen Wahlkreis 7, Online im Internet unter [http://wahl.bgld.gv.at/wahlen/lt.nsf/VZ\\_WK7.pdf](http://wahl.bgld.gv.at/wahlen/lt.nsf/VZ_WK7.pdf), 15.05.2012.

<sup>315</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2012): Landtagswahlordnung 1995, Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBgld&Gesetzesnummer=10000427>, 14.05.2012.

<sup>316</sup> Vgl. APA, 07.05.2010: Burgenland-Wahl – Vorzugsstimmen Neu: Längerer Wahlabend steht bevor.

<sup>317</sup> Vgl. „Österreich“ vom 06.05.2010, S. 22: Vorzugsstimme schlägt Parteistimme: Erstmals Briefwahl.

System umgedreht: „Vorzugsstimme schlägt Parteistimme“<sup>318</sup> lautete die verkürzte Darstellung der Änderungen.

Was für die einen eine klare Stärkung des Persönlichkeitswahlrechtes darstellte, war für die anderen KommentatorInnen der Novellierung eine plumpe Wahlkampf-Strategie der SPÖ: „Wählen Sie Ihren Landeshauptmann direkt“ lautete die Devise auf einem SPÖ-Plakat. Es wurde suggeriert, man könne mit einer Vorzugsstimme für Spitzenkandidat Hans Niessl die bundesverfassungsrechtlich normierte Wahl des Landeshauptmannes durch den Landtag de facto umgehen und als WählerIn den Landeshauptmann „direkt“ mittels Vorzugsstimme wählen. Kritik kam vor allem von den Grünen.<sup>319</sup>

Ob Kalkül oder nicht, tat schlussendlich wenig zur Sache. Wie in einer auf die Wahl folgenden Sitzung der Landeswahlbehörde an die Mitglieder verteilten Auswertung<sup>320</sup> festgestellt wurde, hatte es nur etwas weniger als tausend Stimmzettel gegeben, bei denen die Vorzugsstimme für eine Kandidatin oder einen Kandidaten die ebenfalls bezeichnete Stimme für eine wahlwerbende Partei „umkehrte“. Bei insgesamt 192.246 abgegebenen Stimmen konnte man daher getrost von einer zu vernachlässigbaren Anzahl von „Umkehrungen“ sprechen.<sup>321</sup>

Die Änderungen des Wahlrechts hatten auf die Schwerpunktsetzung der KandidatInnen im Wahlkampf geringe Auswirkung: Vor allem der jeweilige Regionalwahlkreis stand im Mittelpunkt der Bemühungen um Stimmen und Vorzugsstimmen. Auf die Möglichkeit, über die Landeslisten-Vorzugsstimmen ein Mandat zu erlangen, setzten wenige KandidatInnen. Zu Recht wie sich später

---

<sup>318</sup> „Kurier“ vom 23.05.2010, S. 7: Die Vorzugsstimme schlägt Parteistimme.

<sup>319</sup> Vgl. APA OTS, 18.05.2010: Krojer: Niessl muss bewusste WählerInnentäuschung sofort beenden.

<sup>320</sup> Vgl. ÖVP Burgenland (2010): internes Informationsblatt für die Mitglieder der Landeswahlbehörde, mir persönlich zugängliche Unterlage der ÖVP Landesparteileitung Burgenland, 14.05.2012.

<sup>321</sup> Vgl. Amt der Burgenländischen Landesregierung (2012): Wahlen im Burgenland, Landtagswahl 2010, Online im Internet unter <http://wahl.bgld.gv.at/wahlen/lt20100530.nsf>, 15.05.2012.

herausstellen sollte: Nur wenige WählerInnen vergaben Vorzugsstimmen auf Landesebene.<sup>322</sup>

Einer, der es doch über die Landeslisten-Vorzugsstimmen in den Landtag schaffen wollte, war der 23-jährige Landesobmann der Jungen ÖVP. Christoph Wolf war auf der Regionalwahlliste auf einem eher aussichtslosen Platz gereiht worden.<sup>323</sup> Wolf stellte ein eigenes Wahlkampf-Programm vor: „So fordert er für Jugendliche mehr Startwohnungen, den Ausbau des Discobusses und dass das Burgenland weiterhin gebührenfrei bei den Fachhochschulen bleibe.“<sup>324</sup> Überzeugt von der landesweiten Mobilisationsstärke seiner Jugendorganisation, startete er einen Vorzugsstimmen-Wahlkampf über seinen Heimatbezirk Eisenstadt-Umgebung hinaus. Das landesweite Ergebnis war ernüchternd und konnte dem Jugend-Kandidaten kein Mandat zusichern. Umso überraschender für viele PolitstrategInnen war aber sein Abschneiden auf der Regionalwahlliste: Mit 2.134 Vorzugsstimmen überholte er zwei vor ihm gereichte KandidatInnen und sicherte sich das Vorzugsstimmen-Mandat.<sup>325</sup> Mit 23 Jahren war er der bis dato jüngste Abgeordnete zum Burgenländischen Landtag.

Auf Werbefolder setzte laut eigenen Angaben die Junge FPÖ im Kampf um jugendliche Stimmen: „‘Deine Stimme für unsere Heimat‘ lautet der Titel des Flyers, der gemeinsam von den Jugendfunktionären und den Bezirkskandidaten unter anderem an Schüler und Studenten verteilt wird.“<sup>326</sup> Die Jugend war auch Zielgruppe eines Internet-Wahlwerbespots der FPÖ Burgenland. Beim Disco-Besuch wollte sich der Obmann der Jungen FPÖ, Günter Billes, vor allem auf die Zugkraft von Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache verlassen.

---

<sup>322</sup> Vgl. Amt der Burgenländischen Landesregierung (2012): Wahlen im Burgenland, Landtagswahl 2010, Vorzugsstimmen Landeswahlvorschlag, Online im Internet unter [https://wahl.bgld.gv.at/wahlen/lt.nsf/VZ\\_Land.pdf](https://wahl.bgld.gv.at/wahlen/lt.nsf/VZ_Land.pdf), 15.05.2012.

<sup>323</sup> Vgl. APA, 18.05.2010: Burgenland-Wahl - Doppeltes Match um Vorzugsstimmen.

<sup>324</sup> „Kurier“ vom 21.05.2010, S. 19: Von Feigenblättern und Kondomen.

<sup>325</sup> Vgl. Amt der Burgenländischen Landesregierung (2012): Wahlen im Burgenland, Landtagswahl 2010, Vorzugsstimmen Wahlkreis 2, Online im Internet unter [http://wahl.bgld.gv.at/wahlen/lt.nsf/VZ\\_WK2.pdf](http://wahl.bgld.gv.at/wahlen/lt.nsf/VZ_WK2.pdf), 15.05.2012.

<sup>326</sup> APA, 07.05.2010: Burgenland-Wahl – Jugendorganisationen auf Stimmenfang.



**Abbildung 5:** Eigene graphische Darstellung von Bildern zum Jugendwahlkampf der im Landtag vertretenen Parteien (Quellen v.l.n.r.: „BVZ“ vom 21.04.2010, S. 3: Die Männer im Hintergrund; Junge ÖVP Burgenland (2010): Wahlkampf-HelferInnen vor dem ÖVP-Bus; FPÖ Burgenland (2010): Werbemittel aus dem FPÖ-Jugendwahlkampf; Grüne Burgenland (2010): Druckvorlage für Kondom als Werbemittel der Kampagne „nur mit mir“)

Bei den Grünen kandidierte mit der Eisenstädterin Julia Tinhof ebenfalls eine sehr junge Kandidatin auf dem prominenten dritten Listenplatz der Landesliste. „Nur mit

mir – Platz für dich“<sup>327</sup> lautete der Titel der grünen Jugendkampagne. Tinhof zeigte sich im Wahlkampf angriffslustig und engagierte sich gegen Ausgrenzung und Intoleranz. Bei den MitbewerberInnen vermisste sie vor allem die Eigenständigkeit der jungen KandidatInnen: „Die anderen Parteien hätten den Jugendlichen nicht die Möglichkeit gegeben, selbst zu kandidieren.“<sup>328</sup>

Über das Wahlverhalten der 16- bis 18-Jährigen gab es keine spezifische Untersuchung. Allerdings gab es zwei Wahltagebefragungen, die auch Aussagen zum Wahlverhalten der unter 30-Jährigen enthielten:

#### **12.2.1. Wahltagebefragung der ÖVP Burgenland**

Nach der Wahl am 30. Mai 2010 präsentierte die ÖVP Burgenland eine Wahltagebefragung unter 800 Befragten<sup>329</sup>. Davon waren 165 Personen unter 29 Jahre alt. Die Umfrage erfolgte mittels Telefoninterviews.

##### **12.2.1.1. Landtagswahl jetzt**

Laut dieser Wahltagebefragung wollten unter den jungen WählerInnen 36 Prozent SPÖ, 33 Prozent ÖVP, immerhin 17 Prozent FPÖ, 8 Prozent Grüne und 4 Prozent die Liste Burgenland von Wolfgang Rauter und Manfred Kölly wählen. Auf die gesamte Wählerschaft bezogen, bedeutete das eine klare Besserstellung aller Parteien außer der SPÖ bei den jungen WählerInnen unter 30 Jahren.

---

<sup>327</sup> APA, 06.05.2010: Burgenland-Wahl – Grüne setzen auf „Menschlichkeit“ und Umwelt.

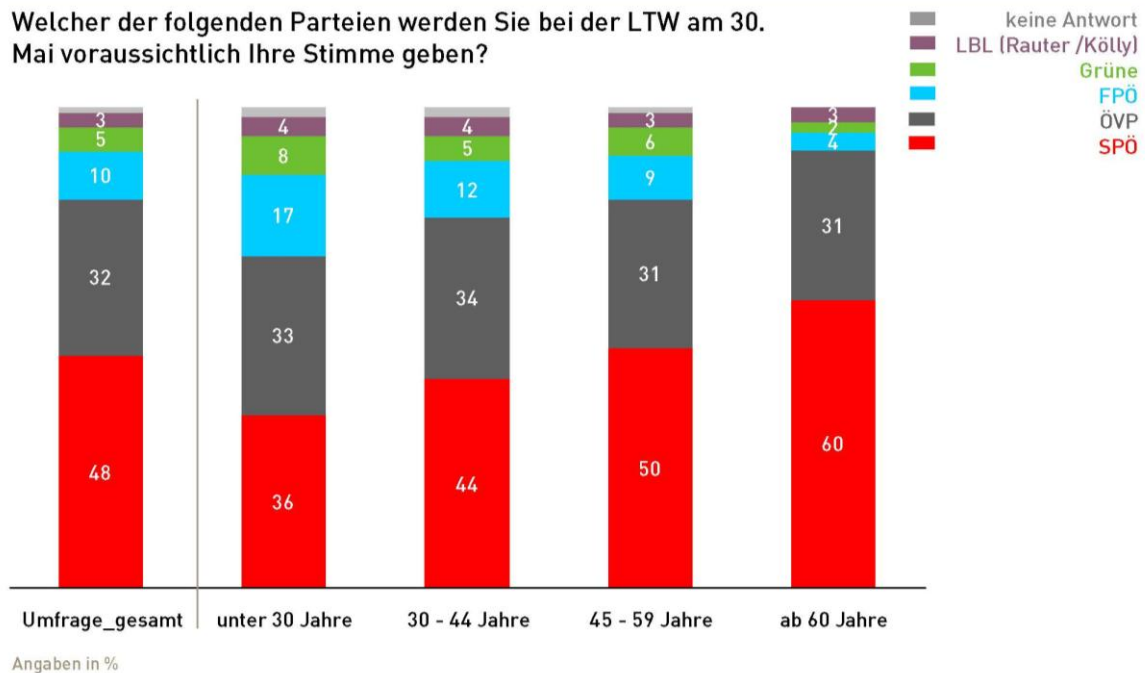
<sup>328</sup> APA, 06.05.2010: Burgenland-Wahl – Grüne setzen auf „Menschlichkeit“ und Umwelt.

<sup>329</sup> Vgl. ÖVP Burgenland (2010): Wahltagebefragung zur Landtagswahl 2010, mir persönlich zugängliche Unterlagen der ÖVP-Landesparteileitung Burgenland, 12.05.2012.



# Landtagswahl jetzt

Welcher der folgenden Parteien werden Sie bei der LTW am 30. Mai voraussichtlich Ihre Stimme geben?



**Abbildung 6:** Landtagswahlen jetzt (Quelle: ÖVP Burgenland (2010): Wahltagsbefragung zur Landtagswahl 2010, Wahlanalyse \_ Wähler unter 30, S. 3)

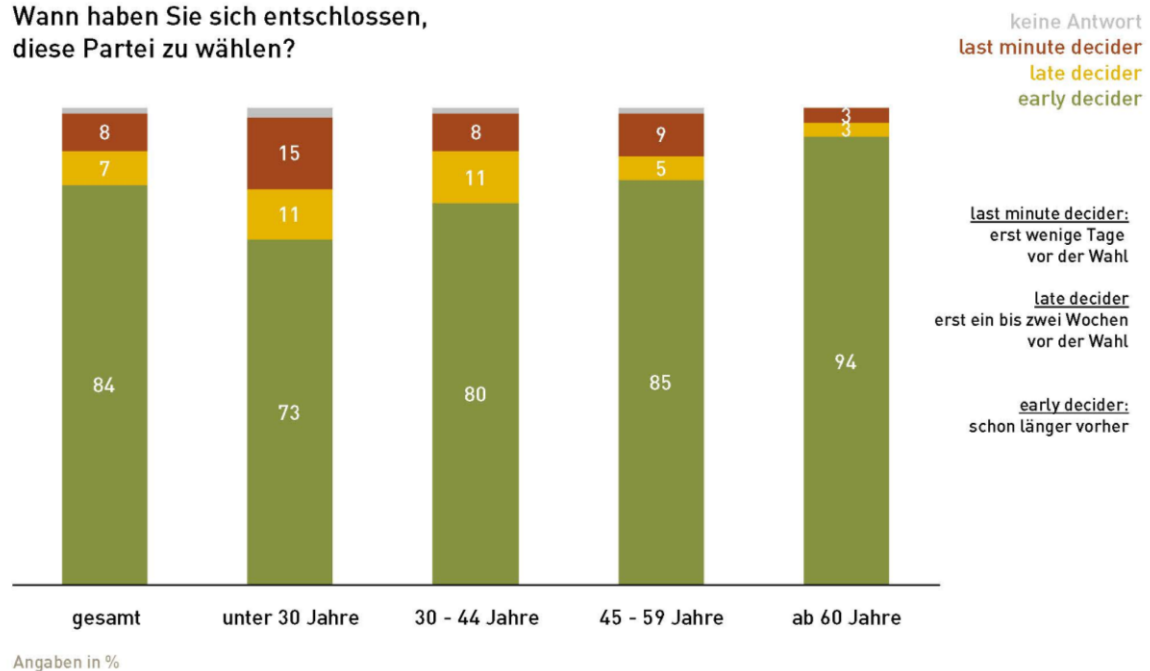
## 12.2.1.2. Zeitpunkt der Wahlentscheidung

Auch über den Zeitpunkt der Wahlentscheidung wurden Aussagen getroffen: 84 Prozent der Befragten zählten sich selbst zur Gruppe der „early decider“, also jener WählerInnen, die als StammwählerInnen einer Partei oder zumindest als relativ häufige StammwählerInnen einer Partei gewertet werden können. Lediglich 8 Prozent der Befragten stufen sich selbst als „last minute decider“ ein. Diese 8 Prozent der Wählerschaft gaben an, sich erst wenige Tage vor dem Urnengang für eine bestimmte Partei festzulegen.

Betrachtet man auch hier die jungen WählerInnen, fällt eine klare Präferenz auf: Während in der Gruppe der ab 60-jährigen WählerInnen stolze 94 Prozent StammwählerInnen vertreten sind, schrumpfte diese Gruppe im Bereich der jungen Menschen um mehr als 20 Prozentpunkte auf einen Wert von 73.

# Zeitpunkt der Wahlentscheidung

Wann haben Sie sich entschlossen, diese Partei zu wählen?



**Abbildung 7:** Zeitpunkt der Wahlentscheidung (Quelle: ÖVP Burgenland (2010): Wahltagbefragung zur Landtagswahl 2010, Wahlanalyse \_ Wähler unter 30, S. 4)

## 12.2.1.3. Wählertypen

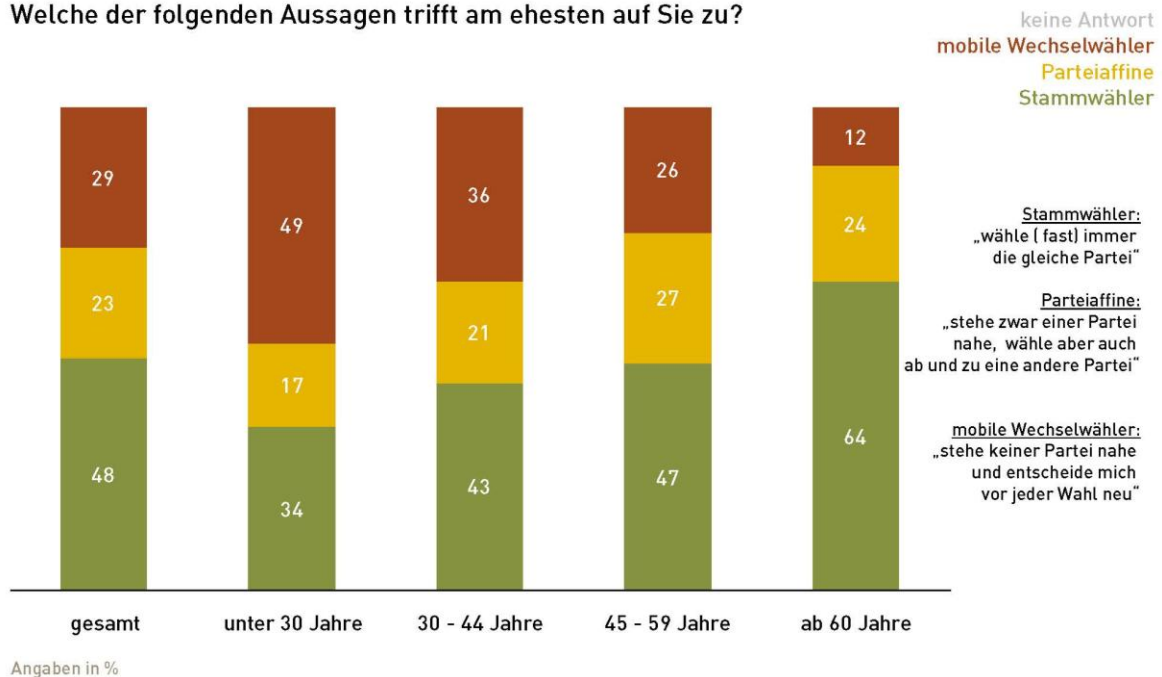
Bei der darauffolgenden Selbsteinschätzung der Befragten verstärkte sich dieses Bild. Nur 34 Prozent der jungen WählerInnen sahen sich als StammwählerInnen einer Partei. Noch immerhin 17 Prozent bejahten die Aussage „stehe zwar einer Partei nahe, wähle aber auch ab und zu eine andere Partei“.

Fast die Hälfte der jungen Befragten bezeichnete sich als mobile WechselwählerInnen (s. Abb. 8) und entschied vor jedem Urnengang aufs Neue, welcher Partei sie dieses Mal ihr Vertrauen schenkt. In dieselbe Gruppe der WechselwählerInnen fielen in der Altersgruppe 45 bis 59 Jahre nur mehr 26 Prozent. Blickte man auf die Gruppe der über 60-Jährigen halbierte sich dieser Wert erneut: Nur 12 Prozent der Befragten aus dieser Altersgruppe bezeichneten sich selbst als WechselwählerInnen.



# Wählertypen

Welche der folgenden Aussagen trifft am ehesten auf Sie zu?



**Abbildung 8:** Wählertypen (Quelle: ÖVP Burgenland (2010): Wahltagbefragung zur Landtagswahl 2010, Wahlanalyse \_ Wähler unter 30, S. 4)

Auch im Hinblick auf die Wahlmotive gab es eine vom Gesamttrend abweichende Aussagekraft der Befragung unter den jungen WählerInnen:

#### 12.2.1.4. SPÖ \_ Motive

### SPÖ \_ Wahlmotive

Was ist für Sie der ausschlaggebende Grund, die SPÖ zu wählen ?  
(Antwortmöglichkeiten vorgegeben)



Angaben in % \* Befragte, die angeben, SPÖ wählen zu wollen.

**Abbildung 9:** SPÖ \_ Wahlmotive (Quelle: ÖVP Burgenland (2010):  
Wahltagbefragung zur Landtagswahl 2010, Wahlanalyse \_ Wähler unter 30, S. 7)

Für junge SPÖ-WählerInnen – also unter jenen Befragten, die angaben, SPÖ wählen zu wollen – waren vor allem soziale Beweggründe ausschlaggebend für ihre Präferenz: 33 Prozent der SPÖ-WählerInnen unter 30 Jahren stimmten der Aussage „SPÖ leistet gute Arbeit“ zu und sahen dies als wahlausschlaggebend an. In der Gesamtheit der SPÖ-WählerInnen waren dies nur 25 Prozent. Der „Einsatz für kleine Leute / soziale Politik“ war für 25 Prozent der jüngeren WählerInnen ein starkes Motiv, bei dieser Landtagswahl 2010 die SozialdemokratInnen zu unterstützen.

Spitzenkandidat und Landeshauptmann Hans Niessl war für die jungen Menschen weit weniger attraktiv und musste sich mit 10 Prozentpunkten zufrieden geben. Unter allen SPÖ-WählerInnen kam er auf einen fast doppelt so hohen Wert.

Die Aussage, die SPÖ sei „im Vergleich das ‚kleinste Übel‘“ am Stimmzettel, war für 7 Prozent aller SPÖ-WählerInnen Grund für ihr Wahlverhalten. Bei den jungen WählerInnen war das für 11 Prozent Beweggrund, sozialdemokratisch zu wählen.

### 12.2.1.5. ÖVP \_ Motive

Auch für die burgenländische Volkspartei lag eine derartige Befragung nach den Wahlmotiven vor: Bemerkenswert erscheint, dass im Fall des Hauptmotives, dieses Mal ÖVP zu wählen, kein Unterschied in den Beweggründen von jungen und allen ÖVP-WählerInnen zu finden war: Jeweils 32 Prozent der befragten potentiellen UnterstützerInnen der Volkspartei stimmten dem Motiv „absolute Mehrheit der SPÖ verhindern“ zu.

## ÖVP \_ Wahlmotive

Was ist für Sie der ausschlaggebende Grund, die ÖVP zu wählen?  
(Antwortmöglichkeiten vorgegeben)



Angaben in % \* Befragte, die angeben, ÖVP wählen zu wollen.

**Abbildung 10:** ÖVP \_ Wählermotive (Quelle: ÖVP Burgenland (2010): Wahltagbefragung zur Landtagswahl 2010, Wahlanalyse \_ Wähler unter 30, S. 8)

20 Prozent aller ÖVP-WählerInnen sahen in der Volkspartei die Partei der Wirtschaft und machten deshalb ihr Wahlkreuz bei den Bürgerlichen. Gerade einmal die Hälfte der unter 30-Jährigen sah dies als Motiv, ÖVP zu wählen.

Dafür waren 21 Prozent der Jungen davon überzeugt, die „ÖVP leistet gute Arbeit“ und verdiente sich deshalb ihre Unterstützung. Einem Argument, dem lediglich 13 Prozent aller befragten ÖVP-WählerInnen folgen konnten.

Spitzenkandidat Franz Steindl hatte zumindest bei den jüngeren WählerInnen die Nase vorne: 9 Prozent der unter 30-Jährigen sahen in seiner Person ein kräftiges Wahlmotiv. In der Gesamtheit der ÖVP-WählerInnen war das ein Prozentpunkt weniger.

#### **12.2.1.6. Zusammenfassung**

Zusammenfassend lässt sich daher zum Wahlverhalten der Gruppe der unter 30-Jährigen bei der burgenländischen Landtagwahl am 30. Mai 2010 folgendes sagen:

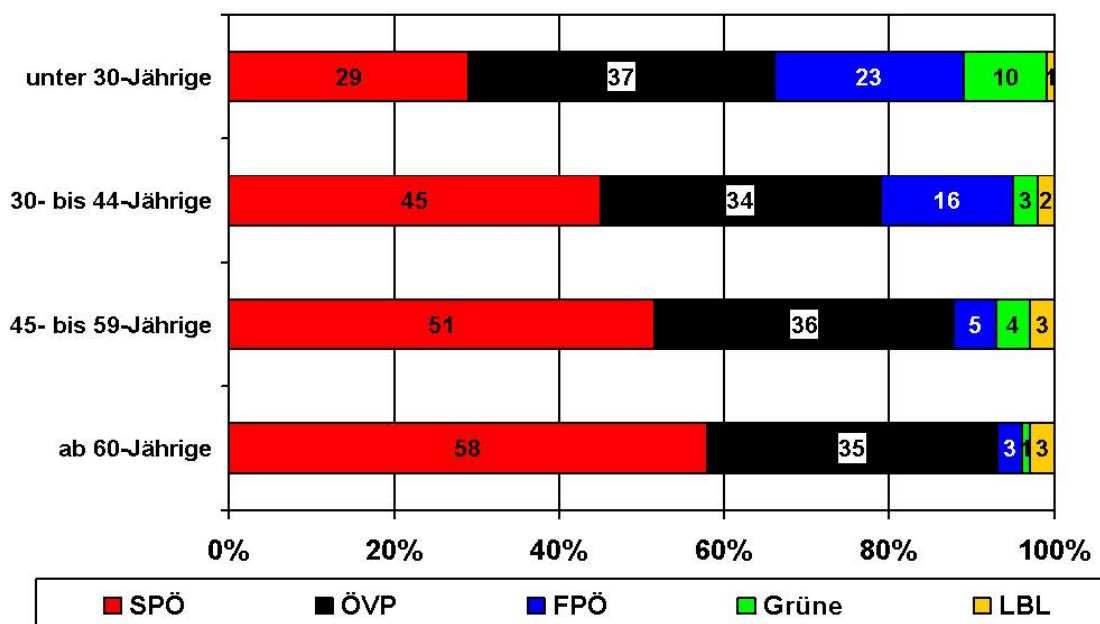
- Die Gruppe der jungen WählerInnen legte sich wesentlich später fest, welche Partei sie unterstützen wird. Im Schnitt waren fast doppelt so viele „last minute decider“ vertreten.
- Auch die Gruppe der StammwählerInnen war im Bereich der Jugend kleiner als in der Gesamtheit der Befragten: Nur 34 Prozent würden sich selber als StammwählerInnen derselben Partei sehen. Im Schnitt war es immerhin fast die Hälfte der Befragten.
- Bei den WählerInnen unter 30 Jahren befanden sich eher überproportional viele AnhängerInnen der Freiheitlichen, aber unterproportional viele SPÖ-WählerInnen.
- Das Motiv „sie leisten gute Arbeit“ bewog überdurchschnittlich viele junge Befragte, SPÖ oder ÖVP den Vorzug zu geben.

## 12.2.2. Wahltagbefragung des ORF Burgenland

Im Auftrag des ORF Burgenland führten ISA-Institut für Strategieanalyse und SORA-Institut for Social Research and Analysis eine Wahltagbefragung durch.<sup>330</sup> 1.025 Personen wurde befragt. Auch hier wurden die Interviews telefonisch durchgeführt.

### 12.2.2.1. Wahlverhalten nach Alter

#### Wahlverhalten nach Alter



in Prozent aller Deklarierenden, Wahltagbefragung Landtagswahl Burgenland im Auftrag des ORF

**Abbildung 11:** Wahlverhalten nach Alter (Quelle: ORF Burgenland (2010): Wahltagbefragung und Wählerstromanalyse, Landtagswahl Burgenland, S. 7)

Neben einer WählerInnenstromanalyse wurde auch das Wahlverhalten nach Alter erhoben: 29 Prozent der befragten unter 30-Jährigen gaben demnach der SPÖ die Stimme. Doppelt so viele waren es in der Altersgruppe ab 60-Jährige. Den besten Wert konnte die Volkspartei bei den jungen WählerInnen erreichen: Hier kam sie auf 37 Prozentpunkte – in der gesamten Wählerschaft erreichte die ÖVP lediglich

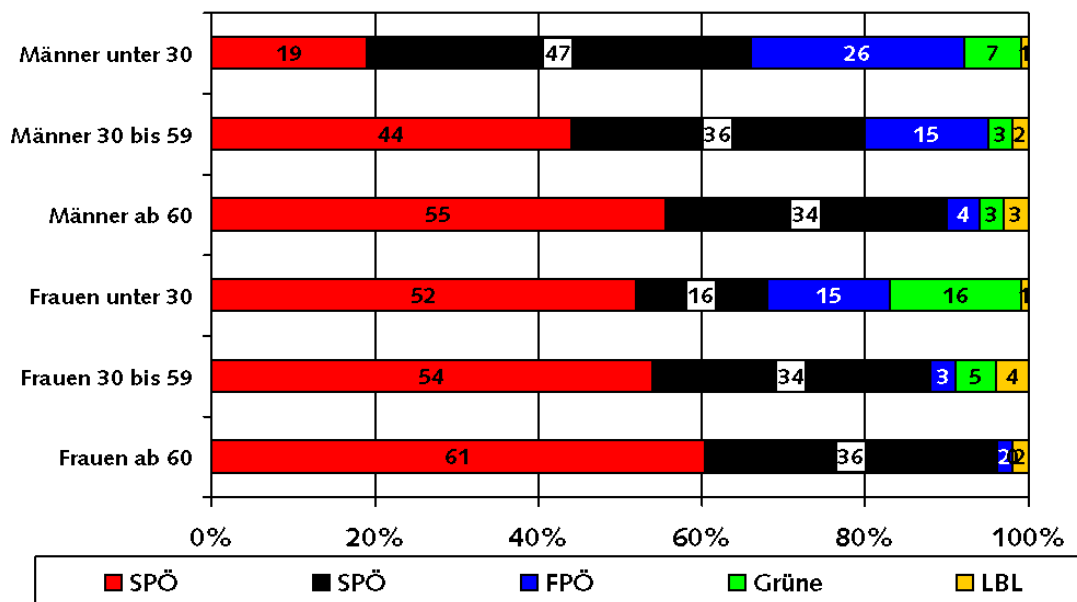
<sup>330</sup> Vgl. ORF Burgenland (2010): Wahltagbefragung und Wählerstromanalyse, Landtagswahl Burgenland.

knapp über 34 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. „Auffallend stark ist die Volkspartei nicht nur bei den Selbstständigen und Bauern, sondern auch bei den Wählern unter 30.“<sup>331</sup> 23 Prozent der Jungen wählten nach eigenen Angaben FPÖ. 10 Prozent stimmten für die Grünen. Nur 1 Prozent entschied sich für die Liste Burgenland von Wolfgang Rauter und Manfred Kölly.

#### 12.2.2.2. Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht

Die Befragung differenzierte weiters auch nach Alter und Geschlecht: 19 Prozent der befragten Männer unter 30 Jahre stimmten für die SozialdemokratInnen. Fast die Hälfte gab der Volkspartei die Stimme (47 Prozent). 26 Prozent der männlichen WählerInnen jungen Alters entschieden sich für die freiheitliche Partei. Die Grünen konnten sich auf 7 Prozent der männlichen Befragten unter 30-Jährigen verlassen. 1 Prozent gab der Liste Burgenland ihre Stimme.

### Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht



**Abbildung 12:** Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht (Quelle: ORF Burgenland (2010): Wahltagbefragung und Wählerstromanalyse, Landtagswahl Burgenland, S. 8)

<sup>331</sup> „Der Standard“ vom 31.5.2010, S. 3: Niessl sprach die Wähler an – aber zu wenige.

Junge Frauen wählten laut dieser Befragung doch wesentlich differenzierter im Vergleich zu ihren männlichen Alterskollegen: Mehr als die Hälfte unterstützten bei der Landtagswahl die SPÖ – fast dreimal so viele junge Frauen wie junge Männer. Nur 16 Prozent der jungen Frauen wählten die Volkspartei. Die FPÖ Burgenland erhielt 15 Prozent der weiblichen WählerInnen unter 30 als UnterstützerInnen. Um einen Prozentpunkt mehr wählten die Grünen. Nur bei der Liste Burgenland gab es kein unterschiedliches Wahlverhalten: 1 Prozent der jungen Frauen wählten die Wahlpartei von Rauter und Kölly.

### **13. Auswertung der qualitativen Interviews**

Im Zuge der vorliegenden Diplomarbeit wurden insgesamt fünf qualitative Interviews mit führenden PolitikerInnen aller Landtagsfraktionen durchgeführt. Die Interviews fanden am 25. Juni und am 3. Juli 2008 statt. Neben den vier Klubobleuten Christian Illedits (SPÖ), Rudolf Strommer (ÖVP), Johann Tschürtz (FPÖ) und Margarethe Krojer (Grüne) wurde auch das für Jugend und Wahlen zuständige Mitglied der Burgenländischen Landesregierung, Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl, um die Beantwortung von Fragen gebeten. Vier Interviews wurden aufgezeichnet; lediglich die Interviewfragen an FPÖ-Klubobmann Johann Tschürtz wurden schriftlich beantwortet. Die Transkription der Interviews befindet sich im Anhang dieser Diplomarbeit.

Eine kurze Darstellung der gewählten Erhebungsmethode, dem Leitfaden-Interview, findet sich auf Seite 9 dieser Arbeit.

#### **13.1. Einstellung zur vollzogenen Wahlaltersenkung 2000 und 2005**

In der Beurteilung der vollzogenen Wahlaltersenkung auf 16 Jahre waren sich alle politischen VertreterInnen einig: Franz Steindl sah in der Wahlaltersenkung einen „richtigen Schritt“<sup>332</sup> und fühlte sich in seiner Meinung durch die hohe Wahlbeteiligung der Jugendlichen bestätigt.

Fast wortident antwortete SPÖ-Klubobmann Illedits, der „auch ein großes Verständnis für diese Wahlaltersenkung im restlichen Teil der Wählerschaft“<sup>333</sup> ortet.

Rudolf Strommer sprach von der Wahlaltersenkung bereits als Notwendigkeit: „Ich glaube, dass es längst notwendig war, wenn man nach oben hin keine Grenze hat, die Jugendlichen bei vielen anderen Dingen für reif befunden werden und

---

<sup>332</sup> Interview mit Franz Steindl, Anhang, S. 130.

<sup>333</sup> Interview mit Christian Illedits, Anhang, S. 134.



strafmündig sind, dann kann man eine Wahlaltersenkung auf 16 genauso machen.“<sup>334</sup>

Für FPÖ-Mandatar Johann Tschürtz war die Senkung des Wahlalters an demokratiepolitische Grundsätze gebunden: „Demokratie ist eine nicht selbstverständliche Errungenschaft. Sie wurde erkämpft und es muss darum gekämpft werden, sie zu erhalten und sie gegebenenfalls sogar auszubauen. Dieses Bewusstsein muss vor allem der Jugend vermittelt werden.“<sup>335</sup>

„Schon sehr lange für eine Wahlaltersenkung eingetreten“<sup>336</sup> ist Grünen-Klubobfrau Margarethe Krojer. Von der politischen Reife der 16- und 17-Jährigen überzeugt, ist sie weiters der Auffassung, „dass sie dann auch politische Zielgruppe sind und dadurch mehr politische Angebote für sie geschaffen werden“.<sup>337</sup>

### **13.2. Zum Meinungspluralismus der Fraktionen**

Die Frage, ob sich ihre persönliche Meinung zu einer Wahlaltersenkung im Laufe der Diskussion verändert hat, haben alle fünf Befragten verneint.

Anders sah es bei der Meinung der ParteikollegInnen aus: „In der Fraktion gab es garantiert keine einhellige Auffassung, aber das Stimmungsbild gegenüber der Wahlaltersenkung ist allmählich mit den Jahren positiver geworden“<sup>338</sup>, erklärte Steindl.

Auch in der SPÖ gab es zunächst keine einheitliche Meinung zur Herabsetzung auf 16, allerdings stand für Illedits persönlich fest: „Wenn man die Rechte und Pflichten der Jugendlichen mit ihrer politischen Mündigkeit sieht, dann sollte man sie mit 16 auch politische Wahlentscheidung treffen lassen.“<sup>339</sup>

---

<sup>334</sup> Interview mit Rudolf Strommer, Anhang, S. 138.

<sup>335</sup> Interview mit Johann Tschürtz, Anhang, S. 142.

<sup>336</sup> Interview mit Margarethe Krojer, Anhang, S. 147.

<sup>337</sup> Interview mit Margarethe Krojer, Anhang, 147.

<sup>338</sup> Interview mit Franz Steindl, Anhang, S. 130.

<sup>339</sup> Interview mit Christian Illedits, Anhang, S. 134.

Strommer zog einen scharfen Vergleich: „Wenn ich jedem Bettlägerigen bei Wahlen die Stimmen geben lasse, dann muss man das einem 16-Jährigen auch zutrauen.“<sup>340</sup> Trotzdem musste der ÖVP-Klubobmann einräumen, dass die Meinungsfindung in der Fraktion ein harter, langer Weg war.

Aus Sicht der FPÖ, die sich schon sehr früh hinter eine Wahlaltersenkung gestellt hat, wurden auch Gründe für eine kritische Meinungsvielfalt genannt: „Natürlich hat es darüber innerhalb der FPÖ verschiedene Meinungen gegeben. Kritiker haben vor allem die Bedeutung des Wahlrechtes als Staatsbürgerrecht betont, dem staatsbürgerliche Pflichten gegenüber stehen.“<sup>341</sup>

Für die grüne Klubobfrau war die Klublinie auch durch berufliche Erfahrung als Pädagogin untermauert: „Aber ich bin grundsätzlich der Meinung, ich bin Lehrerin und hab´ mit Schülern bis 18 und 19 Jahren gearbeitet, dass junge Menschen sehr wohl politisch sind, politische Meinungen vertreten und dass sie in diesem Alter sehr wohl in der Lage sein können, sich mit diesem Thema auch eingehend zu beschäftigen.“<sup>342</sup> Aufhorchen ließ sie allerdings die Meinung ihres damals 25-jährigen Sohnes, der „Wählen mit 16“ kritisch gegenüberstand: „Da hab ich natürlich meine eigene Meinung hinterfragt und die hat sich letztendlich nicht geändert.“<sup>343</sup>

### **13.3. Auswirkungen auf die politischen Akteure – Jugendliche als Zielgruppe**

Alle Befragten sahen in der Wahlaltersenkung ein bewusstes Signal an junge Menschen im Land. Natürlich bedeutete die Herabsetzung des Wahlalters auch die Hereinnahme einer neuen Zielgruppe für die politische Werbung: Für Steindl waren junge WählerInnen „eine besondere Zielgruppe geworden und zwar

---

<sup>340</sup> Interview mit Rudolf Strommer, Anhang, S. 138.

<sup>341</sup> Interview mit Johann Tschürtz, Anhang, S. 142.

<sup>342</sup> Interview mit Margarethe Krojer, Anhang, S.147.

<sup>343</sup> Interview mit Margarethe Krojer, Anhang, S. 147.

deswegen, weil Jugendliche dafür bekannt sind, dass sie ein sehr mobiles Wahlverhalten an den Tag legen“<sup>344</sup>.

„Die jungen Menschen fordern, und junge Menschen denken nicht in gewissen Schranken und denken auch nicht über Auswirkungen nach“<sup>345</sup>, erklärte Illedits die „natürlichen Auswirkungen“<sup>346</sup> von „Wählen mit 16“ auf die politischen AkteurInnen innerhalb der Parteien.

Strommer sah die Auswirkungen vor allem wahltaktisch: „In Wahlkämpfen ist eine zusätzliche Gruppe der 16- bis 18-Jährigen zu betreuen. Diese haben andere Interessen als 25- oder 30-Jährige. Von der Warte her ist es eine zusätzliche Arbeit für die politischen Parteien und eine sehr wertvolle Arbeit.“<sup>347</sup>

Der FPÖ-Vertreter sah „naturgemäß“<sup>348</sup> eine neue Schwerpunktsetzung in der politischen Werbung auf die Jugend hin. Weiters nannte Tschürtz „die medienwirksame Positionierung von jüngeren Politikern“<sup>349</sup> und „das Setzen inhaltlicher Schwerpunkte im Bereich von jugendrelevanten Themen“<sup>350</sup>.

Für Krojer waren die Auswirkungen erwartungsgemäß, „nämlich, dass die 16- bis 18-Jährigen dadurch verstärkt Zielgruppe werden und sich auch die Parteien überlegt haben, was sie ihnen anbieten, damit sie auch gewählt werden, und ich glaube, im Mittelpunkt des Interesses in der Politik zu sein, kann nicht schlecht sein“<sup>351</sup>.

#### **13.4. Erwartungshaltungen der Parteien – Stimmenzuwächse**

Als „voll bestätigt“<sup>352</sup> bezeichnete Steindl die Erwartungshaltungen seiner Partei zu „Wählen mit 16“. „Die ÖVP hat Jugendliche im vermehrten Maße ansprechen

---

<sup>344</sup> Interview mit Franz Steindl, Anhang, S. 130.

<sup>345</sup> Interview mit Christian Illedits, Anhang, S. 134.

<sup>346</sup> Interview mit Christian Illedits, Anhang, S. 134.

<sup>347</sup> Interview mit Rudolf Strommer, Anhang, S. 139.

<sup>348</sup> Interview mit Johann Tschürtz, Anhang, S. 143.

<sup>349</sup> Interview mit Johann Tschürtz, Anhang, S. 143.

<sup>350</sup> Interview mit Johann Tschürtz, Anhang, S. 143.

<sup>351</sup> Interview mit Margarethe Krojer, Anhang, S. 148.

<sup>352</sup> Interview mit Franz Steindl, Anhang, S. 131.

können.“<sup>353</sup> Steindl präzisierte die Angaben noch: „Erwartet wurde, dass es unter Umständen einen Rückgang der Stimmen gibt und tatsächlich ist eigentlich eine Festigung der Jugendlichen in Richtung ÖVP eingetreten.“<sup>354</sup> SPÖ-Klubobmann Illedits wies darauf hin, dass Jugendliche als „größtenteils unbeeinflusst“<sup>355</sup> galten und damit eine sehr begehrte Wählergruppe darstellten, wo sich auch die SPÖ Hoffnungen auf Zuwächse machte.

Sein ÖVP-Pendant Strommer gab sich zufrieden: „Ja, die Erwartungen sind deshalb erfüllt worden, weil das Wahlverhalten kaum anders war als bei 18- bis 25-Jährigen und die Wahlbeteiligung interessanterweise je näher die Wahl beim Bürger war, desto höher war die Wahlbeteiligung, d.h. bei Gemeinderatswahlen höhere Wahlbeteiligung als bei Landtagswahlen.“<sup>356</sup> Tschürtz sah die Erfüllung der Erwartungshaltungen seiner Partei als „schwierig zu beurteilen“<sup>357</sup>. Er persönlich „gehe davon aus, dass vor allem die Großparteien ursprünglich eine größere Erwartungshaltung hatten und auf einen umfangreicheren Effekt gehofft haben. Zahlreiche Umfragen zeigen, dass die kleineren Parteien in der Zielgruppe der Jugendlichen näher an die Umfragewerte der Großparteien herankommen als das in anderen Segmenten der Fall ist“<sup>358</sup>.

Die Grünen punkteten nach Krojer vor allem im urbanen Gebiet. „Im ländlichen Bereich, wir haben es nicht im Detail analysieren können, weil die Wählergruppen sehr klein waren, haben wir uns doch erwartet bei den Jungen zu punkten. Im Burgenland dürfte das im ländlichen Bereich nicht so sein, wie das eben im urbanen ist.“<sup>359</sup>

### **13.5. Akzente der Parteien für diese Altersgruppe**

Für die ÖVP führte Steindl vor allem das personelle Angebot an junge WählerInnen ins Treffen: „Wir haben personelle und inhaltliche Signale gesetzt.

---

<sup>353</sup> Interview mit Franz Steindl, Anhang, S. 131.

<sup>354</sup> Interview mit Franz Steindl, Anhang, S. 131.

<sup>355</sup> Interview mit Christian Illedits, Anhang, S. 135.

<sup>356</sup> Interview mit Rudolf Strommer, Anhang, S. 139.

<sup>357</sup> Interview mit Johann Tschürtz, Anhang, S. 143.

<sup>358</sup> Interview mit Johann Tschürtz, Anhang, S. 144.

<sup>359</sup> Interview mit Margarethe Krojer, Anhang, S. 148.

Wir hatten einen Jugendkandidaten bei den Landtagswahlen, der ein fixes Mandat bekommen hat.“<sup>360</sup> Dies traf auch auf die darauffolgenden Kommunalwahlen zu: „Wir haben bei den Gemeinderatswahlen (*Anmerkung des Verfassers: 2007*) die Jugendgemeinderäte verdreifachen können. Wir haben auf Bundesebene mit einer Jugendlichen ein Signal setzen können und wir haben uns inhaltlich gegenüber den Jugendlichen sehr geöffnet.“<sup>361</sup>

Klubobmann Illedits verwies auf Umfragen, die im Vorfeld in Auftrag gegeben wurden<sup>362</sup>: „Man hat versucht, mit einzubinden und zu kontaktieren.“<sup>363</sup> Generell gesehen, sei die Wählergruppe Jugend aber „nicht anders als bei anderen Wählergruppen auch“<sup>364</sup>.

Strommer nannte die personellen Angebote Steindls beim Namen: „Mit einem Jugendkandidaten, der damals Christian Sagartz geheißen hat, jetzt auch ins Alter gekommen ist, einen wichtigen Entscheidungsträger hier für die Jugendlichen als Kandidaten gesetzt. Die Österreichische Volkspartei ist die einzige Partei, die in allen gesetzgebenden Körperschaften einen ausgewiesenen Jugendvertreter hat.“<sup>365</sup> Strommer erwähnte auch Silvia Fuhrmann auf Bundesebene im Nationalrat sowie die seiner Meinung nach bemerkenswerte Anzahl von GemeinderätInnen als JugendvertreterInnen.

Für die FPÖ hatte die Glaubwürdigkeit der politischen VertreterInnen für Jugendanliegen einen besonderen Stellenwert: „Hauptziel muss es wohl sein, jugendlichen Wählern glaubhaft zu vermitteln, dass man sie, ihre Probleme und Anliegen ernst nimmt.“<sup>366</sup> Die Positionierung von jüngeren PolitikerInnen und eigenen Jugendprogrammen kamen danach.

---

<sup>360</sup> Interview mit Franz Steindl, Anhang, S. 131.

<sup>361</sup> Interview mit Franz Steindl, Anhang, S. 131.

<sup>362</sup> Für den genannten Zeitraum wurden von der SPÖ Burgenland keine Umfrageergebnisse veröffentlicht.

<sup>363</sup> Interview mit Christian Illedits, Anhang, S. 135.

<sup>364</sup> Interview mit Christian Illedits, Anhang, S. 135.

<sup>365</sup> Interview mit Rudolf Strommer, Anhang, S. 139.

<sup>366</sup> Interview mit Johann Tschürtz, Anhang, S. 144.

Bei den Grünen waren es vor allem die Themen, auf die verstärkt junge Menschen ansprechen würden: „Ich glaube, dass wir mit diesem Thema sehr punkten“<sup>367</sup>, war Krojer überzeugt. Man wollte schlichtweg auf authentische Themen setzen: „Es ist auch unsere Haltung gegen die Atomenergie, es ist unsere Haltung im Tierschutzbereich. Das sind einige Bereiche, die ich nennen möchte, bei denen wir, so glaube ich, bei den Jugendlichen punkten. Also nicht, mit speziellen Jugendprogrammen wie Discos, Partys oder sonstiges, sondern inhaltlich.“<sup>368</sup>

### **13.6. Hauptargument in der Diskussion innerhalb der Parteien**

Im Zuge der Interviews wurden die PolitikerInnen nach dem Verlauf der innerparteilichen Diskussion gefragt. Insbesondere die markanten Argumente der GegnerInnen und BefürworterInnen sollten herausgearbeitet werden. Steindl verweist darauf, „dass Jugendliche mit 16 Jahren schon vom Gesetz her sehr vieles machen dürfen, im Bereich der Mündigkeit, im Bereich des Lehrlingswesens usw. und das daher der nächste logische Schritt wäre“<sup>369</sup>. Als Kontra-Argument in Sachen Senkung des Wahlalters erwähnte der ÖVP-Politiker, dass den unter 18-Jährigen insbesondere die politische Reife abgesprochen wurde, die Auswirkungen ihres Wahlverhaltens zu begreifen.

Für Illedits war die „Beeinflussbarkeit der Jugendlichen“<sup>370</sup> ein Gegenargument. Befürwortend sei für Illedits schon die Tatsache an sich, das Wahlrecht auszuweiten. Sein ÖVP-Pendant Strommer rechnete in zu betreuenden Wählergruppen, „deren Wahlverhalten ist nicht klar erkennbar, deren politischer Wille erst Gestalt annehmen muss und so haben das auch die politischen Parteien aus rein ökonomischen Überlegungen möglichst lange hinten angehalten, denn jeder Wahlkampf kostet Geld, kostet Zeit, kostet Engagement, wenn es eine zusätzliche Zielgruppe zu betreuen gilt“<sup>371</sup>.

---

<sup>367</sup> Interview mit Margarethe Krojer, Anhang, S. 148.

<sup>368</sup> Interview mit Margarethe Krojer, Anhang, S. 148.

<sup>369</sup> Interview mit Franz Steindl, Anhang, S. 131.

<sup>370</sup> Interview mit Christian Illedits, Anhang, S. 135.

<sup>371</sup> Interview mit Rudolf Strommer, Anhang, S. 139.

Für die Grünen ging es um politische Aufmerksamkeit: „Das Pro-Argument war einfach, dass sie als Ziel, dass sich eine Gruppe von Menschen, diese 16- bis 18-Jährigen in den Mittelpunkt des politischen Interesses stärker gestellt haben, dass man sich dadurch mit ihren Wünschen stärker auseinandergesetzt hat und überlegt hat, wie kommen wir an diese Jugendlichen heran.“<sup>372</sup> Für Krojer manifestierte sich das stärkste Pro-Argument damit schon im direkten Nutzen für die Jugendlichen selbst. „Das stärkste dagegen war natürlich schon auch diese parteipolitische Ermüdung, die natürlich in der ganzen Bevölkerung breit ist und die vielleicht auch bei den Jungen gegen etablierte Parteien stärker zutage kommt.“<sup>373</sup>

Aus Sicht der Jugendforschung galt es noch andere Argumente zu berücksichtigen: Viele GegnerInnen von „Wählen mit 16“ äußerten unter dem Stichwort „politische Reife“ Vorbehalte hinsichtlich der moralischen, sozialen und geistigen Urteilsfähigkeit junger Menschen. Schenkt man einschlägigen wissenschaftlichen Untersuchungen Glauben, sind Jugendliche aber immer früher reif: „Die Umschichtung des politischen Engagements von den Älteren auf die Jüngeren wurde schon 1992 in der deutschen Shell-Jugendstudie erkannt und als Anzeichen und Teil einer biographischen Beschleunigung der politischen Sozialisation junger Menschen gedeutet.“<sup>374</sup>

„Wählen mit 16“ wird aber auch als eine Frage der Generationengerechtigkeit gesehen: Aus demokratie-theoretischen Aspekten sei eine Wahlaltersenkung schon deshalb umzusetzen, weil die formale Mitbestimmungsmöglichkeit mittels Stimmzettel ein unverwechselbares Merkmal demokratischer Ordnung ist. Auch jungen Menschen muss dieses offen stehen. „Aufgrund der demographischen Bevölkerungsentwicklung (mehr alte Menschen – weniger junge Menschen) verschiebt sich das durchschnittliche Wahlalter kontinuierlich nach oben und das bedeutet wiederum, dass die Zukunftsinteressen und alternativen Problemlösungsansätze alleine durch die prozentuelle Abnahme der Jugendlichen

---

<sup>372</sup> Interview mit Margarethe Krojer, Anhang, S. 148.

<sup>373</sup> Interview mit Margarethe Krojer, Anhang, S. 149.

<sup>374</sup> Ingrid Kromer (2006): „Wählen heißt, erwachsen werden!“ Diskussion über Wahlaltersenkung in Österreich, in Jugendpolitik – Zeitschrift des Deutschen Bundesjugendrings, 3/2006: S. 30.

an den Wahlberechtigten in der Politik immer weniger Berücksichtigung finden werden.“<sup>375</sup>

Die Bundesjugendvertretung formuliert es in einem abschließenden Appell in ihrer Broschüre „Wal (16) – Geh zu den Wahlen!“ noch eindringlicher: „Die demographische Entwicklung ist nur dann demokratiepolitisch gefährlich, wenn junge Menschen weiterhin von Entscheidungsstrukturen ausgeschlossen werden. Umso wichtiger ist es daher, sie stärker einzubeziehen und aktiv mitgestalten zu lassen“.<sup>376</sup>

### **13.7. Diskussion zu „Wählen mit 16“ auf Bundesebene**

„Die Burgenländische ÖVP hat immer eine Pro-Haltung eingenommen.“<sup>377</sup> So antwortete ÖVP-Chef Steindl auf die Frage nach der Diskussion zu „Wählen mit 16“ auf nationaler Ebene. Die Antwort erscheint ein wenig verkürzt, betrachtet man die unterschiedlichen Aussagen im Laufe der Diskussion zur Wahlaltersenkung, wie sie in der vorliegenden Diplomarbeit dokumentiert wird.

Einfacher tat sich hier SPÖ-Klubchef Illedits: „In der Geschichte war damals die SPÖ die einzige Partei, die zur Wahlaltersenkung vehement gestanden ist, und mittlerweile ist diese Geschichte, ich hab es nicht genau im Kopf, 15 bis 18 Jahre alt, also zu meiner Zeit in der SJ war es noch nicht Thema, also es war irgendwann später.“<sup>378</sup> Illedits räumte aber ein, dass die Diskussion danach wieder abgeflacht ist. Erst Jahre später konnte man die politische Umsetzung der Forderungen vermelden.

Strommer bestärkte hingegen die Sichtweise seines ÖVP-Landesparteiobmannes Steindl: „Für die burgenländische ÖVP war Vorreiter der Jugendreferent der Burgenländischen Landesregierung LH-Stv. Mag. Franz Steindl. Er hat die

---

<sup>375</sup> Ingrid Kromer (2006): „Wählen heißt, erwachsen werden!“ Diskussion über Wahlaltersenkung in Österreich, in *Jugendpolitik – Zeitschrift des Deutschen Bundesjugendrings*, 3/2006: S. 30.

<sup>376</sup> Österreichische Bundesjugendvertretung (2005): *Wal (16), Geht zu den Wahlen*, S.26.

<sup>377</sup> Interview mit Franz Steindl, Anhang, S. 131.

<sup>378</sup> Interview mit Christian Illedits, Anhang, S. 135.



Wahlaltersenkung immer betrieben.“<sup>379</sup> Auch im ÖVP-Landtagsklub sei „vehement“<sup>380</sup> an der Umsetzung gearbeitet worden, „bis schlussendlich auch die Entscheidungsfindungen in seinem Sinne gefallen sind, und es war sicher das Burgenland bei der Senkung des Wahlalters bei Landtags- und Gemeinderatswahlen auch positiv verantwortlich, dass auf Bundesebene das auch schlussendlich durchgesetzt wurde.“<sup>381</sup>

Für die FPÖ Burgenland verlief die befürwortende und kritische Diskussion über eine Senkung des Wahlalters auf Bundesebene ähnlich der Diskussion über eine Senkung des Wahlalters auf Landesebene. Gleichsam als Bonus konnten die BefürworterInnen die wohl guten Erfahrungen (Wahlbeteiligung) mit der Senkung des Wahlalters auf Landesebene anführen. Die Haltung der Parteien war „einhellig positiv“<sup>382</sup>, bestätigt Tschürtz den Pro-Kurs.

Für die Grünen war eine unterschiedliche Diskussion auf Landes- und Bundesebene kein Thema: Krojer führte an, dass seit ihrem Beitritt zu den Grünen die „Wahlaltersenkung auf 16 diskutiert und befürwortet“<sup>383</sup> werde. In keinem Gremium sei hierzu kontroversiell diskutiert worden.

### **13.8. Auswirkungen der Wahlaltersenkung auf die Parteien**

ÖVP-Landesparteibeamten Franz Steindl sah „sehr gravierende“<sup>384</sup> Veränderungen und begründete dies damit, dass „Parteien nicht mehr nur mit Organisation Wählerstimmen maximieren können, sondern weil sie den Jugendlichen dementsprechend auch über Inhalt und über jugendliche Persönlichkeiten vermitteln müssen, dass sie für die jugendlichen Anliegen stehen“<sup>385</sup>.

---

<sup>379</sup> Interview mit Rudolf Strommer, Anhang, S. 140.

<sup>380</sup> Interview mit Rudolf Strommer, Anhang, S. 140.

<sup>381</sup> Interview mit Rudolf Strommer, Anhang, S. 140.

<sup>382</sup> Interview mit Johann Tschürtz, Anhang, S. 144.

<sup>383</sup> Interview mit Margarethe Krojer, Anhang, S. 149.

<sup>384</sup> Interview mit Franz Steindl, Anhang, S. 132.

<sup>385</sup> Interview mit Franz Steindl, Anhang, S. 132.

Sein SPÖ-Kollege Illedits konkretisierte diese Veränderungen und sprach auch von „Druck“<sup>386</sup> innerhalb der Partei: „Natürlich bekommen die erwachsenen Mandatäre Druck, weil die Jugendlichen natürlich ihre Vertreter im relevanten Alter in den Parteien fordern, aber das kann natürlich nicht von heute auf morgen passieren, es passiert aber sukzessive.“<sup>387</sup>

### **13.9. Landesentwicklungsplan und begleitende Maßnahmen**

Als zuständiges Regierungsmitglied bejahte Franz Steindl diese Frage nach einem generellen, die Wahlaltersenkung begleitenden Leitplan: „Wir haben gemeinsam mit den Jugendlichen schon vorher einen Jugendleitplan erstellt. Der ist mit Jugendlichen diskutiert worden, ist im Jugendbeirat beschlossen worden und wurde dann sukzessive umgesetzt.“<sup>388</sup> Er nannte mehrere darauffolgende Projekte des Landesjugendreferates als „Ausfluss“<sup>389</sup> dieses Leitplanes.

Auch Klubobmann Illedits sah solche Leitlinien, allerdings nur für „jede politische Partei für sich“<sup>390</sup>. Als „definitiv“<sup>391</sup> bezeichnet hätte man diese Leitlinien nicht, aber sie seien in der Umsetzung von „Wählen mit 16“ deutlich erkennbar.

Strommer sprach zwar von keinem Leitplan, war aber ebenfalls der Auffassung, dass sich die Politik „dieser Gruppe wirklich besonders angenommen“<sup>392</sup> hat. Begründet wurde dies insbesondere dadurch, „weil das Wahlverhalten ja nicht klar war“<sup>393</sup> und die Parteien in dieser Altersgruppe offensichtlich schon zur Sicherheit etwas intensiver um Zustimmung geworben hätten.

Für die FPÖ Burgenland waren bereits ihre Programme im weitesten Sinn ein „Landesentwicklungsplan“<sup>394</sup>: „Ich verstehe unter einem ‚Landesentwicklungsplan‘ ein politisches Konzept, das auf zukünftige Herausforderungen angemessen

---

<sup>386</sup> Interview mit Christian Illedits, Anhang, S. 136.

<sup>387</sup> Interview mit Christian Illedits, Anhang, S. 136.

<sup>388</sup> Interview mit Franz Steindl, Anhang, S. 132.

<sup>389</sup> Interview mit Franz Steindl, Anhang, S. 132.

<sup>390</sup> Interview mit Christian Illedits, Anhang, S. 136.

<sup>391</sup> Interview mit Christian Illedits, Anhang, S. 136.

<sup>392</sup> Interview mit Rudolf Strommer, Anhang, S. 141.

<sup>393</sup> Interview mit Rudolf Strommer, Anhang, S. 141.

<sup>394</sup> Interview mit Johann Tschürtz, Anhang, S. 145.

reagiert. Selbstverständlich sind die Anliegen und Bedürfnisse Jugendlicher Teil dieses Konzeptes<sup>395</sup>, meinte Klubobmann Tschürtz.

„Mir ist nichts bekannt, dass es dazu eine Initiative gegeben hätte“<sup>396</sup>, beantwortete die Landessprecherin der Grünen, Margarethe Krojer, die Frage nach einem Landesentwicklungsplan in Sachen Wahlaltersenkung. Sie bedauert allerdings auch, dass die Grünen selbst zu wenig in Aktion getreten sind, für eine Wahlaltersenkung Stimmung zu machen. Als möglichen Grund führt Krojer an, dass sich die Grünen im Gegenzug dazu viel intensiver mit politischen Angeboten für junge Menschen beschäftigt hatten.

Auf Bundesebene gab es zwar auch keinen Entwicklungsplan zu „Wählen mit 16“, allerdings startete die gesetzlich verankerte Bundesjugendvertretung (BJV) im Jahr 2006 eine bundesweite Informationskampagne für Jung- und ErstwählerInnen. „Die Bundesjugendvertretung ist die gesetzliche Interessensvertretung der jungen Menschen in Österreich. 43 österreichische Kinder- und Jugendorganisationen, die unterschiedliche Ziele und weltanschauliche Hintergründe haben, sind in ihr vertreten“.<sup>397</sup>

Unter dem Titel „vote4future“ machten die JugendvertreterInnen vor nationalen und regionalen Urnengängen für eine möglichst hohe Beteiligung junger WählerInnen mobil. Die parteiunabhängige Kampagne setzte sich aber nicht nur für eine hohe Wahlbeteiligung ein, sondern forcierte gleichzeitig die Senkung des Wahlalters auf 16. Neben einer eigenen Website und einschlägigem Werbematerial bestand die Kampagne vor allem aus der „Tour d’Autriche“<sup>398</sup>, einer Tour durch alle Bundesländer mit etwa 100 Stationen, sowie größeren Diskussionsveranstaltungen.<sup>399</sup>

---

<sup>395</sup> Interview mit Johann Tschürtz, Anhang, S. 145.

<sup>396</sup> Interview mit Margarethe Krojer, Anhang, S. 149.

<sup>397</sup> Maria Lettner (2006): [www.vote4future.at](http://www.vote4future.at). Österreichische Informationskampagne für Jung- und Erstwähler/innen, in *Jugendpolitik – Zeitschrift des Deutschen Bundesjugendrings*, 3/2006: 28.

<sup>398</sup> Maria Lettner (2006): [www.vote4future.at](http://www.vote4future.at). Österreichische Informationskampagne für Jung- und Erstwähler/innen, in *Jugendpolitik – Zeitschrift des Deutschen Bundesjugendrings*, 3/2006: 28.

<sup>399</sup> Vgl. Maria Lettner (2006): [www.vote4future.at](http://www.vote4future.at). Österreichische Informationskampagne für Jung- und Erstwähler/innen, in *Jugendpolitik – Zeitschrift des Deutschen Bundesjugendrings*, 3/2006: 28.

### **13.10. Innerparteiliche Demokratie und Kandidaturen**

Die Frage nach innerparteilichen Auswirkungen der Wahlaltersenkung beantwortete ein Großteil der Befragten mit einem schlichten Ja und bestätigte damit, dass die Altersgruppe der 16- bis 18-Jährigen bzw. deren Vertreter in Gremien bei der innerparteilichen Demokratie, bei den Kandidaturen, der Listenerstellung berücksichtigt wurde. Ein klares Ja hierzu kam von Steindl, Illedits und Tschürtz.

ÖVP-Klubobmann Strommer argumentierte dahingehend, dass sich politische Parteien grundsätzlich „auf die neuen Gegebenheiten eingestellt“<sup>400</sup> hätten. Trotz höherem Informationsgrad und den Möglichkeiten, neue Medien einzusetzen, brauchten auch die 16- und 17-Jährigen von heute „Idole“<sup>401</sup>, die ein Vorbild sind. Er unterstrich damit die „besondere Verantwortung“<sup>402</sup> junger PolitikerInnen für ihre Altersgruppe.

„Wenn man junge Leute ansprechen will, dann tun das natürlich junge Leute eher und ich glaube, dass die jungen Leute mehr Chancen haben, in den Parteien zu punkten, weil sie natürlich auch ein gutes personelles Angebot darstellen“<sup>403</sup>, antwortete Krojer auf die Frage.

### **13.11. Änderung der Einstellung junger Menschen zur Politik**

Landesjugendreferent Steindl sah in der Wahlaltersenkung ein kräftiges „Signal“<sup>404</sup> an junge Menschen. „Ich glaube, dass sich Jugendliche sehr wohl im positiven als auch im negativen Sinne angesprochen gefühlt haben“<sup>405</sup>, war Steindl überzeugt. Als Beweis dafür sah er das Engagement junger Menschen seit den Kommunalwahlen 2007, bei denen sich die Zahl an JugendgemeinderätInnen deutlich erhöht hatte.

---

<sup>400</sup> Interview mit Rudolf Strommer, Anhang, S. 141.

<sup>401</sup> Interview mit Rudolf Strommer, Anhang, S. 141.

<sup>402</sup> Interview mit Rudolf Strommer, Anhang, S. 141.

<sup>403</sup> Interview mit Margarethe Krojer, Anhang, S. 150.

<sup>404</sup> Interview mit Franz Steindl, Anhang, S. 132.

<sup>405</sup> Interview mit Franz Steindl, Anhang, S. 132.

Klubobmann Illedits war der Meinung, dass sich viele Veränderungen erst mit der Zeit einstellen werden. „Zum zweiten glaube ich schon, dass sich junge Menschen der Tragweite der Entscheidungen, die sie mit ihrer Stimmen beeinflussen, bewusst sind, und damit automatisch eine politische Diskussion über Zufriedenheit und Unzufriedenheit passiert und damit hat man die politische Auseinandersetzung, auch wenn junge Menschen diese nicht als politische Auseinandersetzung wahrnehmen.“<sup>406</sup>

Auf die Frage, ob sich die Wahlrechtsänderung auf die grundsätzliche Einstellung junger Menschen zu Politik und Parteiarbeit auswirkt, schlug FPÖ-Klubchef Tschürtz eine Antwort mit dem Argument aus, dass „man diese Frage an junge Menschen richten müsste“<sup>407</sup>. Ist die Wahlaltersenkung ein Instrument, mehr junge Menschen für Politik und Parteiarbeit zu interessieren? Auch bei dieser Frage reagierte Tschürtz skeptisch: „Das tatsächliche Ausmaß ist schwierig abzuschätzen. Jedenfalls scheint das Interesse gestiegen zu sein. Viele Jugendliche sind sich der Tatsache bewusst, dass sie wichtige Entscheidungen zu treffen haben und beschäftigen sich daher intensiver mit der Politik und unter Umständen auch mit der Arbeit der Parteien.“<sup>408</sup>

Margarethe Krojer meinte hierzu: „Ich glaube, wenn man mit 16 wählen gehen darf, beschäftigt man sich damit und das könnte mitunter negativ sein, denn so wie sich die beiden Großparteien jetzt darstellen, ist es nicht sehr angetan, parteipolitisches positives Interesse bei den Jungen zu wecken.“<sup>409</sup>

### **13.12. Zusammenfassung der Interviews**

Wenn man die Ergebnisse der Interviews zusammenfassend betrachtet, sind folgende Kernaussagen feststellbar: Alle InterviewpartnerInnen bewerteten „Wählen mit 16“ grundsätzlich als positiv. Alle Befragten stimmten zu, dass die Wahlaltersenkung die jungen Menschen noch mehr in den Fokus der Politik und PolitikerInnen gerückt hat.

---

<sup>406</sup> Interview mit Christian Illedits, Anhang, S. 137.

<sup>407</sup> Interview mit Johann Tschürtz, Anhang, S. 145.

<sup>408</sup> Interview mit Johann Tschürtz, Anhang, S. 145.

<sup>409</sup> Interview mit Margarethe Krojer, Anhang, S. 150.

Alle InterviewpartnerInnen bejahten die Vorreiterrolle des Burgenlandes in der Diskussion um die Wahlaltersenkung auf Bundesebene.

Bemerkenswert waren dabei die Statements der beiden ÖVP-Vertreter: Steindl wie Strommer gaben zwar zu, dass nicht alle FraktionskollegInnen von Anfang an für „Wählen mit 16“ plädierten, gaben aber an, immer für eine Wahlaltersenkung (auf allen Ebenen) eingetreten zu sein.

Auch auf die innerparteiliche Demokratie und die jüngeren ParteikollegInnen hat die Wahlaltersenkung nach Meinung der InterviewpartnerInnen Einfluss genommen. Jungen Menschen wird nicht nur in der Position als WählerInnen, sondern auch als KandidatInnen und KonkurrentInnen mehr Beachtung seitens der politischen AkteurInnen geschenkt.

## **14. Ein Ausblick auf die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen 2012**

Am 7. Oktober 2012 werden die BurgenländerInnen in allen 171 Gemeinden zu den Wahlen gerufen, um ihre BürgermeisterInnen und GemeinderätInnen für die nächste Wahlperiode zu bestimmen.<sup>410</sup> Wie bei vorangegangenen Wahlen wurden Ziele und Erwartungen von den Parteien bereits im Vorfeld formuliert. Bei dieser Wahl sollen die jüngeren WählerInnen einen besonderen Stellenwert erhalten. Dies wurde bereits um den Jahreswechsel 2011/2012 klar, als die Großparteien SPÖ und ÖVP ihre Jahresprogramme den Medien und damit der Öffentlichkeit präsentierten:

Auf zwei Zielgruppen will die SPÖ Burgenland besonders zugehen – Frauen und Jugendliche: „Mit sieben Bürgermeisterinnen haben die Sozialdemokraten als einzige Partei Frauen in den Top Jobs der Kommunalpolitik.“<sup>411</sup> Besonders junge Menschen sollen als WählerInnen und KandidatInnen beworben werden. Als klares Zeichen der Öffnung der Partei wird im Juni 2012 ein Landesparteitag abgehalten, an dem auch Interessierte und Nicht-Mitglieder der SPÖ teilnehmen können.

Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl (ÖVP) erinnerte anlässlich des 10-Jahres-Jubiläums der Wahlalterssenkung bei Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen im Jahr 2002 daran, dass „Wählen mit 16“ mit der Unterstützung aller Landtagsparteien eingeführt wurde: „Es hat eine breite Basis und wir haben damit sehr gute Erfahrungen gemacht.“<sup>412</sup> Auf diese Aussage reagierte SJ-Vertreter Kilian Brandstätter: „Die Sozialistische Jugend und die SPÖ seien ‚treibende Kraft bei diesem demokratiepolitischem Durchbruch zugunsten der Jugend‘ gewesen. Die Landes-ÖVP habe zuvor mit einer Landtagsinitiative der SPÖ ‚aus der Reserve gelockt‘ werden müssen.“<sup>413</sup> Für die Gemeinderatswahl 2012 formulierte ÖVP-Landesparteiobmann Franz Steindl klare Zielvorgaben bei

---

<sup>410</sup> Vgl. APA, 05.03.2012: Kommunalwahl Burgenland - Vorläufiger Wahlkalender steht.

<sup>411</sup> APA, 09.01.2012: Burgenland-Kommunalwahl - SPÖ will mehr Ortschaften und Mandate.

<sup>412</sup> APA, 18.01.2012: Zehn Jahre Wahlalterssenkung im Burgenland - ÖVP bilanziert positiv.

<sup>413</sup> APA, 18.01.2012: Zehn Jahre Wahlalterssenkung im Burgenland - ÖVP bilanziert positiv.

den jungen GemeinderätInnen: „Die ÖVP will bei der Kommunalwahl im Oktober bei den jungen Gemeinderäten um 100 zulegen.“<sup>414</sup>

Für die Kommunalwahlen 2012 sah die FPÖ „Potenzial“<sup>415</sup> im Bereich der Jugend. Landesobmann Johann Tschürtz: „Man dürfe aber nicht vergessen, ‚dass es jemand mit 20 Jahren schwerer haben wird, in den Gemeinderat zu kommen, weil man natürlich als Jugendlicher mehr Kraft braucht‘, meinte Tschürtz.“<sup>416</sup> In zumindest 80 Gemeinden wollen die Freiheitlichen KandidatInnen ins Rennen schicken. Insbesondere setzen die Freiheitlichen auf den Ausbau direkter Demokratie auf Gemeindeebene<sup>417</sup>: „Wir wollen zum Beispiel, dass die Bevölkerung Anträge stellen kann im Gemeinderat.“<sup>418</sup> Dazu soll lediglich jene Zahl an Unterstützungsunterschriften nötig sein, die auch für das Erlangen eines Gemeinderatsmandates erforderlich wäre. „Die Unterschriften müssten bei jedem Antrag neu gesammelt werden. Man wolle auch, dass die Bevölkerung im Rahmen einer Fragestunde vor einer Gemeinderatssitzung dem Bürgermeister Fragen stellen kann.“<sup>419</sup>

Auch bei Burgenlands Grünen laufen die Vorbereitungen auf die Gemeinderatswahl auf Hochtouren. „Beim Urnengang im Jahr 2007 erreichte die Partei landesweit 2.700 Stimmen sowie 1,39 Prozent und kam auf 20 Gemeinderatsmandate.“<sup>420</sup> Landessprecher Michel Reimon will diese Werte deutlich steigern und verweist auf die Stärke der Grünen in den sieben Bezirksvororten: Zumindest hier sei man in fünf Gemeinderäten mit grünen MandatarInnen vertreten.

Seitens der Liste Burgenland gab es vorerst keine Erklärung über Zielsetzungen bei der Bürgermeister- und Gemeinderatswahl 2012.

---

<sup>414</sup> APA, 24.04.2012: Kommunalwahl Burgenland: VP will 100 junge Gemeinderäte mehr.

<sup>415</sup> APA, 24.11.2011: Burgenland-Gemeinderatswahl 2012 – FPÖ will mehr direkte Demokratie.

<sup>416</sup> APA, 24.11.2011: Burgenland-Gemeinderatswahl 2012 – FPÖ will mehr direkte Demokratie.

<sup>417</sup> Vgl. „Kurier“ vom 03.03.2012, S. 19: FPÖ strebt Stichwahlen und 100 Mandate an.

<sup>418</sup> APA, 24.11.2011: Burgenland-Gemeinderatswahl 2012 – FPÖ will mehr direkte Demokratie.

<sup>419</sup> APA, 24.11.2011: Burgenland-Gemeinderatswahl 2012 – FPÖ will mehr direkte Demokratie.

<sup>420</sup> APA, 09.11.2011: Burgenlands Grüne wollen bis zur Kommunalwahl 2012 neue Ortsgruppen.



Bemerkenswert war hierbei auch der Bürgermeisterwechsel in der Gemeinde Mörbisch am See: Der erst 25-jährige Jürgen Marx wurde vom Gemeinderat zum jüngsten Bürgermeister Österreichs gewählt.<sup>421</sup> In einer Pressekonferenz stellte der junge Kommunalpolitiker, der 2010 bereits Kandidat zum Burgenländischen Landtag war, jedoch klar, dass sein Antritt zur Direktwahl des Bürgermeisters im Oktober noch nicht endgültig fixiert sei. Er wolle sich zunächst bewähren und dann mit seinem SPÖ-Team über eine Kandidatur beraten.<sup>422</sup>

Bei der Gemeinderatswahl am 6. Oktober 2002, den Landtagswahlen am 9. Oktober 2005, der Gemeinderatswahl am 7. Oktober 2007, den Landtagswahlen am 30. Mai 2010 und der Nationalratswahl am 28. September 2008 und der Wahl des Bundespräsidenten am 25. April 2010 waren bisher 16- und 17-jährige BurgenländerInnen wahlberechtigt. „Somit hat das Burgenland die längste Tradition von ‚Wählen mit 16‘.“<sup>423</sup>

---

<sup>421</sup> Vgl. „Kronen Zeitung“ vom 20.03.2012, S. 26: Im Festspiel-Mekka Mörbisch zieht ab sofort ein neuer Ortschef die...

<sup>422</sup> Vgl. ORF Burgenland (2012): Marx doch nicht Spitzenkandidat im Herbst?, Online im Internet unter <http://burgenland.orf.at/news/stories/2518724/>, 15.05.2012.

<sup>423</sup> Roland Fürst (2012): Jugend zwischen Politikfrust und Weltverbesserung, in: Georg Pehm/Peter Plaikner (2012): Burgenländisches Jahrbuch für Politik 2011/2012, Wien, S. 82.

## 15. Resümee

Die empirische Analyse und Datenauswertung zu dieser Diplomarbeit hat die aufgestellte Hypothese, dass „Wählen mit 16“ die Altersgruppe der 16- bis 18-Jährigen verstärkt zur relevanten Zielgruppe politischer Parteien gemacht hat, bestätigt. Insbesondere die qualitativen Interviews mit SpitzenpolitikerInnen der im Burgenländischen Landtag vertretenen Parteien haben gezeigt, dass die Wahlaltersenkung nicht nur in der politischen Anfangsplanung, sondern auch in den jeweiligen Wahlkämpfen eine besondere Rolle spielt. Die Zielgruppe „Jugend“ hat für alle Parteien einen wesentlichen Stellenwert, der weit über das reale politische Gewicht der Wählerschicht hinausgeht (siehe S. 47).

Die Entwicklung und Intensivierung von Jugendkampagnen sowie die Anzahl der JugendkandidatInnen und jugendlichen MandatarInnen stehen in direktem Zusammenhang zu den erfolgten Wahlaltersenkungen.

Zwei Auffälligkeiten kommen im Zuge der Datenauswertung und Interviews besonders zum Vorschein:

1. Die Wahlaltersenkung wurde von den jeweiligen VerhandlungspartnerInnen, den vier Landtagsparteien, als Faustpfand eingesetzt. Immer wieder wurden mit „Wählen mit 16“ auch andere politische Forderungen – beispielsweise die Ausgestaltung des Wahlrechtes für LandesbürgerInnen ohne Hauptwohnsitz im Burgenland – eng verwoben, die zwar in der politischen Diskussion vermengt wurden, sachlich gesehen aber nichts gemeinsam hatten.
2. „Wählen mit 16“ wurde jeweils konkret vor Wahlterminen umgesetzt und in der Legistik verankert. In den „wahl(kampf)freien Perioden“ wurde zwar diskutiert, jedoch bedurfte es immer eines gewissen Zeitdrucks, der eine politische Entscheidung zugunsten des Wahlrechtes für junge Menschen veranlasste. Vorwahlkampfzeiten wurden de facto zu Katalysatoren der Wahlaltersenkung – das traf für die Bürgermeister- und

Gemeinderatswahlen 2002 und die Landtagswahlen 2005 gleichermaßen zu.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass alle Landtagsparteien die ersten Urnengänge mit 16- und 17-jährigen WählerInnen als „Testwahlen“ verstanden (siehe S. 49). Das Urteil der vermeintlichen Testphasen fiel eindeutig aus: Alle interviewten SpitzenpolitikerInnen begrüßten die Ausweitung des Wahlrechtes und verwiesen auf die relativ hohe Wahlbeteiligung der jüngeren WählerInnen.

Bei aller Euphorie über Wahlbeteiligung und offensichtlicher Pionierleistung der BurgenländerInnen kann „Wählen mit 16“ aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich viele politische VerantwortungsträgerInnen Sorgen um die demokratiepolitische Weiterentwicklung machen und junge Menschen aus ihrer Sicht in dieser Entwicklung eine zentrale Rolle spielen. Viele ParteipolitikerInnen haben Nachwuchssorgen. Zu hoch sei die zeitliche und psychische Anforderung an die Person, viel zu gering seien der Dank und die finanzielle Aufwandsentschädigung für die erbrachte Leistung.<sup>424</sup>

Die Wahlaltersenkung hat die Wählergruppe der unter 18-Jährigen zumindest für eine bestimmte Zeit in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt. Viele junge GemeinderätInnen wurden 2002 und 2007 in das Kommunalparlament ihrer Gemeinde gewählt. Damit gelang eine deutliche Verjüngung unter den MandatarInnen und diese soll auch weiter vorangetrieben werden.

Diese Tatsache könnte dazu beitragen, die eine oder andere Sorgenfalte in der Frage um die Nachfolge in politischen Ämtern und Funktionen zu verringern. Bleibt lediglich zu hoffen, dass sich die jungen Menschen einerseits ihrer in demokratischer Wahl legitimierten Verantwortung bewusst sind und andererseits die erfahrenen MandatarInnen ihre jüngeren KollegInnen als vollwertige EntscheidungsträgerInnen akzeptieren.

---

<sup>424</sup> Vgl. „Kurier“ vom 22.10.2008, S. 19: Bis zu 50 Prozent mehr. Höheres Gehalt für Bürgermeister.

Die zwei wichtigsten Kriterien – gelebte Verantwortung und gegenseitige Akzeptanz – tragen dazu bei, das Bewusstsein entstehen zu lassen, generationenübergreifend die politischen Entscheidungen für die Zukunft einer Gemeinde, eines Bundeslandes und letztlich der Republik ausgewogen zu treffen.

## **A. Literatur- und Quellenverzeichnis**

### **a. Monographien und Sammelwerke**

Bernauer, Thomas/Jahn, Detlef/Kuhn, Patrick/Walter, Stefanie (2009): Einführung in die Politikwissenschaft, Baden-Baden.

Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Talos, Emmerich (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien.

Fischer, Heinz [Hrsg.] (1982): Das politische System Österreichs, Wien.

Funk, Bernd-Christian (2003): Einführung in das österreichische Verfassungsrecht, Wien.

Lins, Stefan (2008): Partizipative Demokratie in Österreich. Möglichkeiten zur politischen Beteiligung auf regionaler und kommunaler Ebene, Diplomarbeit, Innsbruck.

Nohlen, Dieter [Hrsg.] (2001): Kleines Lexikon der Politik, München.

Öhlinger, Theo (2009): Verfassungsrecht, Wien.

Rosenberger, Sieglinde/Pelinka, Anton (2002): Österreichische Politik. Grundlagen - Strukturen – Trends, Wien

Rosenberger, Sieglinde/Seeber, Gilg (2008): Wählen, Wien.

Schmidt, Manfred G. (1997): Demokratietheorien, Augsburg.

Schlichte, Klaus (2005): Einführung in die Arbeitstechniken der Politikwissenschaft, Wiesbaden.

Stykow, Petra/Daase, Christopher /MacKenzie, Janet /Moosauer, Nikola (2010): Politikwissenschaftliche Arbeitstechniken, Paderborn.

Ucakar, Karl (1985): Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik, Wien.

Unger, Günther (2004): Familienalbum. Zur Geschichte der ÖVP im Burgenland, Eisenstadt.

Walter, Robert/Mayer, Heinz/Kucsco-Stadlmayer, Gabriele (2007): Bundesverfassungsrecht, Wien.

Wenzl, Reinhard (1999): Das burgenländische Jahrhundert. Prominente erinnern sich, Ebreichsdorf.

## **b. Beiträge in Sammelwerken, Jahrbüchern und Fachzeitschriften**

Aigner, Dagmar (2006): Die Landtage, in: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Talos, Emmerich (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 959.

Blümel, Barbara-Anita (2004): Wahlen zum österreichischen Parlament, in: Forum Politische Bildung [Hrsg.], Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 21, 2004, Von Wahl zu Wahl, Wien.

Dachs, Herbert (2006): Parteiensysteme in den Bundesländern, in: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Talos, Emmerich (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 10008.

Dachs, Herbert (2008): Verschiedene Modelle der Demokratie, in: Forum Politische Bildung (2008): Jugend – Demokratie – Politik, Informationen zur Politischen Bildung, Bd. 28, Innsbruck-Bozen-Wien, S. 26.

Dax, Wolfgang (1997): Die Bedeutung der Landesparlamente in Österreich; in: Merten, Detlef (1997): Die Stellung der Landesparlamente aus deutscher, österreichischer und spanischer Sicht, S. 86.

Fallend, Franz (2006): Bund-Länder-Beziehungen, in: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Talos, Emmerich (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien.

Fallend, Franz (2006): Landesregierung und Landesverwaltung, in: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Talos, Emmerich (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 974.

Fürst, Roland (2012): Jugend zwischen Politikfrust und Weltverbesserung, in: Pehm, Georg/Plaiker, Peter (2012): Burgenländisches Jahrbuch für Politik 2011/2012, Wien, S. 82.

Gehler, Michael (2006): Die Zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt. Historischer Überblick (1945-2005), in: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Talos, Emmerich (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 35.

Karlhofer, Ferdinand (2007): Wählen mit 16: Erwartungen und Perspektiven, in: Der WählerInnenwille (2007), Forum Politische Bildung, Innsbruck-Bozen-Wien, S. 37.

Kromer, Ingrid (2006): „Wählen heißt, erwachsen werden!“ Diskussion über Wahlaltersenkung in Österreich, in: Jugendpolitik – Zeitschrift des Deutschen Bundesjugendrings, 32(3).

Kurz, Sebastian (2012): Mehr Demokratie für Österreich, in: Österreichische Monatshefte, 02/2012, S. 27.

Lettner, Maria (2006): [www.vote4future.at](http://www.vote4future.at). Österreichische Informationskampagne für Jung- und Erstwähler/innen, in: Jugendpolitik – Zeitschrift des Deutschen Bundesjugendrings, 32(3).

Luther, Kurt Richard (2006): Die Freiheitliche Partei Österreichs und das Bündnis Zukunft, in: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Talos, Emmerich (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 364.

Mojzis, Michaela (2007): Das Demokratiepaket 2007 – oder auch: je mehr wählen, desto besser!, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 2007, Wien.

Müller, Wolfgang C. (2006): Der Bundespräsident, in: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Talos, Emmerich (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 188.

Müller, Wolfgang C. (2006): Die Österreichische Volkspartei, in: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Talos, Emmerich (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 341.

Müller, Wolfgang C. (2006): Parteiensystem: Rahmenbedingungen, Format und Mechanik des Parteienwettbewerbs, in: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Talos, Emmerich (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 279.

Nohlen, Dieter (2001): Wahlsysteme, in: Nohlen, Dieter [Hrsg.] (2001): Kleines Lexikon der Politik, München.

Pehm, Georg/Plaiker, Peter (2012): Burgenländisches Jahrbuch für Politik 2011/2012, Wien.

Schefbeck, Günther (2006): Das Parlament, in: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Talos, Emmerich (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 139.

Steininger, Barbara (2006): Gemeinden, in: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Talos, Emmerich (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 990.

Ucakar, Karl (2006): Sozialdemokratische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller,

Wolfgang C./Taloz, Emmerich (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 322.

Ucakar Karl (2006): Verfassung – Geschichte und Prinzipien, in: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Taloz, Emmerich (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 119.

Widder, Helmut (1981): Die neue Burgenländische Landesverfassung, in: Khol, Andreas /Stirnemann, Alfred (1981): Österreichisches Jahrbuch für Politik `81, Wien, S. 54.

### **c. Forschungsberichte**

Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesjugendreferat (2004): Jugendstudie Burgenland 2004, Eisenstadt.

Jugend für Arbeit und Bildung im Burgenland (2008): Sag's Ihnen.

ORF Burgenland (2010): Wahltagbefragung und Wählerstromanalyse, Landtagswahl Burgenland, 12.05.2012.

ÖVP Burgenland (2010): Wahltagbefragung zur Landtagswahl 2010, mir persönlich zugängliche Unterlagen der ÖVP-Landesparteileitung Burgenland, 12.05.2012.

### **d. Dokumente**

Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesjugendreferat (2004): Jugendstudie Burgenland 2004, Eisenstadt.

Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesjugendreferat (2006): Jugendbericht 2006, Eisenstadt.

Burgenländischer Landtag, XVIII. Gesetzgebungsperiode, Wortprotokoll.

Burgenländischer Landtag, XIX. Gesetzgebungsperiode, Wortprotokoll.

Junge ÖVP Burgenland (2002): Landestag 2002, mir persönlich zugängliche Unterlagen der Jungen, 14.05.2012.

Österreichische Bundesjugendvertretung (2005): Wal (16). Geht zu den Wahlen!

ÖVP Burgenland (2005): LTW-Übersicht 2005, mir persönlich zugängliche Unterlage der ÖVP-Landesparteileitung Burgenland, 14.05.2012.



ÖVP Burgenland (2007): Presseaussendung vom 17.04.2007, mir persönlich zugängliche Presseunterlagen-Archiv der ÖVP-Landesparteileitung Burgenland, 14.05.2012.

ÖVP Burgenland (2010): Vorwahlstatut zur Landtagswahl 2010, mir persönlich zugängliche Unterlagen der ÖVP-Landesparteileitung Burgenland, 10.05.2012.

ÖVP Burgenland (2010): internes Informationsblatt für die Mitglieder der Landeswahlbehörde, mir persönlich zugängliche Unterlage der ÖVP-Landesparteileitung Burgenland, 14.05.2012.

ÖVP Burgenland (2011): Landesparteiorganisationsstatut Burgenland vom 14. Mai 2011.

### **e. Periodika, Tageszeitungen und Magazine**

„BVZ“ vom 21.04.2010, S. 3: Die Männer im Hintergrund.

„Die Presse“ vom 08.10.2002, S. 7: Praxistest.

„Die Presse“ vom 11.11.2006, S. 1: Mehrheit gegen Mehrheitswahlrecht.

„Die Presse am Sonntag“ vom 15.04.2012, S. 6: Spindelegger will JVP-Paket der SPÖ vorlegen.

„Die Presse“ vom 11.05.2012, S. 3: Zeitplan für Demokratie-Paket hält nicht.

„Der Standard“ vom 27.10.2006, S. 3: Doppelte Wahlgänge mit Absprachen Einige Länder gehen ungewöhnliche Wege zur Umsetzung des Wählerwillens.

„Der Standard“ vom 31.5.2010, S. 3: Niessl sprach die Wähler an – aber zu wenige.

„Der Standard“ vom 29.03.2012, S. 4: Durchbruch für Wahlrechtsreform in Italien.

„Der Standard“ vom 19.04.2012, S. 8: „Denken definitiv nicht an einen Systemwechsel“

Forum Politische Bildung (Hrsg.), Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 21, 2004, Von Wahl zu Wahl, Wien.

Fürst, Roland (2012): Jugend zwischen Politikfrust und Weltverbesserung, in:

Pehm, Georg/Plaiker, Peter (2012): Burgenländisches Jahrbuch für Politik 2011/2012, Wien, S. 82.

Karlhofer, Ferdinand (2007): Wählen mit 16: Erwartungen und Perspektiven, in: Der WählerInnenwille (2007), Forum Politische Bildung, Innsbruck-Bozen-Wien, S. 37.

„Kleine Zeitung“ vom 26.09.2007, S. 21: Länder ohne Proporz.

„Kleine Zeitung“ vom 23.11.2011, S. 6: Steirischer Meilenstein: Proporz ist abgeschafft.

Kromer, Ingrid (2006): „Wählen heißt, erwachsen werden!“ Diskussion über Wahlaltersenkung in Österreich, in: Jugendpolitik – Zeitschrift des Deutschen Bundesjugendrings, 32(3).

„Kronen Zeitung“ vom 2.01.2007, S. 18: SPÖ und ÖVP wetten um die Gunst der jugendlichen Wähler.

„Kronen Zeitung“ vom 08.04.2010, S. 22: Niessl, Steindl & Co. haben „Facebook“ für sich entdeckt: Politiker werben per Internet um Gunst der jungen Wähler.

„Kronen Zeitung“ vom 15.04.2012, S. 3: Junge ÖVP präsentiert Paket für mehr direkte Demokratie.

„Kronen Zeitung“ vom 20.03.2012, S. 26: Im Festspiel-Mekka Mörbisch zieht ab sofort ein neuer Ortschef die...

„Kurier“ vom 19.04.2002, S. 11: Burgenländer dürfen mit 16 Jahren wählen.

„Kurier“ vom 29.09.2002, S. 10: Die Jugend erhebt ihre Stimme bei den Kommunalwahlen.

„Kurier“ vom 02.09.2005, S. 21: Mit kleinen Geschenken wird um Wähler gekämpft.

„Kurier“ vom 08.10.2005, S. 9: Wohlfühlwahlkampf gegen Dauerwarnung.

„Kurier“ vom 25.02.2006, S. 13: Kurswechsel: ÖVP Burgenland fordert Senkung des Wahlalters.

„Kurier“ vom 02.11.2006, S. 3: Wahlrechtsreform. Warum es mit einem anderen Wahlrecht jetzt keine Koalitionskrise gäbe.

„Kurier“ vom 18.01.2007, S. 10: Mehr Mitbestimmung und mehr Geld für Jugendorganisationen.

„Kurier“ vom 22.10.2008, S. 19: Bis zu 50 Prozent mehr. Höheres Gehalt für Bürgermeister.

„Kurier“ vom 21.05.2010, S. 19: Von Feigenblättern und Kondomen.

„Kurier“ vom 23.05.2010, S. 7: Die Vorzugsstimme schlägt Parteistimme.

„Kurier“ vom 02.07.2011, S. 23: Politisches Sparpaket: Kein Geschmack am „steirischen Brauch“.

„Kurier“ vom 20.07.2011, S. 16: SPÖ will Stadträte ohne Amt feuern.

„Kurier“ vom 03.03.2012, S. 19: FPÖ strebt Stichwahlen und 100 Mandate an.

Kurz, Sebastian (2012): Mehr Demokratie für Österreich, in: Österreichische Monatshefte, 02/2012, S. 27.

Lettner, Maria (2006): [www.vote4future.at](http://www.vote4future.at). Österreichische Informationskampagne für Jung- und Erstwähler/innen, in: Jugendpolitik – Zeitschrift des Deutschen Bundesjugendrings, 32(3).

Mojzis, Michaela (2007): Das Demokratiepaket 2007 – oder auch: je mehr wählen, desto besser!, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 2007, Wien.

„Neue Kärntner Tageszeitung“ vom 29.9.2000, S. 10: Nun fix: 16-Jährige wählen.

„Neues Volksblatt“ vom 03.05.2007, S. 2: Ministerrat einig: Briefwahl und Wählen mit 16 fix.

„Neues Volksblatt“ vom 19.03.2012, S. 3: Kurz legt Demokratiepaket vor.

„Neue Vorarlberger Tageszeitung“ vom 11.04.2012, S. 4: Ministerhearing im Parlament.

„Österreich“ vom 06.05.2010, S. 22: Vorzugsstimme schlägt Parteistimme: Erstmals Briefwahl.

„Österreich“ vom 15.05.2011, S. 19: Ortsparteien sollen gestärkt werden.

„Salzburger Nachrichten“ vom 13.6.1992, S. 2: Neues Wahlrecht ist nun ausverhandelt.

„Salzburger Nachrichten“ vom 25.7.1992, S. 26: Bundesverfassung im Zuge des neuen Wahlrechtes geändert.

„Salzburger Nachrichten“ vom 19.9.1992, S. 26: Verstand und Gefühl bei Stimmabgabe.

„Salzburger Nachrichten“ vom 24.10.2002, S. 2: Jungpartei-Chefin gegen Jugendwahlrecht: Debatte um Wählen ab 16 - 70.000 18-Jährige dürfen heuer nicht wählen.

„Salzburger Nachrichten“ vom 12.02.2005, S. 2: Wahlalter: Krach in der Jungen ÖVP.

„Salzburger Nachrichten“ vom 08.05.2009, Seite: 2: Am Anfang war Josef Cap.

„Vorarlberger Nachrichten“ vom 26.03.2004, S. A6: Streit um die Wahlaltersenkung.

„Wiener Zeitung“ vom 18.04.2002, S. 7: Wahlalter wurde bei Kommunal- und Landtagswahlen gesenkt: Burgenland: Wählen ab 16.

#### **f. Internetquellen**

Amt der Burgenländischen Landesregierung (2012): Landesjugendbeirat, Online im Internet unter [http://www.ljr.at/html/index.aspx?page\\_url=Jugendbeirat\\_&mid=546](http://www.ljr.at/html/index.aspx?page_url=Jugendbeirat_&mid=546), 14.05.2012.

Amt der Burgenländischen Landesregierung (2012): Landesjugendforum Burgenland, Online im Internet unter [http://www.ljr.at/html/index.aspx?page\\_url=about&mid=476](http://www.ljr.at/html/index.aspx?page_url=about&mid=476), 14.05.2012.

Amt der Burgenländischen Landesregierung (2012): Wahlen im Burgenland, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl 2007, Online im Internet unter <http://wahlen.bgld.gv.at/wahlens/3.htm>, 15.05.2012.

Amt der Burgenländischen Landesregierung (2012): Wahlen im Burgenland, Landtagswahl 2010, Online im Internet unter <http://wahl.bgld.gv.at/wahlen/lt20100530.nsf>, 15.05.2012.

Amt der Burgenländischen Landesregierung (2012): Wahlen im Burgenland, Landtagswahl 2010, Vorzugstimmen Landeswahlvorschlag, Online im Internet unter [https://wahl.bgld.gv.at/wahlen/lt.nsf/VZ\\_Land.pdf](https://wahl.bgld.gv.at/wahlen/lt.nsf/VZ_Land.pdf), 15.05.2012.

Amt der Burgenländischen Landesregierung (2012): Wahlen im Burgenland, Vorzugstimmen Wahlkreis 2, Online im Internet unter [http://wahl.bgld.gv.at/wahlen/lt.nsf/VZ\\_WK2.pdf](http://wahl.bgld.gv.at/wahlen/lt.nsf/VZ_WK2.pdf), 15.05.2012.

Amt der Burgenländischen Landesregierung (2012): Wahlen im Burgenland, Vorzugstimmen Wahlkreis 7, Online im Internet unter [http://wahl.bgld.gv.at/wahlen/lt.nsf/VZ\\_WK7.pdf](http://wahl.bgld.gv.at/wahlen/lt.nsf/VZ_WK7.pdf), 15.05.2012.

Bundeskanzleramt Österreich (2012): BGBl. 210/1958, Online im Internet unter [http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1958\\_210\\_0/1958\\_210\\_0.pdf](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1958_210_0/1958_210_0.pdf), 15.05.2012.

Bundeskanzleramt Österreich (2012): BGBl. 391/1970, Online im Internet unter [http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1970\\_391\\_0/1970\\_391\\_0.html](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1970_391_0/1970_391_0.html), 15.05.2012.

Bundeskanzleramt Österreich (2012): Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG), Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138>, 15.05.2012.

Bundeskanzleramt Österreich (2012): Art 26 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG), Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40136980&ResultFunctionToken=76ce5fa6-4c25-41b8-a29d-0dac21ca078d&Position=1&Kundmachungsorgan=&Index=&Titel=&Gesetzesnummer=&VonArtikel=&BisArtikel=&VonParagraf=&BisParagraf=&VonAnlage=&BisAnlage=&Typ=&Kundmachungsnummer=&Unterzeichnungsdatum=&FassungVom=13.05.2012&NormabschnittnummerKombination=Und&ImRisSeit=Undefined&ResultPageSize=100&Suchworte=Briefwahl>, 15.05.2012.

Bundeskanzleramt Österreich (2012): Landtagswahlordnung 1995, Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBgld&Gesetzesnummer=10000427>, 15.05.2012.

Bundeskanzleramt Österreich (2012): § 3 Landtagswahlordnung 1995, Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBgld&Gesetzesnummer=10000427>, 15.05.2012.

Bundeskanzleramt Österreich (2012): Nationalrats-Wahlordnung 1992, Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10001199>, 15.05.2012.

Bundeskanzleramt Österreich (2012): Staatsvertrag von Wien, Online im Internet unter

<http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR12005178&ResultFunctionToken=a8e2561a-f833-47cc-9fea-930d48fd08b0&Position=501&Kundmachungsorgan=&Index=&Titel=&Gesetzesnummer=&VonArtikel=&BisArtikel=&VonParagraf=&BisParagraf=&VonAnlage=&BisAnlage=&Typ=&Kundmachungsnummer=&Unterzeichnungsdatum=&FassungVom=13.05.2012&NormabschnittnummerKombination=Und&ImRisSeit=Undefined&ResultPageSize=100&Suchworte=Staatsvertrag+von+Wien>, 15.05.2012.

Bundeskanzleramt Österreich (2012): Burgenländisches Jugendförderungsgesetz 2007, Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBgld&Gesetzesnummer=20000637> 14.05.2012.

Bundeskanzleramt Österreich (2012): Burgenländisches Wählerevidenz-Gesetz 1995, Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBgld&Gesetzesnummer=10000426>, 15.05.2012.

Bundeskanzleramt Österreich (2012): Landes-Verfassungsgesetz vom 14. September 1981 über die Verfassung des Burgenlandes (L-VG), Online im Internet unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBgld&Gesetzesnummer=10000141>, 15.05.2012.

Bundesministerium für Inneres (2012): Nationalratswahl 2006, Online im Internet unter: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/2006/start.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2006/start.aspx), 15.11.2006.

Bundeszentrale für politische Bildung (2009): Das personalisierte Verhältniswahlrecht, Online im Internet unter [http://www.bpb.de/themen/4CY2EH,0,0,Das\\_personalisierte\\_Verh%E4ltniswahlrecht.html](http://www.bpb.de/themen/4CY2EH,0,0,Das_personalisierte_Verh%E4ltniswahlrecht.html), 18.05.2009.

Burgenländischer Landtag (2012): Mitglieder des Burgenländischen Landtags, Christian Sagartz, Online im Internet unter [http://www.bgld-landtag.at/de/organe/abgeordnete/oevp-klub.html?tx\\_seatplanner\\_memberlist%5Bmember%5D=27&tx\\_seatplanner\\_memberlist%5Baction%5D=show&tx\\_seatplanner\\_memberlist%5Bcontroller%5D=Member&cHash=acfd448b649e1fe9ad7428b76f68e6c7](http://www.bgld-landtag.at/de/organe/abgeordnete/oevp-klub.html?tx_seatplanner_memberlist%5Bmember%5D=27&tx_seatplanner_memberlist%5Baction%5D=show&tx_seatplanner_memberlist%5Bcontroller%5D=Member&cHash=acfd448b649e1fe9ad7428b76f68e6c7), 15.05.2012.

ORF Burgenland (2012): Marx doch nicht Spitzenkandidat im Herbst?, Online im Internet unter <http://burgenland.orf.at/news/stories/2518724/>, 15.05.2012.

Österreichisches Parlament (2012): Parlamentskorrespondenz Nr. 439 vom 05.06.2007, Online im Internet unter [http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2007/PK0439/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2007/PK0439/index.shtml), 15.05.2012.

## **g. APA-Meldungen und OTS-Meldungen**

### **i. 2000**

APA, 17.05.2000: Jellasitz für Wählen mit 16 auf kommunaler Ebene.

APA, 01.11.2000: Burgenland-Wahl: Von Niessl-Nüssen und Stefanten.

### **ii. 2001**

APA, 05.06.2001: FPÖ Burgenland für Wahlalter-Senkung bei Kommunalwahlen.

APA, 22.10.2001: ÖVP Burgenland spricht sich für Zweitwohnsitz-Abgabe aus.

APA, 26.10.2001: FPÖ Burgenland pocht auf Verfassungsreform.

APA, 26.11.2001: SPÖ Burgenland startet Initiative für Wählen mit 16.

### **iii. 2002**

APA, 08.01.2002: Burgenland: Wählen und gewählt werden mit 16.

APA, 04.03.2002: Umweltanwalt: ÖVP Burgenland für „Verfeinerungen“.

APA, 19.03.2002: Endsprint für Wählen mit 16 im Burgenland.

APA, 18.04.2002: Burgenland senkt Wahlalter auf 16 Jahre.

APA, 07.10.2002: SJÖ will auf allen Ebenen, JVP bei Kommunalwahlen „Wählen ab 16“.

APA, 08.10.2002: Wählen mit 16 fand im Burgenland regen Zuspruch.

APA, 14.10.2002: ÖVP-Steindl will Wählen mit 16 auch bei Landtagswahlen.

APA, 23.10.2002: Wählen mit 16: Auch Gewerkschaftsjugend mit Fuhrmann unzufrieden.

APA, 23.10.2002: Wählen mit 16: Erfahrungen für Fuhrmann noch nicht ausreichend.

APA, 23.10.2002: Wählen mit 16: Im Burgenland wird heftig diskutiert.

APA 25.11.2002: Wahl: ÖVP-Sicherheitssprecher Kiss verliert Nationalratssitz.

APA, 09.12.2002: Christian Sagartz neuer JVP-Landesobmann im Burgenland.

#### **iv. 2004**

APA, 13.04.2004: SPÖ Burgenland will 2 - Für ÖVP Briefwahl „gerechteste Lösung“.

APA, 15.09.2004: Burgenland-Wahl 2005: VP-Steindl für Wählen ab 16.

APA, 16.09.2004: Wählen mit 16: SPÖ Burgenland für rasche Umsetzung.

APA OTS, 30.09.2004: Sozialistische Jugend begrüßt Einigung im Burgenland auf landesweite Wahlaltersenkung.

APA, 06.10.2004: Beziehungen und Stabilität für Burgenlands Jugendliche wichtig.

#### **v. 2005**

APA, 22.02.2005: Burgenland: Beschluss zu Wählen mit 16 bei Landtagswahlen.

APA, 02.03.2005: SJ Burgenland startete Info-Kampagne über Wählen mit 16.

APA, 31.03.2005: Burgenland-Landtag beschloss Wählen mit 16.

APA, 31.03.2005: Burgenland-Landtag beschloss 2 - Diskussion um Landtagswahlordnung.

APA, 11.04.2005: SPÖ für Ausbau der Mitbestimmungsrechte Jugendlicher im Burgenland.

APA, 19.04.2005: Burgenländische SPÖ startet Jugendinitiative – „Hans bringt Glück“.

APA, 11.05.2005: Zweites Verfassungsreform-Teilpaket am 19. Mai im Burgenland-Landtag.

APA, 01.09.2005: Burgenland-Wahl: Plakatwerbung der Parteien kommt in Gang.

APA, 01.09.2005: Oktober-Wahlen: Im Burgenland und Wien können 16-Jährigen wählen.

APA, 22.09.2005: Burgenland-Wahl: SJ will Jugendlichen Lust auf „Wählen mit 16“ machen.

APA, 04.10.2005: Wählen ab 16: Landtagswahl 2 – Im Burgenland locken „Wahlzuckerl“.

## **vi. 2006**

APA, 24.02.2006: ÖVP Burgenland unterstützt JVP-Forderung nach Wahlaltersenkung.

APA, 01.03.2006: Wahlalter: SPÖ Burgenland für Senkung auf allen Ebenen bis hin zur EU.

APA, 01.03.2006: Wahlalter: Stimmrecht alleine ist für JVP Burgenland zu wenig.

APA, 02.03.2006: Junge FPÖ Burgenland gegen Wahlaltersenkung auf Bundesebene.

APA, 16.03.2006: Burgenland-Landtag tritt für Wählen mit 16 auf Bundesebene ein.

## **vii. 2007**

APA, 13.03.2007: Wahlrecht: Regierung beschließt Wählen mit 16 und Briefwahl.

APA OTS, 14.03.2007: Gusenbauer: „Wahlalter-Senkung und Briefwahl stellen Wahlentscheidung auf breite demokratische Basis“.

APA, 14.03.2007: Wahlalter: Österreich als Europa-Pionier.

APA, 14.03.2007: Wählen mit 16 und Briefwahl vom Ministerrat beschlossen.

APA, 24.05.2007: Wählen ab 16: SPÖ Burgenland für mehr politische Bildung.

APA, 19.10.2007: Nach Burgenland-Wahl: JVP hat ihr Wahlziel „mehr als erreicht“.

## **viii. 2010**

APA, 06.05.2010: Burgenland-Wahl – Grüne setzen auf „Menschlichkeit“ und Umwelt.

APA, 7.05.2010: Burgenland-Wahl – Jugendorganisationen auf Stimmenfang.

APA, 07.05.2010: Burgenland-Wahl – Vorzugsstimmen Neu: Längerer Wahlabend steht bevor.

APA, 18.05.2010: Burgenland-Wahl – Doppeltes Match um Vorzugsstimmen.



APA OTS, 18.05.2010: Krojer: Niessl muss bewusste WählerInnentäuschung sofort beenden.

#### **ix. 2011**

APA, 07.05.2011: Fast 68 Prozent der Briten stimmen gegen neues Wahlsystem.

APA, 09.11.2011: Burgenlands Grüne wollen bis zur Kommunalwahl 2012 neue Ortsgruppen.

APA, 24.11.2011: Burgenland-Gemeinderatswahl 2012 – FPÖ will mehr direkte Demokratie.

#### **x. 2012**

APA, 09.01.2012: Burgenland-Kommunalwahl – SPÖ will mehr Ortschefs und Mandate.

APA, 18.01.2012: Zehn Jahre Wahlalterssenkung im Burgenland - ÖVP bilanziert positiv.

APA, 05.03.2012: Kommunalwahl Burgenland – Vorläufiger Wahlkalender steht.

APA OTS, 14.04.2012: Spindelegger: JVP-Obmann Kurz macht Nägel mit Köpfen.

APA 20.04.2012: Demokratiereform: BZÖ will Landesregierung und Landtage abschaffen.

APA OTS, 20.04.2012: FPÖ-Höbart: Große Teile des „Demokratiepakets“ der Jungen ÖVP sind auf das Entschiedenste abzulehnen!

APA, 24.04.2012: Kommunalwahl Burgenland: VP will 100 junge Gemeinderäte mehr.

## B. Abbildungsverzeichnis

<b>Abbildung 1:</b> Geographische Skizzen (Quelle: forfox GmbH (2012): Europa-, Österreich- und Burgenlandkarte) .....	V
<b>Abbildung 2:</b> Eigene graphische Darstellung des Ergebnisses der Nationalratswahl 2006 (Angaben in %) (Quelle: Online im Internet unter: <a href="http://www.sora.at/de/start.asp?x=x&amp;fr=&amp;b=&amp;ID=633">http://www.sora.at/de/start.asp?x=x&amp;fr=&amp;b=&amp;ID=633</a> , 18.05.2009) .....	40
<b>Abbildung 3:</b> Wählen mit 16 ist eine gute Entscheidung (Quelle: Jugend für Arbeit und Bildung im Burgenland (2008): Sag's ihnen, S. 17).....	59
<b>Abbildung 4:</b> Jugendliche sollen bereits mit 16 Verantwortung tragen (Quelle: Jugend für Arbeit und Bildung im Burgenland (2008): Sag's Ihnen, S. 17) ...	59
<b>Abbildung 5:</b> Eigene graphische Darstellung von Bildern zum Jugendwahlkampf der im Landtag vertretenen Parteien (Quellen v.l.n.r.: „BVZ“ vom 21.04.2010, S. 3: Die Männer im Hintergrund; Junge ÖVP Burgenland (2010): Wahlkampf-HelferInnen vor dem ÖVP-Bus; FPÖ Burgenland (2010): Werbemittel aus dem FPÖ-Jugendwahlkampf; Grüne Burgenland (2010): Druckvorlage für Kondom als Werbemittel der Kampagne „nur mit mir“) .....	79
<b>Abbildung 6:</b> Landtagswahlen jetzt (Quelle: ÖVP Burgenland (2010): Wahltagbefragung zur Landtagswahl 2010, Wahlanalyse _ Wähler unter 30, S. 3) .....	81
<b>Abbildung 7:</b> Zeitpunkt der Wahlentscheidung (Quelle: ÖVP Burgenland (2010): Wahltagbefragung zur Landtagswahl 2010, Wahlanalyse _ Wähler unter 30, S. 4) .....	82
<b>Abbildung 8:</b> Wählertypen (Quelle: ÖVP Burgenland (2010): Wahltagbefragung zur Landtagswahl 2010, Wahlanalyse _ Wähler unter 30, S. 4).....	83
<b>Abbildung 9:</b> SPÖ _ Wahlmotive (Quelle: ÖVP Burgenland (2010): Wahltagbefragung zur Landtagswahl 2010, Wahlanalyse _ Wähler unter 30, S. 7) .....	84
<b>Abbildung 10:</b> ÖVP _ Wählermotive (Quelle: ÖVP Burgenland (2010): Wahltagbefragung zur Landtagswahl 2010, Wahlanalyse _ Wähler unter 30, S. 8) .....	85
<b>Abbildung 11:</b> Wahlverhalten nach Alter (Quelle: ORF Burgenland (2010): Wahltagbefragung und Wählerstromanalyse, Landtagswahl Burgenland, S. 7) .....	87
<b>Abbildung 12:</b> Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht (Quelle: ORF Burgenland (2010): Wahltagbefragung und Wählerstromanalyse, Landtagswahl Burgenland, S. 8) .....	88

## C. Tabellenverzeichnis

<b>Tabelle 1:</b> „Wählen mit 16 – Argumente dafür und dagegen“ (Quelle: Online im Internet unter <a href="http://www.demokratiezentrum.org/media/data/waehlen_mit_16.pdf">http://www.demokratiezentrum.org/media/data/waehlen_mit_16.pdf</a> , 19.05.2009) .....	49
---	----

## D. Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Abs	Absatz (in juristischer Schreibweise: ohne Punkt am Schluss)
APA	Austria Presse Agentur
Art	Artikel (in juristischer Schreibweise: ohne Punkt am Schluss)
BA	Bachelor of Arts
Bd.	Band
BJV	Bundesjugendvertretung
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
BVZ	Burgenländische Volkszeitung
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
bzw.	beziehungsweise
EU	Europäische Union
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GfK	Gesellschaft für Konsumforschung
Hrsg.	HerausgeberIn
i.d.F.	in der Fassung
ISA	Institut für Strategieanalyse
iSd	im Sinne des
JUSO(s)	Junge Sozialisten
JVP	Junge ÖVP oder Junge Volkspartei
KO	Klubobfrau/Klubobmann
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
LBL	Liste Burgenland
LH-Stv.	Landeshauptmann-StellvertreterIn
L-VG	Landes-Verfassungsgesetz
Nr.	Nummer
ORF	Österreichischer Rundfunk
OTS	Originaltext-Service (der APA)
ÖAAB	Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund
ÖVP	Österreichische Volkspartei

RFJ	Ring Freiheitlicher Jugend
S.	Seite
SJ(Ö)	Sozialistische Jugend (Österreichs)
SORA	Institute for Social Research and Consulting
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
St.	Sankt
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UG	Universitätsgesetz
UniStG	Universitäts-Studiengesetz
usw.	und so weiter
v.l.n.r.	von links nach rechts
z.B.	zum Beispiel
ZP	Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention

## E. Transkripte der Interviews

### Leitfragen zu Interviews mit:

- LH-Stv. Mag. Franz Steindl, Landesjugendreferent (ÖVP)
- KO LAbg. Christian Illedits (SPÖ)
- KO LAbg. Ing. Rudolf Strommer (ÖVP)
- KO LAbg. Johann Tschürtz (FPÖ)
- KO LAbg. Mag.<sup>a</sup> Margarethe Krojer (Grüne)

1. Einleitung zum Forschungsthema
2. Wie stehen Sie grundsätzlich zur vollzogenen Wahlaltersenkung?
  - a. Persönlicher Zugang?
  - b. Hat sich diese Meinung im Laufe der vorangegangenen Diskussionen verändert?
  - c. Wie war die Meinung ihrer Fraktionskollegen?
3. Welche Auswirkungen hatten die burgenländischen Wahlaltersenkungen auf die politischen Akteure und
  - a. aus welchen Gründen erfolgten diese?
  - b. Erfolgte sie aus jenen Gründen und Erwartungen, die sich schlussendlich erfüllt hatten?
4. In wie weit erhofften sich die Parteien Stimmenzuwächse in dieser Altersgruppe?
5. Welche Akzente setzen die Parteien für diese Altersgruppen?
6. Welche befürwortenden und
  - a. ablehnenden Argumente bestimmten die vorangehenden Diskussionen innerhalb der Fraktionen?

7. Welche Haltung nehmen die burgenländischen Parteien zu einer Wahlaltersenkung auf Bundesebene ein und wie begründen sie diese?
8. Welchen Stellenwert hat politische Bildung (z.B. an Schulen) durch die Wahlaltersenkung bekommen?
9. Welche Auswirkungen hatte die Wahlaltersenkung auf die politischen Parteien?
10. Gab es im Rahmen der Wahlaltersenkung einen „politischen Landesentwicklungsplan“?
11. Wurde die Altersgruppe der 16- bis 18-Jährigen auch bei der innerparteilichen Demokratie (Kandidierungen, Gremien etc.) berücksichtigt?
12. Hat sich die Wahlrechtsänderung auf die grundsätzliche Einstellung junger Menschen zu Politik und Parteiarbeit ausgewirkt?
13. Inwieweit war die Wahlaltersenkung ein Instrument, mehr junge Menschen für Politik und Parteiarbeit zu interessieren?
14. Inwieweit waren die Erfahrungen mit „Wählen mit 16“ im Burgenland ausschlaggebend für eine Wahlaltersenkung auf Bundesebene?

## **E 1 Interview mit Mag. Franz Steindl, Landesjugendreferent, 25.06.2008**

*Wie ist deine persönliche Einstellung zur vollzogenen Wahlaltersenkung 2000 und 2005? Wie würdest du diese bewerten?*

Die Wahlaltersenkung war ein richtiger Schritt, wie sich bei der Wahlbeteiligung der Jugendlichen jetzt herausstellt hat. Es gab eine sehr große Wahlbeteiligung und es konnten sehr viele Jugendliche für die Politik mitgenommen werden.

*Hat sich deine persönliche Meinung zu der diskutierten Wahlaltersenkung eigentlich im Laufe der Diskussionen, die dann zur Wahlaltersenkung geführt haben, verändert oder warst du generell einer Meinung, die du durchgezogen hast?*

Meine Meinung war immer, dass wir das Wahlalter auf 16 senken können und bei dieser Meinung bleibe ich nach wie vor, da hat sich nichts geändert.

*Wie würdest du die Meinung deiner Fraktionskollegen beurteilen?*

In der Fraktion gab es garantiert keine einhellige Auffassung, aber das Stimmungsbild gegenüber der Wahlaltersenkung ist allmählich mit den Jahren positiver geworden.

*Welche Auswirkungen hat die Wahlaltersenkung auf die politischen Akteure generell gehabt? Sind Jugendliche zu einer Zielgruppe geworden, hat sich das generell verändert, indem sie in den Fokus der Politik gekommen sind, oder war das immer gleich?*

Jugendliche sind eine besondere Zielgruppe geworden und zwar deswegen, weil Jugendliche dafür bekannt sind, dass sie ein sehr mobiles Wahlverhalten an den Tag legen.

*Es hat natürlich in jeder Partei Erwartungshaltungen gegeben, wenn sie der Wahlaltersenkung zustimmen. Sind deine Erwartungshaltungen für die ÖVP, für deine Partei in dem Fall bestätigt worden?*



Diese Vorstellungen über Wahlverhalten der Jugendlichen sind für die ÖVP voll bestätigt worden. Die ÖVP hat Jugendliche im vermehrten Maße ansprechen können.

*Hat man sich dadurch Stimmenzuwächse erwartet in der Altersgruppe oder war das eher eine Zielgruppe, wo man sich eher einen Rückgang an Stimmen erwartet hat?*

Erwartet wurde, dass es unter Umständen einen Rückgang der Stimmen gibt und tatsächlich ist eigentlich eine Festigung der Jugendlichen in Richtung ÖVP eingetreten.

*Welche Akzente hat gezielt deine Partei für diese Altersgruppe gesetzt?*

Wir haben personelle und inhaltliche Signale gesetzt. Wir hatten einen Jugendkandidaten bei den Landtagswahlen, der ein fixes Mandat bekommen hat. Wir haben bei den Gemeinderatswahlen (*Anmerkung des Verfassers: Gemeinderatswahl 2007*) die Jugendgemeinderäte verdreifachen können. Wir haben auf Bundesebene mit einer Jugendlichen ein Signal setzen können, und wir haben uns inhaltlich gegenüber den Jugendlichen sehr geöffnet.

*Wenn du ein Hauptargument nennen müsstest, dass in der Diskussion innerhalb der ÖVP zu tragen gekommen ist, für und gleichzeitig ein Hauptargument gegen eine Wahlaltersenkung, was wären die zwei Hauptargumente, eines Pro und eines Kontra, innerhalb der ÖVP gewesen?*

Das Pro ist, dass Jugendliche mit 16 Jahren schon vom Gesetz her sehr vieles machen dürfen, im Bereich der Mündigkeit, im Bereich des Lehrlingswesens usw. und das daher der nächste logische Schritt wäre und das Kontra-Argument war, dass Jugendliche mit 16 nicht wissen, was sie eigentlich tun sollen.

*Welche Haltung hat die Burgenländische ÖVP in Sachen Wahlaltersenkung auf Bundesebene in die Diskussion eingenommen?*

Die Burgenländische ÖVP hat immer eine Pro-Haltung eingenommen.

*Welche Auswirkungen hat generell eine Wahlaltersenkung auf politische Parteien deiner Meinung nach?*

Eine sehr gravierende, weil Parteien nicht mehr nur mit Organisation Wählerstimmen maximieren können, sondern weil sie den Jugendlichen dementsprechend auch über Inhalt und über jugendliche Persönlichkeiten vermitteln müssen, dass sie für die jugendlichen Anliegen stehen.

*Du bist ja auch Landesjugendreferent. In dem Fall hast du eine Abteilung der Landesregierung, die ja auch von der Wahlaltersenkung betroffen ist, das Jugendreferat. Gab es einen in der Art politischen Landesentwicklungsplan, begleitende Maßnahmen, wie man diese Wahlaltersenkung aufbereitet hat?*

Ja, den gibt es. Wir haben gemeinsam mit den Jugendlichen schon vorher einen Jugendleitplan erstellt. Der ist mit Jugendlichen diskutiert worden, ist im Jugendbeirat beschlossen worden und wurde dann sukzessive umgesetzt. Ein Ausfluss davon ist z.B. das Projekt „Jump In“, ein Bundesprojekt, oder „Jugend aktiv“.

*Die Altersgruppe 16- bis 18-Jährige ist innerparteilich bei demokratischen Abstimmungen, Kandidierungen, Gremien berücksichtigt worden?*

Ja.

*Hat die Wahlrechtänderung auf die grundsätzliche Einstellung junger Menschen zur Politik und zur Parteiarbeit deiner Meinung nach etwas verändert? Nicht die Politik ist gefragt, ob sich die jetzt verändert hat in Richtung Jugendliche, sondern ob die Jugendlichen sich mehr angesprochen, mehr wertgeschätzt gefühlt hätten durch die Wahlaltersenkung.*

Ich glaube, dass sich Jugendliche sehr wohl im positiven als auch im negativen Sinne angesprochen gefühlt haben, also, dass es auf jeden Fall da ein deutliches Signal in Richtung Jugendliche gegeben hat und nachdem sich sehr viele jetzt als Jugendgemeinderäte engagieren, zeigt, dass das der richtige Weg war.

*Inwieweit war die Wahlaltersenkung ein Instrument mehr junge Menschen für Politik und Parteiarbeit zu interessieren?*

(Diese Frage wurde schon beantwortet.)

*Inwieweit waren die Erfahrungen mit „Wählen mit 16“ im Burgenland, weil man hier ja zum ersten Mal gewählt hat, ausschlaggebend für die Wahlaltersenkung auf Bundesebene?*

Die Erfahrungen im Burgenland waren sicher ein wichtiger Mosaikstein für das Umdenken auf Bundesebene das Wahlalter auch zu senken.

## **E 2 Interview mit Christian Illedits, SPÖ-Klubobmann, 03.07.2008**

*Die erste Frage ist in diesem Fall, wie du grundsätzlich zur vollzogenen Wahlaltersenkung stehst, d.h. du als Politiker?*

Die Wahlaltersenkung an und für sich war ein wichtiger Schritt. Und das wird meiner Meinung nach von den Jugendlichen auch größtenteils so gesehen, Eigentlich entsteht auch ein großes Verständnis für diese Wahlaltersenkung im restlichen Teil der Wählerschaft.

*Hat sich deine persönliche Meinung zu der diskutierten Wahlaltersenkung eigentlich im Laufe der Diskussionen, die dann zur Wahlaltersenkung geführt haben, verändert oder warst du generell einer Meinung, die du durchgezogen hast? Die nächste Frage bezieht sich darauf, ob es im Laufe der Diskussion deine Meinung zu dem ganzen Thema geändert hat.*

Nein, da hat sich an und für sich nichts geändert, d.h. meine Meinung, das Wahlalter zu senken, hat sich nicht geändert und ist gleich geblieben.

*War das eine einheitliche Auffassung aller Fraktionsmitglieder oder gab's durchaus auch einen Diskussionsprozess?*

Nein, keine einheitliche Auffassung, weil der Bund das ja immer abwägt und für mich war die Entscheidung zu diesem Thema klar: Wenn man Rechte und Pflichten der Jugendlichen mit ihrer politischen Mündigkeit sieht, dann sollte man mit 16 auch politische Wahlentscheidung treffen zu können.

*Du hast es schon angesprochen, man wiegt eben ab, hast du als politischer Akteur irgendeine Auswirkung bemerkt auf dich selbst und auf deine Kollegen durch die Wahlaltersenkung?*

Natürlich, weil jugendliche Menschen dich zum einen wählen sollen und man sich wirklich darum kümmert, hat das natürlich Auswirkungen. Die jungen Menschen fordern, und junge Menschen denken nicht in gewissen Schranken und denken auch nicht über Auswirkungen nach.

*Umgekehrt ist da die Frage der Erwartungen, haben sich die erfüllt an eine Wahlaltersenkung? Jede Partei wird sich ja etwas erhofft oder befürchtet haben durch die Wahlaltersenkung.*

Alle Parteien hatten da dieselbe Idee. Jede Partei hat versucht und wird auch weiterhin versuchen, die Erwartungshaltungen zu erfüllen. Jugendliche, das sind eigentlich die Wählerschicht, die größtenteils unbeeinflusst sind. An und für sich eine sehr spannende Geschichte, aber auch eine sehr anspruchsvolle Geschichte.

*Das heißt man hat sich sehr wohl Stimmenzuwächse in dieser Altersgruppe erwartet?*

Ja, natürlich.

*Welche gezielten Akzente hat die SPÖ in diesem Fall in dieser Altersgruppe gesetzt?*

Natürlich hat es im Vorhinein Umfragen gegeben. Man hat versucht, mit einzubinden und zu kontaktieren. Für mich persönlich von der Wählergruppe nicht anders als bei anderen Wählergruppen auch. Bei allen ziemlich gleich im Prinzip.

*Wenn du an die gesamte Diskussion denkst, die sich doch einige Jahre durch die politische Landschaft gezogen hat, und du müsstest das ablehnendste Argument nennen und das, das am meisten dafür gesprochen hat, für eine Wahlaltersenkung nennen, was wären die beiden?*

Das Ablehnendste ist die Beeinflussbarkeit der Jugendlichen, ohne jetzt wirklich den politischen Hintergrund genau zu kennen, und das Befürwortendste für mich war an und für sich, jungen Menschen die Wahl zu geben.

*Welche Haltung hat deine Partei jetzt zu einer Wahlaltersenkung auf Bundesebene eingenommen?*

Momentan sind, glaube ich, alle einer Meinung. Wir sind dafür. In der Geschichte war damals die SPÖ die einzige Partei, die zur Wahlaltersenkung vehement gestanden ist, und mittlerweile ist diese Geschichte, ich hab es nicht genau im Kopf, 15 bis 18 Jahre alt, also zu meiner Zeit in der SJ war es noch nicht Thema, also es war irgendwann später. Die Diskussion haben wir ja erst seit ca. 10 Jahren

immer wieder permanenter und heftiger geführt und eindringlicher und seit ein paar Jahren ist es eben Realität.

*Die Frage nach politischer Bildung ist immer wieder mit der Wahlaltersenkung verknüpft worden, wie wichtig, glaubst du, ist der Stellenwert von politischer Bildung im Zuge einer Wahlaltersenkung?*

Viel zu wenig. Es ist auf jeden Fall ausbaunotwendig.

*Wenn du dir jetzt die Auswirkungen anschaust, konkret auf die politischen Parteien, wie würdest du das beurteilen, hat die Wahlaltersenkung eine bestimmte oder konkrete Auswirkung gehabt, wie die Parteien agiert haben?*

Ich denke schon, sie haben sich mit dieser Wählerschicht beschäftigt und sich Wahlerfolge erwartet und damit hat es sicherlich Auswirkungen gehabt. Man kann Jugendpolitik nur von jungen Menschen machen lassen, in Folge bewegt sich innerparteilich sehr viel. Natürlich bekommen die erwachsenen Mandatäre Druck, weil die Jugendlichen natürlich ihre Vertreter im relevanten Alter in den Parteien fordern, aber das kann natürlich nicht von heute auf morgen passieren, es passiert aber sukzessive.

*Hat es so einen Landesentwicklungsplan auch im Burgenland gegeben zur Wahlaltersenkung?*

In der Verfassungsdebatte wurde das immer wieder zu Tage gebracht, also man hat schon Leitlinien festgesetzt, jede politische Partei für sich. Man hat das zwar definitiv nicht so bezeichnet, aber erkennbar als solchen gab es ihn schon.

*Du hast es schon andiskutiert, die Altersgruppe der 16- bis 18-Jährigen bzw. jetzt deren Vertreter, die ja nicht unbedingt so alt sein müssen, sind die in der innerparteilichen Demokratie, bei den Kandidierungen, den Listen, den Gremien berücksichtigt worden?*

Ja.

*Die Wahlrechtsänderung hat sich natürlich ausgewirkt auf die Einstellung junger Menschen, glaubst du, dass sich die verändert hat, zum Positiven oder zum Negativen gegenüber der Politik und speziell in der Parteipolitik?*

Ich denke, dass diese Veränderungen wahrscheinlich nicht so schnell spürbar sind, aber ich glaube schon, dass es auch eine Entwicklung gibt bei den jungen Menschen, wo die Wahlaltersenkung Einfluss genommen hat, weil ich denke, wenn man aktiv mitbestimmt und das bewusst macht. Zum zweiten glaube ich schon, dass sich junge Menschen der Tragweite der Entscheidungen, die sie mit ihrer Stimmen beeinflussen, bewusst sind, und damit automatisch eine politische Diskussion über Zufriedenheit und Unzufriedenheit passiert, und damit hat man die politische Auseinandersetzung, auch wenn junge Menschen diese nicht als politische Auseinandersetzung wahrnehmen.

*Es gibt diese politikwissenschaftliche These, dass Wählen und das Wahlrecht erst Politik interessant machen, weil Leute glauben, sie können mitbestimmen und daher ist die 13. Frage so zu verstehen, ob die Wahlaltersenkung ein Instrument ist, um junge Menschen für Politik und die Parteiarbeit zu interessieren, vom Hintergrundwissen her?*

Ja.

*Und die Abschlussfrage bezieht sich wieder auf die Bundesebene, glaubst du, dass die Erfahrungen, die die Burgenländer gemacht haben mit „Wählen mit 16“, ausschlaggebend waren für die Wahlaltersenkung auf Bundesebene?*

Zweifelsfrei hatte das Auswirkungen.

### **E 3 Interview mit Ing. Rudolf Strommer, ÖVP-Klubobmann, 25.06.2008**

*Wie stehst du grundsätzlich zur vollzogenen Wahlaltersenkung?*

Ich glaube, dass es längst notwendig war, wenn man nach oben hin keine Grenze hat, die Jugendlichen bei vielen anderen Dingen für reif befunden werden und strafmündig sind, dann kann man eine Wahlaltersenkung auf 16 genau so machen.

*Ist das dein politischer oder persönlicher Zugang? Beim politischen Zugang rechnet man ja damit, dass es eine Mehrheitsmeinung der Fraktion ist.*

Das ist auch mein persönlicher Zugang, wenn ich jedem Bettlägerigen bei Wahlen die Stimmen geben lasse, dann muss man das einem 16-Jährigen auch zutrauen.

*Gerade innerhalb der ÖVP hat es ja nicht immer Zustimmung gegeben zu diesem Thema. Hat sich da auch im Laufe der Vergangenheit deine Meinung in der Diskussion verändert?*

Die Meinungsbildung war ein langwieriger Prozess, der über Jahre hin gegangen ist, wobei die Meinung jedes Einzelnen sich im Laufe der Diskussion ergeben und gefestigt hat.

*Du hast jetzt schon die anderen Meinungen angesprochen. Wie hast du das gesehen? War das von vornherein etwas, wo die Mehrheit dafür war oder war die Mehrheit eher ablehnend?*

Ich glaube, dass die Spitzenentscheidungsträger immer der Meinung waren, dass es richtig ist, die Wahlaltersenkung vorzunehmen, und jeder auf seine Weise versucht hat, das Gremium, dem er vorsteht, auch zu überzeugen. Beim einen ist es schneller gegangen, beim anderen ist es nicht so schnell gegangen. Schlussendlich waren alle der Meinung, dass es gut ist.

*Mein Thema ist auch die Auswirkungen zu beleuchten. Einerseits auf die politischen Akteure. Glaubst du haben die Politiker an sich anders agiert durch die Wahlaltersenkung im Umgang mit Jugendlichen, im Umgang mit Themen?*



Ja, weil es eine neue Gruppe ist, die auch bei Wahlen zu berücksichtigen ist. In Wahlkämpfen ist eine zusätzliche Gruppe der 16- bis 18-Jährigen zu betreuen. Diese haben andere Interessen als 25- oder 30-Jährige. Von der Warte her ist es eine zusätzliche Arbeit für die politischen Parteien und eine sehr wertvolle Arbeit.

*Du hast damit auch meine zweite Frage beantwortet, dass es doch aus Gründen erfolgt ist, dass es Erwartungen gegeben hat. Sind diese Erwartungen erfüllt worden?*

Ja, die Erwartungen sind deshalb erfüllt worden, weil das Wahlverhalten kaum anders war als bei 18- bis 25-Jährigen und die Wahlbeteiligung interessanterweise je näher die Wahl beim Bürger war, desto höher war die Wahlbeteiligung, d.h. bei Gemeinderatswahlen höhere Wahlbeteiligung als bei Landtagswahlen.

*Hat sich die ÖVP direkt aus dieser Wählergruppe Stimmenzuwachs erhofft?*

Nicht nur erhofft.

*Welche Akzente hat die Partei, der du angehörst, für diese Altersgruppe gezielt gesetzt?*

Mit einem Jugendkandidaten, der damals Christian Sagartz geheißen hat, jetzt auch ins Alter gekommen ist, einen wichtigen Entscheidungsträger hier für die Jugendlichen als Kandidaten gesetzt. Die Österreichische Volkspartei ist die einzige Partei, die in allen gesetzgebenden Körperschaften einen ausgewiesenen Jugendvertreter hat. Silvia Fuhrmann auf Bundesebene im Nationalrat, Christian Sagartz im Landtag, und gute Gemeinderäte haben auch einen Jugendvertreter.

*Du hast schon einige befürwortende Argumente gesagt für eine Wahlaltersenkung. Dass auch in anderen Bereichen die Jugendlichen strafmündig sind, Verantwortung tragen müssen etc. Was sind die ablehnenden Argumente gewesen, die es in der Diskussion gegeben hat?*

Das geht es um den Kommerz. Eine zusätzliche Wählergruppe, die es gilt zusätzlich zu betreuen. Deren Wahlverhalten nicht klar erkennbar, deren politischer Wille erst im Formen ist und so haben das auch aus rein ökonomischen Überlegungen die politischen Parteien möglichst lange hinten angehalten, weil

jeder Wahlkampf kostet Geld, kostet Zeit, kostet Engagement, wenn es eine zusätzliche Zielgruppe zu betreuen gilt.

*Die verschiedenen politischen Ebenen sind ja unterschiedlich beurteilt worden. Auf Gemeinderatsebene und Landtagsebene gab es ja früher eine Wahlaltersenkung als auf Bundesebene. Welche Haltung hat da die Burgenländische ÖVP eingenommen?*

Für die Burgenländische ÖVP war Vorreiter der Jugendreferent der Burgenländischen Landesregierung LH-Stv. Mag. Franz Steindl. Er hat die Wahlaltersenkung immer betrieben. Er hat sie auch sehr vehement im ÖVP-Landtagsklub betrieben, bis schlussendlich auch die Entscheidungsfindungen in seinem Sinne gefallen sind, und es war sicher das Burgenland bei der Senkung des Wahlalters bei Landtags- und Gemeinderatswahlen auch positiv verantwortlich, dass auf Bundesebene das auch schlussendlich durchgesetzt wurde.

*Welchen Stellenwert hat in diesem Fall politische Bildung, weil man immer davon ausgeht, nur der mündige Wähler ist sozusagen fähig objektive Entscheidungen zu treffen? Was für einen Stellenwert hat politische Bildung durch die Wahlaltersenkung deiner Meinung nach bekommen?*

Einen höheren, weil in diesem Alter Jugendliche formbar sind und einen Zugang zu demokratischen Mehrheitsfindungen und Wahlentscheidungen ganz einfach im Kindesalter, im jugendlichen Alter belegt werden muss. Demokratie ist mühsam. Es ist nach wie vor die beste Staatsform, denn eine Entscheidung, die demokratisch getroffen wurde, ist ein Kredit, der vergeben wird an jene, die dann die nächste Periode Macht ausüben und kann dann jederzeit bei der nächsten Wahl wieder rückgängig gemacht werden. Das ist das Faszinierende an der Demokratie.

*Gibt es eigentlich einen politischen Landesentwicklungsplan, dass man sagt, die Wahlaltersenkung wurde nicht nur eingeführt, sondern es wurden auch Begleitmaßnahmen getroffen, um die Wahlaltersenkung zu einem Erfolg bei den Urnengängen zu machen?*

Dadurch, dass diese Gruppe besonders von allen politischen Parteien umworben wurde, weil das Wahlverhalten ja nicht klar war, hat man sich dieser Gruppe wirklich besonders angenommen und es zeigen die Ergebnisse, dass, wie ich vorhin schon gesagt habe, je näher die Wahlentscheidung beim Bürger ist, desto höher ist die Wahlbeteiligung. Bei der Gemeinderatswahl eine höhere Wahlbeteiligung als bei Landtagswahlen, höher als bei Nationalratswahlen.

*Hast du schon beurteilt, dass in der Altersgruppe der 16- bis 18-Jährigen in einer innerparteilichen Demokratie Kandidierung, Mitarbeit in Gremien, für die Wahlaltersenkung sicher beschleunigt worden ist? Kann man die Wahlrechtsänderung grundsätzlich auf das zurückführen, dass sich die Einstellung der politischen Parteien gegenüber den Jugendlichen und umgekehrt die jungen Menschen gegenüber der Parteiarbeit in den letzten Jahren verändert hat?*

Auch die politischen Parteien haben sich grundsätzlich auf die neuen Gegebenheiten eingestellt, und es ist heute ein 16- oder 17-Jähriger weit mehr informiert, als er das vor 20, 25, 30 Jahren war, weil eben der Zugang zu Informationen über Internet heute ein ganz anderer ist, als das früher war, d.h. aber auch, dass jene, die für Jugendliche Idole sind, Vorbild sind, ob es im sportlichen Bereich ist, ob das im Musikbereich ist, ob in der Schule oder auch im politischen Leben, dass diese Persönlichkeiten, die diese jungen Leute formen, besondere Verantwortung haben.

*Ist die Wahlaltersenkung an sich deiner Meinung nach das richtige Instrument, um gerade junge Menschen für Politik und Parteiarbeit zu interessieren?*

Eines dieser Instrumente, nicht das Einzige, aber ein sehr Wichtiges.

#### **E 4 Interview mit Johann Tschürtz, FPÖ-Klubobmann, schriftlich 03.07.2008**

##### *1. Einleitung zum Forschungsthema*

##### *2. Wie stehen Sie grundsätzlich zur vollzogenen Wahlaltersenkung?*

###### *a. Persönlicher Zugang?*

Demokratie ist eine nicht selbstverständliche Errungenschaft. Sie wurde erkämpft und es muss darum gekämpft werden, sie zu erhalten und sie gegebenenfalls sogar auszubauen. Dieses Bewusstsein muss vor allem der Jugend vermittelt werden. Ein Weg, der dazu beitragen kann, ist die Einbindung der Jugend in demokratische Prozesse.

###### *b. Hat sich diese Meinung im Laufe der vorangegangenen Diskussionen verändert?*

Diese Meinung, dieser persönliche Zugang ist absolut grundsätzlicher Natur. Diese Meinung kann also kaum Veränderungen unterzogen sein und wurde es demnach auch nicht.

###### *c. Wie war die Meinung Ihrer Fraktionskollegen?*

Die Freiheitliche Partei hat maßgeblichen Anteil an der Wahlaltersenkung im Burgenland; schon sehr früh wurde diese Forderung gestellt. Natürlich hat es darüber innerhalb der FPÖ verschiedene Meinungen gegeben. Kritiker haben vor allem die Bedeutung des Wahlrechtes als Staatsbürgerrecht betont, dem staatsbürgerliche Pflichten gegenüber stehen. Als Beispiel für eine solche Pflicht wurde die Pflicht, sich mit dem Erreichen der Volljährigkeit mit allen Konsequenzen der geltenden Rechtsordnung unterordnen zu müssen, angeführt. Wenn nun 16-Jährige wählen dürfen, aber andererseits für bestimmte Handlungen nicht verantwortlich gemacht werden können, dann wird das Wahlrecht zum Privileg; es kommt zu einer Ungleichgewichtung zwischen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten, führten Skeptiker an.

Die Frage, ob 16-Jährige die Reife hätten, sich angemessen an Prozessen im Rahmen demokratischer Entscheidungen zu beteiligen, war lediglich nachrangiger Bedeutung. Diese Frage ließe sich nämlich im Bezug auf alle Wahlberechtigten und zwar unabhängig vom Alter stellen.

3. *Welche Auswirkungen hatte die burgenländischen Wahlaltersenkungen auf die politischen Akteure und*

a. *Aus welchen Gründen erfolgten diese Auswirkungen?*

Naturgemäß haben alle Parteien nach der Wahlaltersenkung einen Schwerpunkt in ihrer Werbung auf die Jugend gelegt (Auswirkung) – eine neue Zielgruppe, die durchaus relevant im Hinblick auf den Erfolg bei Wahlauseinandersetzungen ist, war entstanden (Grund). Andere Auswirkungen: Medienwirksame Positionierung von jüngeren Politikern, das Setzen inhaltlicher Schwerpunkte im Bereich von jugendrelevanten Themen.

b. *Erfolgte sie aus jenen Gründen und Erwartungen, die sich schlussendlich erfüllt hatten?*

*Siehe 4.!*

4. *In wie weit erhofften sich die Parteien Stimmenzuwächse in dieser Altersgruppe?*

Es ist davon auszugehen, dass man in allen Parteien versucht hat, Prognosen über die wahlarithmetischen Auswirkungen einer Senkung des Wahlalters zu treffen und die jeweiligen Schlüsse zu einem Teil der Zustimmungsgrundlage gemacht hat. Bereits lange Zeit vor dem Beschluss der Wahlaltersenkung war im Zuge der diesbezüglichen Diskussionen zu bemerken, dass manche Vertreter von politischen Parteien einen Nachteil befürchteten, würden sie sich bereits im Vorfeld einer Abstimmung darüber kritisch oder ablehnend äußern. Ob sich die Erwartung, eigene Wählerstimmen durch die Senkung des Wahlalters zu maximieren, erfüllt hat, ist schwierig zu beurteilen. Ich persönlich gehe davon aus, dass vor allem die Großparteien ursprünglich eine größere

Erwartungshaltung hatten und auf einen umfangreicheren Effekt gehofft haben. Zahlreiche Umfragen zeigen, dass die kleineren Parteien in der Zielgruppe der Jugendlichen näher an die Umfragewerte der Großparteien herankommen als das in anderen Segmenten der Fall ist.

*5. Welche Akzente setzen die Parteien für diese Altersgruppen?*

Hauptziel muss es wohl sein, jugendlichen Wählern glaubhaft zu vermitteln, dass man sie, ihre Probleme und Anliegen ernst nimmt. Die sichtbare Positionierung von jüngeren Politikern, die Erstellung eigener Werbemittel (Publikationen etc.) und die Erarbeitung eigener Jugendprogramme waren und sind Mittel zum Zweck.

*6. Welche befürwortenden und*

*a. ablehnenden Argumente bestimmten die vorangehenden Diskussionen innerhalb der Fraktionen?*

Siehe 2.!

*7. Welche Haltung nehmen die burgenländischen Parteien zu einer Wahlaltersenkung auf Bundesebene ein und wie begründen sie diese?*

Die Argumente von Befürwortern und Kritikern in der Diskussion über eine Senkung des Wahlalters auf Bundesebene glichen jener in der Diskussion über eine Senkung des Wahlalters auf Landesebene. Gleichsam als Bonus konnten die Befürworter die wohl guten Erfahrungen (Wahlbeteiligung) mit der Senkung des Wahlalters auf Landesebene anführen. Die Haltung der Parteien war einhellig positiv.

*8. Welchen Stellenwert hatte politische Bildung (z.B. an Schulen) durch die Wahlaltersenkung bekommen?*

Die politische Bildung (vor allem an Schulen) hat zweifelsohne eine praktische Bedeutung bekommen. Man erschöpft sich nun nicht mehr ausschließlich in reiner Theorie ohne praktischen Bezug, nunmehr spricht man über und lehrt Dinge, die von den Schülern angewendet werden können (müssen). Der Stellenwert müsste daher gestiegen sein. Ob das tatsächlich so ist, wird von

Fall zu Fall verschieden sein. Die Politik hat auf den notwendigen höheren Stellenwert wohl noch zu wenig reagiert.

*9. Welche Auswirkungen hatte die Wahlaltersenkung auf die politischen Parteien?*

Siehe 3., 4. und 5.!

*10. Gab es im Rahmen der Wahlaltersenkung einen „politischen Landesentwicklungsplan“?*

Die Programme der FPÖ sind zukunftsorientiert und damit ohnehin auf das Wohl der jungen Menschen und das zukünftiger Generationen ausgerichtet. Ich verstehe unter einem „Landesentwicklungsplan“ ein politisches Konzept, das auf zukünftige Herausforderungen angemessen reagiert. Selbstverständlich sind die Anliegen und Bedürfnisse Jugendlicher Teil dieses Konzeptes.

*11. Wurde die Altersgruppe der 16- bis 18-Jährigen auch bei der innerparteilichen Demokratie (Kandidierungen, Gremien etc.) berücksichtigt?*

Ja.

*12. Hat sich die Wahlrechtsänderung auf die grundsätzliche Einstellung junger Menschen zu Politik und Parteiarbeit ausgewirkt?*

Diese Frage müsste man an junge Menschen richten.

*13. Inwieweit war die Wahlaltersenkung ein Instrument, mehr junge Menschen für Politik und Parteiarbeit zu interessieren?*

Das tatsächliche Ausmaß ist schwierig abzuschätzen. Jedenfalls scheint das Interesse gestiegen zu sein. Viele Jugendliche sind sich der Tatsache bewusst, dass sie wichtige Entscheidungen zu treffen haben und beschäftigen sich daher intensiver mit der Politik und unter Umständen auch mit der Arbeit der Parteien.

*14. Inwieweit waren die Erfahrungen mit „Wählen mit 16“ im Burgenland ausschlaggebend für eine Wahlaltersenkung auf Bundesebene?*

Siehe 4. und 7.!



**E 5 Interview mit Mag.<sup>a</sup> Margarethe Krojer, Grüne Klubobfrau, 25.06.2008**

*Dein persönlicher Zugang zu einer Wahlaltersenkung auf 16?*

Ich bin persönlich schon sehr lange für eine Wahlaltersenkung eingetreten, weil ich glaube, dass erstens Menschen mit 16 Jahren im Stande sind, eine Stimme abzugeben und sich dabei auch etwas zu denken, und zweitens weil ich der Meinung bin, dass sie dann auch politische Zielgruppe sind und dadurch mehr politische Angebote für sie geschaffen werden.

*Ist das jetzt dein persönlicher Zugang oder ist das der Zugang deiner Partei?*

Das ist mein persönlicher Zugang und ich muss sagen, da hat es nie einen Widerspruch gegeben. Es ist auch der Zugang meiner Partei. Aber ich bin grundsätzlich der Meinung, ich bin Lehrerin und hab´ mit Schülern bis 18 und 19 Jahren gearbeitet, dass junge Menschen sehr wohl politisch sind, politische Meinungen vertreten und dass sie in diesem Alter sehr wohl in der Lage sein können, sich mit diesem Thema auch eingehend zu beschäftigen.

*Eine Wahlaltersenkung ist sehr lange diskutiert worden. Hat sich deine Meinung im Laufe dieser Zeit verändert?*

Nein, ich habe nur meine Meinung auch in Frage gestellt, weil ich doch auch viele Diskussionen geführt habe u.a. war mein eigener Sohn kritisch, der im Alter von 25 Jahren gemeint hat, mit 16 Jahren weiß man das noch nicht, und da hab ich natürlich meine eigene Meinung hinterfragt und die hat sich letztendlich nicht geändert.

*Wie war die Meinung deiner Fraktionskollegen? War das eine einhellige Klubmeinung oder gab es da unterschiedliche Auffassungen, wo sich erst deine Meinung entwickelt hat?*

Nein, wir haben eigentlich wenig darüber diskutiert, weil es da eigentlich durchaus Einigung gegeben hat.

*Die Wahlaltersenkung hat auch Auswirkungen auf die politischen Akteure, also auf die Politiker an sich. Wie hast du das im Burgenland erlebt?*

Ich glaube, dass die Auswirkungen, die ich gesehen habe, sich durchaus mit dem bestätigt hat, was ich mir vorher gedacht habe nämlich, dass die 16- bis 18-Jährigen dadurch verstärkt Zielgruppe werden und sich auch die Parteien überlegt haben, was sie ihnen anbieten, damit sie auch gewählt werden, und ich glaube, im Mittelpunkt des Interesses in der Politik zu sein, kann nicht schlecht sein.

*Du hast damit die zweite Frage auch beantwortet, nämlich deine Erwartungshaltungen, ob sich die bestätigt haben. Haben sich die Grünen in diesem Wählersegment Stimmenzuwächse erwartet oder eher nicht?*

Im städtischen Bereich wissen wir, dass wir bei den Jungen sehr stark punkten. Im ländlichen Bereich, wir haben es nicht im Detail analysieren können, weil die Wählergruppen sehr klein waren, haben wir uns doch erwartet bei den Jungen zu punkten. Im Burgenland dürfte das im ländlichen Bereich nicht so sein, wie das eben im urbanen ist.

*Welche Akzente setzen die Grünen, um bei dieser Wahlaltersenkung bei der Zielgruppe zu punkten?*

Bei uns sind es vor allem die Themen, auf die wir verstärkt junge Menschen ansprechen z.B. der gesamte Klimaschutzbereich, sozusagen die Welt zu retten, sind einfach sehr ideologische und idealistische Zugänge, und die sind bei jungen Menschen sehr stark zu finden, und ich glaube, dass wir mit diesem Thema sehr punkten. Es ist auch unsere Haltung gegen die Atomenergie, es ist unsere Haltung im Tierschutzbereich. Das sind einige Bereiche, die ich nennen möchte, bei denen wir, so glaube ich, bei den Jugendlichen punkten. Also nicht, mit speziellen Jugendprogrammen wie Discos, Parties oder sonstiges, sondern inhaltlich.

*Wenn du diese Diskussion vielleicht Revue passieren lässt, was war das stärkste Pro-Argument für eine Wahlaltersenkung bei euch und was war eines der Kontra-Argumente?*

Das Pro-Argument war einfach, dass sie als Ziel, dass sich eine Gruppe von Menschen, diese 16- bis 18-Jährigen einfach in den Mittelpunkt des politischen Interesses stärker gestellt haben, dass man sich dadurch mit ihren Wünschen

stärker auseinandergesetzt hat und überlegt hat, wie kommen wir an diese Jugendlichen heran. Das war sicher das stärkste Pro-Argument, weil es einfach den Jugendlichen etwas nützt und was bringt. Das stärkste dagegen war natürlich schon auch diese parteipolitische Ermüdung, die natürlich in der ganzen Bevölkerung breit ist und die vielleicht auch bei den Jungen gegen etablierte Parteien stärker zutage kommt.

*Im Burgenland hat man das Wahlalter für die Gemeinderatswahl und für die Landtagswahlen gesenkt. In der Diskussion auf Bundesebene, gab es da unterschiedliche Haltungen der Grünen zu dem Thema Wahlaltersenkung auf Bundesebene?*

Nein, weil, seit ich bei den Grünen bin, wird die Wahlaltersenkung auf 16 diskutiert und befürwortet, und mir ist es nicht wirklich bekannt, dass es in irgendeinem Gremium eine Meinung gegeben hätte, die anders wäre.

*Auch politische Bildung wird immer mitdiskutiert im Zuge einer Wahlaltersenkung. Ist das deiner Meinung nach im Burgenland gut verlaufen?*

Ich denke, politische Bildung ist ein durchgängiges Unterrichtsprinzip, das eigentlich schon längst, seit – glaub´ ich – mindestens 20 oder 30 Jahren Eingang finden hätte müssen. Es ist ganz wichtig, dass man sich mit den jungen Leuten auf einer politischen Ebene befasst. Dass sie lernen, wie demokratische Strukturen ausschauen, und politische Bildung ist ein sehr weiter Begriff. Ich glaube daran kann man nie genug arbeiten, dass man das verbessert. Ich finde es unbefriedigend, wie es noch abläuft, vor allem weil die Schüler auch nur schwer selbst demokratische Strukturen begreifen und durchleben können in unserem Schulsystem.

*Gab es im Rahmen der Wahlaltersenkung auch so etwas wie einen politischen Landesentwicklungsplan? Hatte man durch die Wahlaltersenkung faktisch ein Rahmenprogramm, dass man sagt, das Land Burgenland oder auch die Grünen haben da Akzente gesetzt?*

Mir ist nichts bekannt, dass es dazu eine Initiative gegeben hätte. Ich muss leider auch sagen, dass es sicherlich auch von uns auch zu wenig betrieben worden ist.

Vielleicht ist zu sehr die Initiative dahin gegangen, was können wir ihnen politisch anbieten.

*Wurde die Altersgruppe der 16- bis 18-Jährigen auch bei der innerparteilichen Demokratie verstärkt berücksichtigt z.B. bei Kandidierungen, in Gremien?*

Eigentlich schon. Wenn man junge Leute ansprechen will, dann tun das natürlich junge Leute eher und ich glaube, dass die jungen Leute mehr Chancen haben, in den Parteien zu punkten, weil sie natürlich auch ein gutes personelles Angebot darstellen.

*Hat sich die Wahlrechtsänderung auf die grundsätzliche Einstellung junger Menschen gegenüber der Politik und vor allem der Parteipolitik ausgewirkt?*

Das kann ich selber eigentlich schwer beurteilen. Ich kann das nur subjektiv beurteilen und ich glaube, wenn man mit 16 wählen gehen darf, beschäftigt man sich damit und das könnte mitunter negativ sein, denn so wie sich die beiden Großparteien jetzt darstellen, ist es nicht sehr angetan parteipolitisches positives Interesse bei den Jungen zu wecken. Es kann schon sein, dass den Jugendlichen das halt jetzt noch stärker auffällt.

*Inwieweit war die Wahlaltersenkung ein Instrument mehr, die Menschen für Politik und Parteiarbeit zu interessieren?*

Das kann ich nicht wirklich beurteilen. Ich glaube in dem Moment, in dem man sich mit etwas beschäftigt, ist es auch noch so fad und uninteressant, bekommt es ein bestimmtes Interesse, weil man auf Dinge drauf kommt, die sonst nicht aufgenommen werden. Ich könnte mir schon vorstellen, dass es was bringt, aber ob es tatsächlich dann so ist?

*Inwieweit waren die Erfahrungen von „Wählen mit 16“ im Burgenland deiner Meinung nach ausschlaggebend, dass es auch auf Bundesebene „Wählen mit 16“ gibt?*

Ich denke, wenn einige Bundesländer vorpreschen, hat das natürlich schon Auswirkungen auf den Bund. So wie wir auf andere Bundesländer schauen und

vielleicht auch Dinge nachmachen, glaube ich schon, dass da ein Druck entstanden ist, dem auch der Bund nachgegeben hat.

## **F. Deutsche Zusammenfassung**

Diese Diplomarbeit behandelt die Diskussion und Entstehung der Wahlaltersenkung auf 16 Jahre bei den burgenländischen Kommunal- und Landtagswahlen. Ausgehend von einem historischen Überblick zur Wahlrechtsentwicklung auf Bundesebene, folgt im Kapitel „Wahlen und Wählen“ die Darstellung demokratischer Wahlsysteme sowie deren Grundsätze in der österreichischen Verfassung.

Im Kapitel „Diskussion zur Wahlaltersenkung im Burgenland“ wird die Entstehung der politischen Entscheidung, „Wählen mit 16“ zu ermöglichen, umfassend erörtert. Vor allem die Positionen der im Landtag vertretenen Parteien sowie deren Positionsänderungen finden breiten Raum in der Arbeit. Wie die Wahlaltersenkung die Kampagnen der Parteien und deren Zugang zur Zielgruppe „junge Menschen“ verändert hat, wird dargestellt.

In einem folgenden Abschnitt der Arbeit werden Leitfaden-Interviews mit burgenländischen SpitzenpolitikerInnen analysiert. Die Ergebnisse der Interviews belegen, dass die Wahlaltersenkung junge Menschen als neue Zielgruppe der politischen AkteurInnen hervorgebracht hat.

Zusammenfassend betrachtet, werden in dieser Diplomarbeit die Wechselwirkungen von Wahlaltersenkung und Politik im Burgenland analysiert.

## **G. English Summary**

This diploma thesis deals with the discussion and the development of lowering the voting age to 16 years in local and federal state parliament elections in Burgenland/Austria. After a historical overview of the development of lowering the voting age on a national level, the chapter „Elections and Voting“ depicts the representation of democratic voting systems with their principles in the Austrian constitution.

The chapter „Discussion of Lowering the Voting Age in Burgenland“ involves the origins of the political decisions for „Voting at 16“ in detail. Particularly the positions of the different parties, which are represented in the federal state parliament, and their changes of opinion are a main point in the discussion of this paper. Furthermore, it is shown how lowering the voting age has changed the parties' campaigns and their approach towards the target group „young people“.

An analysis of interviews with some of the top politicians of Burgenland is the next topic of the paper. These interviews verify that through lowering the voting age young people have been intentionally made the target group of political players.

Summing up, the interaction between lowering the voting age and the politics in Burgenland are analyzed in this diploma thesis.

## **H. Danksagung**

Am Ende dieser Diplomarbeit möchte ich an jene Menschen, die mich bis hierher begleitet haben, ein persönliches Dankeschön richten. Insbesondere gilt mein Dank Dr. Fritz Windhager.

Danke sage ich auch allen InterviewpartnerInnen für die aufgebrachte Zeit und Bereitschaft, mitzuwirken.

Diese Arbeit ist meinen bereits verstorbenen Großeltern Anna und Rudolf Radowan gewidmet. Sie besuchten niemals eine höhere Schule, haben mir aber mehr auf den Lebensweg mitgegeben als alle PädagogInnen.



## **I. Erklärung**

Hiermit wird versichert, die vorliegende Diplomarbeit selbstständig verfasst zu haben.

Dabei wurden ausschließlich die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet.

Christian Johannes Sagartz, BA

Wien, Juni 2012

## **J. Lebenslauf**

Christian Johannes Sagartz

geboren am 16. Jänner 1981 in Wiener Neustadt

wohnhaft in 7033 Pötsching, Waldgasse 16

### *Schulbildung*

1987 - 1991 Volksschule Pötsching

1991 - 1999 Gymnasium der Diözese Eisenstadt

### *Präsenzdienst*

1999 - 2000 Präsenzdienst beim Österreichischen Bundesheer in Eisenstadt

### *Universitätsbildung*

2000 – 2011 A 101 Diplomstudium Rechtswissenschaften UniStG

2006 – 2008 A 300 Diplomstudium Politikwissenschaft UniStG

seit 2006 A 033 641 Bakkalaureatsstudium Publizistik- u.  
Kommunikationswissenschaft UniStG

seit 2006 A 057 300 Individuelles Diplomstudium Politikwissenschaft  
UniStG

2008 - 2008 A 033 624 Bachelorstudium Politikwissenschaft UG2002 –  
Verleihung des akademischen Grades Bachelor of Arts (BA)

seit 2011 A 101 Diplomstudium Rechtswissenschaften UniStG

### *Politische Funktionen*

seit 2002 Gemeinderat der Marktgemeinde Pötsching

seit 2005 Abgeordneter zum Burgenländischen Landtag

seit 2007 1. Vizebürgermeister der Marktgemeinde Pötsching

seit 2008 Landesgeschäftsführer der ÖVP Burgenland